

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando  
 Vierteljährlich 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

**Berliner Volksblatt.**

**Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.**

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Spalten-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Berichts-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 28. November 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

## Zollbriganten.

Die Mehrheit des Reichstages hat am Donnerstag den Versuch unternommen, die Minderheit aus dem Hinterhalte niederzuschlagen und die Milliardenbeute gewaltsam an sich zu reißen. Die Herren von der Regierung hatten sich versteckt; sie konnten den Anschlag. Der Präsident aber, Graf Vallestrom rang nach Fassung, als sich der alte Vaurühnengründer und Zollunterhändler Kardorff zu dem Vorschlag erhob, der Zolltarif sollte ohne weiteres en bloc für angenommen erklärt werden. Mit ein paar mal Auf- und Niederbeugen der Stuhlleiste sollte die Frage — nein, sollten tausend Fragen im Handumdrehen nach dem Willen der Mehrheit entschieden werden. Es war der letzte Beweis der Achtung, den die Mehrheit ihrem Präsidenten erwies, daß sie es nicht wagte, ihn in das Komplott einzumischen, sondern es vorzog, ihn durch eine vollendete Thatsache zu überrumpeln. Der Präsident hätte sich der Achtung aller Parteien würdig erwiesen, wenn er den ebenso unstimmen wie verbrecherischen Antrag als durchaus unzulässig zurückgewiesen hätte. Leider hat er das zu ihm unterlassen und sich — nach einem schlichtern Versuch der Rechtsverwahrung — unter den Gewaltthellen seiner politischen Freunde gebeugt. Unfre Parteigenossen im Reichstage sahen sich daher in der Vertretung des klaren Rechts auf ihre eigne Kraft angewiesen. Den weltgeschichtlich bedeutsamen Kampf, den sie tapfer aufgenommen haben und dessen Entscheidung kaum in weiter Ferne liegt, wird das arbeitende Volk Deutschlands mit angehaltenem Atem verfolgen.

Es ist nicht schwer, auch dem einfachsten Verstande klar zu machen, daß der Antrag Kardorff einfach die Zerstörung des Parlamentarismus und die Aufrichtung der diktatorischen Gewalttherrschaft bedeutet. Es sieht nicht mehr und nicht weniger am Spiel als — neben den Milliarden des Zollraubs — Sein und Nichtsein des bürgerlich-parlamentarischen Systems. Dieses System räumt der Mehrheit das Recht ein zu beschließen; das Recht der Minderheit ist darauf beschränkt, in der Debatte ihre Meinung frei zu äußern. Nun ist im Plenum des Reichstages über den Zolltarif noch gar nicht beraten worden! Die erste Lesung hat sich auf die Hervorhebung allgemeiner Gesichtspunkte beschränkt, der zweiten sollte es im Sinne der Geschäftsordnung vorbehalten bleiben, auf die ungeheuer verwickelte Materie in einzelnen einzugehen. Wie in den nächsten Jahren Kleider, Schuhe, Gerätschaften, Lebensmittel aller Art und tausend andre Dinge verzollt werden sollen, das sind lauter einschneidende, wichtige, die Volkswirtschaft tausendfach berührende Fragen. Will man der Minderheit, die sich in sachlicher und mühevoller Arbeit auf die erste Beratung dieser Fragen vorbereitet hat, den Knebel eines Enboc-Antrages in den Mund stopfen, dann verzichtet man auf alle Geschäftsordnung, alles geschriebene Recht, alle Verfassung und setzt die nackte körperliche Gewalt an die Stelle der Ordnung.

Wenn nun gar eine Mehrheit von Abgeordneten, die niemals die Mehrheit des Volkes repräsentiert hat und die es in keinem Augenblick weniger gethan hat als jetzt, wo eine Mehrheit, die der nächste Wahlwind in wenigen Monaten in alle vier Winde verblasen wird, die letzten Reste eines kaum mehr berechtigten Daseins zu einem so schamlosen Gewalttakte zu mißbrauchen vermag, spricht sie über sich selbst das Todesurteil. Eine Mehrheit, die dem Parlamentarismus an den Leib geht und die wichtigsten Volksrechte unterminiert, handelt wortbrüchig und verräterisch an ihren Wählern. Das Volk, das sich dieser Einsicht verschloß, würde Schändung üben an sich selbst und seinen Rechten.

Die Vertreter von Millionen Wählern sollen in der gesetzgebenden Versammlung des Deutschen Reiches kein andres Recht besitzen, als dabeizusehen und mit dem Knebel im Munde zuzusehen, wie die andern Gesetze für ihre eignen Taschen machen? Zu einer solchen Vertretung würden ausstaffierte Puppen genügen, sie dürste nicht aus lebendigen Menschen bestehen, die mit dem Volke denken und fühlen. Nicht aus Männern, die dem Volke versprochen haben, seine Rechte zu wahren, und die nun durch die frechste Vergevaltigung an der Erfüllung redlich gegebener Versprechen verhindert werden sollen.

Es liegt auf der Hand, daß der Antrag Kardorff in der Geschäftsordnung nicht begründet ist, nicht begründet sein kann. Ein Parlament, dessen Verfassung ein solches Verfahren ermöglichte, würde als Jammerfigur in ein politisches Nachkabinett gehören. Zu einem solchen europäischen Straßentwisch ist sich der deutsche Reichstag bisher doch zu gut gewesen. In seiner Geschäftsordnung lautet der Absatz 2 des § 19 wörtlich wie folgt:

Ueber jeden einzelnen Artikel wird der Reihenfolge nach die Diskussion eröffnet und geschlossen und die Abstimmung herbeigeführt. Auf Beschluß des Reichstages kann die Reihenfolge verlassen, in gleicher Weise die Diskussion über mehrere Artikel verbunden oder über verschiedene zu demselben Artikel gestellte Änderungsanträge getrennt werden.

Diese Bestimmungen gelten ausdrücklich für die zweite Lesung. Sie geben die denkbar genaueste Auskunft nicht nur darüber, auf welche Art die zweite Lesung zu erfolgen hat, sie geben auch gleichzeitig alle zulässigen Mittel an, durch die eine Abkürzung der Verhandlungen ermöglicht werden darf.

Nach dem klaren Wortlaute der Geschäftsordnung gilt als Regel, daß über alle noch unerledigten Artikel des Zolltarifs — im ganzen 938 — gesondert diskutiert und abgestimmt werden soll. Zulässig ist es, die Diskussion mehrerer Artikel zu verbinden, unzulässig aber ist es, über mehrere Artikel im Randsch abzustimmen. Herr v. Kardorff hat denn auch gesprochen wie ein Verbrecher, der sich gestellt sieht: „Sie haben uns selbst auf diesen Weg gedrängt.“ „Es ist das einzige Mittel, um die Tarifvorlage, an der die Majorität ein sehr großes Interesse hat, zu verabschieden.“ Es kommt oft vor, daß es nur mehr ein einziges Mittel giebt, einen Vorteil durchzusetzen, an dem man ein sehr großes Interesse hat: die Faust und das Messer. Allerdings wird die gewaltsame widerrechtliche Aneignung von Vermögensvorteilen im gewöhnlichen Leben mit Zuchtstrafe bestraft.

Im Reichstage hat nicht der Strafrichter, sondern der Präsident das Wort. Wenn er am Donnerstag auf unfre Genossen seine Ordnungsrufe niederhagen ließ, so möchte er doch bedenken, daß seiner Autorität jeder Rechtsboden entzogen wird, sobald er aufhört, die Geschäftsordnung vor gewaltsamen Angriffen mit dem ganzen Aufgebote seiner Kraft zu verteidigen. Diese Geschäftsordnung allein ist es, aus der er alle seine Befugnisse herleitet. Es geht nicht an, daß man die Geschäftsordnung nicht bestehen läßt, wo sie unbequem ist und sie dann wieder bestehen läßt, wo sie bequem ist. Die Frage steht also einfach so: entweder es giebt noch ein Gesetz für den Reichstag, oder es giebt keines mehr. Die Vertreter der Linken müßten Thoren und Schwächlinge sein, wenn sie die Nachteile eines gesetzlosen Zustandes geduldig über sich ergehen ließen, von seinen Vorteilen aber — und er hat auch für die Opposition seine Vorteile! — keinen Gebrauch machen wollten. Graf Vallestrom muß das wohl einsehen.

Nicht minder als er — wenn er seinen Posten als Hüter des Rechtsverließe — würde sich die Regierung eines Verfassungsbruchs schuldig machen, wenn sie einem Gesetze zustimmte, das aus dem nackten Verfassungsbrüche hervorgegangen ist. Wenn sie mit Herrn v. Kardorff und den Seinen gemeinsame Sache macht, bricht sie aber nicht nur das Recht, sondern sie erniedrigt sich selbst zum tiefsten Staube. Hat sie doch einer ganzen Reihe jener Kommissionsbeschlüsse, die nun en bloc angenommen werden sollen, ihre Zustimmung nachdrücklich und feierlichst verweigert, hat sie doch wiederholte male erklärt, daß das ganze Gesetz durch diese geplanten Zollsätze für sie unannehmbar würde! Nach ihrem Ruf- und Witzgang zum heiligen Prangersten-Zoll hat sie freilich nach dieser Richtung hin nicht viel mehr zu verlieren.

Sei wie es sei! Noch ist lange nicht im Zollkampf der letzte Schuß gefallen, noch ist lange nicht bewiesen, daß plumpe Gewalt die gierig ersehnte Beute heintragen soll. Nur am Rande der Verzweiflung wagt der Spieler so hohe Einsätze, wie sie die Mehrheit gewagt hat. Und wenn denn auch nach ihrem Willen an die Gewalt appelliert werden soll, so sei nicht vergessen, daß die letzte Gewalt beim Volke ruht. Es ist das unvergängliche Verdienst der Herren v. Kardorff und Genossen, daß sie beizeiten an diese Wahrheit erinnert haben.

Aus dem Reichstage wird uns noch geschrieben:  
 Unter allen Möglichkeiten, die sich der Mehrheit boten, um den Zolltarif zu stande zu bringen, hat sie mit großer Treffsicherheit diejenige gewählt, die die brutalste zugleich aber auch die dümmste ist. Das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen zwischen der Regierung und den parlamentarischen Gruppen der Schutzzöllner ist aus dem Geheimnis der verschwiegeneu Beratungskammer am Donnerstag endlich ans Tageslicht getreten. Es hat die Gestalt eines Eventualantrags zu dem Absatz 1 des § 1 des Zolltarifgesetzes angenommen, der darauf hinausläuft, daß mit bestimmten Ausnahmen alle Positionen des Zolltarifs nach den Kommissionsbeschlüssen en bloc angenommen werden sollen. Auf diese Weise wird der Tarif vom Tarifgesetz abgehängt und seine Beratung im einzelnen verhindert. Der Antrag läuft unter dem Namen des Herrn v. Kardorff und ist von den Führern der National-liberalen, des Centrums, der Freikonservativen und der Rechten unterschrieben. Die Zustimmung der Konservativen hat man durch eine weitere Konzession erkauft. Während nämlich alle andern Positionen des Zolltarifs nach den Kommissionsbeschlüssen en bloc angenommen werden sollen, wird eine Ausnahme

für eine kleine Anzahl Positionen gemacht, die die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen betreffen. Hier werden die Zölle gegenüber den Kommissionsbeschlüssen herabgesetzt. Von dem Demonstrationsantrag der Rechten, der in 140 Positionen die Industriezölle um 25 Proz. herabsetzen wollte, ist nichts übrig geblieben als ein paar Zollermäßigungen für allerlei landwirtschaftliche Geräte. Um den Konservativen diese Gefälligkeit zu erweisen, hat man in die beantragte En bloc-Annahme ein Loch gerissen, durch das ohne allzubiel Mühe alle weiteren Positionen des Zolltarifs, deren Beratung man vermeiden wollte wieder in die Beratung hineinzuversetzen können. Darin liegt die Dummheit des Antrags Kardorff. Seine Brutalität aber zeigt sich in der frechen Verhöhnung der geltenden Geschäftsordnung, die er darstellt. Die Geschäftsordnung sieht in § 19 Absatz 2 ausdrücklich vor, daß in der zweiten Lesung über jeden einzelnen Artikel der Reihenfolge nach die Diskussion eröffnet und geschlossen und die Abstimmung herbeigeführt werden muß. Wird die En bloc-Annahme in der zweiten Lesung und der Bruch der Geschäftsordnung erzwungen, so wird damit die Minorität von der Teilnahme an der Diskussion grundfänglich ausgeschlossen. Die Majorität kann jede Diskussion verhindern und die parlamentarischen Verhandlungen werden zur reinen Farce, bei denen logischer Weise auch auf die Anwesenheit der Abgeordneten verzichtet werden könnte. Wenn die Majorität unter Verhinderung jeder Diskussion Gesetze schaffen kann, dann ist es auch ganz überflüssig, daß das Parlament noch zusammentritt, dann ist der Parlamentarismus nicht mehr ein Feigenblatt des Absolutismus, sondern der Absolutismus selber.

Als die Donnerstagssitzung um 1/3 eröffnet wurde, lag eine außerordentliche Spannung über dem ganzen Hause. Die Verhandlungen begannen ganz ruhig mit der Berichterstattung des Abg. Herold über die Petitionen zu den Vieh- und Fleischzöllen. Aber niemand achtete auf die Worte des Redners. Dazu waren die Väter des Kardorffschen Antrages viel zu aufgeregt.

Mit preislischer Ungeschicklichkeit hatten sie die Inszenierung besorgt. Sie wollten zur Taufe gehen, aber die Mißgeburt, die sie über das Taufbeden halten wollten, war nicht da. Zu spät war der Kardorffsche Antrag zum Druck befördert worden und während Herr v. Kardorff überall herumstoch, um sich zu erkundigen, ob der heiß ersehnte Antrag denn nicht bald aus der Druckerei erscheinen würde, ging die Verhandlung weiter. Schon hatte der Präsident Vorschläge über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Tarifpositionen gemacht, schon hatte er davon gesprochen, daß man nunmehr zu den einzelnen Tarifsummern komme, und noch zeigten sich die Blätter nicht. Da, im letzten Augenblick, als die Verhandlungen schon weiter gehen sollten, sprang Herr v. Kardorff auf die Tribüne, um dem Hause mündlich Mitteilung davon zu machen, daß in ein paar Minuten ein Antrag eintreffen würde, der eine andre Geschäftsordnungsvorschläge würde. Ein erstemal hörte die Linke von dem Attentat, das gegen die Minorität beabsichtigt war. Alles ballte sich um die Rednertribüne zusammen, und häßliche Zwischenrufe beunruhigten die wachsende Erregung. Jetzt überreichte der Direktor des Reichstages dem Präsidenten den handschriftlich vorliegenden Antrag der Mehrheit — die Druckfahne selber war immer noch nicht erschienen — und der Präsident verlas den Wortlaut. Hier erlitt die Majorität die erste Niederlage.

Graf Vallestrom erklärte nämlich, daß er selber den Antrag für geschäftsordnungsmäßig unzulässig halte. Leider aber zog er nicht die notwendigsten Konsequenzen. Als Präsident hatte er die Pflicht, die Minderheit unter allen Umständen zu schützen und Anträge, die einen Bruch der Geschäftsordnung darstellten, um die Minderheit zu vergewaltigen, hätte er von vornherein abweisen sollen. Es war verhängnisvoll, daß Graf Vallestrom, um seine Autorität der Mehrheit gegenüber nicht zu gefährden, den Grund-satz verkündete, daß die Mehrheitsparteien über die Anwendung der Geschäftsordnung zu entscheiden haben. Aus Herren innerhalb der Geschäftsordnung werden sie so zu Herren über die Anwendung der Geschäftsordnung. Die Minderheit erkannte die ungeheure Gefahr, die ihr drohte, sofort und setzte ihr den äußersten Widerstand entgegen. Zunächst beantragte Dr. Barth die Vertagung der Verhandlung auf 24 Stunden, um der Linken Zeit zu gewähren, den Antrag zu prüfen. Herr Richter schloß sich ihm an. Als er aus seiner parlamentarischen Erfahrung heraus die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des Antrages bezweifelte, da kannte ihn freilich die Mehrheit nicht wie vor ein paar Tagen Verfall, aber die ganze Linke stimmte ihm bei. Nach Richter sprang Weber auf und forderte die Mehrheit in dringendster Form auf, in eine Pause zu willigen, damit die Fraktionen Zeit zur Beratung hätten. Aber diese Mehrheit war so verblendet, sah sie sich so sehr ihres Sieges sicher, daß Herr Spahn in dürren Worten jede Pause für überflüssig erklärte. Es handelte sich zweifellos um den Versuch, die Opposition zu überrumpeln und niederzurennen, aber dieser Versuch sollte elend scheitern. Herr Vassermann, der nationalliberale Führer, der durch seine Unterschrift unter den Antrag Kardorff den Liberalismus bereits geschändet hatte, machte den Vorschlag, die Verhandlungen auf eine Stunde auszuschieben. Vielleicht wollte er vermitteln, thätiglich aber goß sein Vorschlag nur Öl ins Feuer. Die Linke sah die Gefahr, die ihr als Unabsehbar drohte, und wie eine Verhöhnung auf und in den Reden Stadthagens und Singers schoß alle Leidenschaft empor, wie sie das deutsche Parlament noch nicht gesehen. Heftiger noch als die Reden waren die Zwischenrufe, die aus den Kreisen unserer Genossen ertönten. Genosse Ulrich zeigte vor allem, daß ihm nicht Fischblut in den Adern rollt. In heißer Empörung rief er der Mehrheit Worte zu, die wie Peitschenhiebe wirkten. So heftig war seine Leidenschaft, daß die Ordnungsrufe des Präsidenten maßlos dagegen verhallten. Die Ordnungsrufe erwiesen sich überhaupt als nutzlos. Singer wurde dreimal zur Ordnung gerufen, auch Stadthagen holte

**Die Ordnungsrufe.** Die Jünger waren am Ende ihres Lateins angelangt. Herr Wachem versuchte die Finte wenigstens zu bewegen, eine Begründungsrede für den Antrag Kardorff zuzulassen und dann zu verlesen. Aber niemand traute dem Fuchs über den Weg. Er wurde mit seinem Vorschlag ausgelacht und heimgeschickt. Die Taktik der Linken war sehr einfach. Es mußte um jeden Preis verhindert werden, daß der Ueberrumpelungsversuch der Mehrheit mißglücke, und das gelang in vollem Umfange. Unsere Genossen leisteten dabei die Hauptarbeit. In der langen Liste der Redner, die in dieser Geschäftsordnungs-Debatte das Wort ergriffen, haben sie weit aus die Mehrheit. Es sprachen von uns die Genossen Singer und Stadthagen mehrermale, außerdem Sadekum, Ledebour, Ulrich und Peus. Zwischen durch nahmen die Freisinnigen Gothein, Brömel und Pachnide das Wort. Auch der süddeutsche Volksparteiler Pacher beteiligte sich an der Debatte.

Als die Mehrheit sah, daß die Minderheit auf keinen Fall nachgeben würde, stellte sie nach 7 Uhr den Antrag auf Vertagung. Auf Vorschlag Richters wurde die nächste Sitzung auf Freitag 2 Uhr anberaumt, um den Fraktionen Spielraum für ihre Beratungen zu lassen.

Der Kampf geht weiter, er steht morgen so, wie er heute geblieben hat.

## Wilhelm II. gegen den „Vorwärts“.

Das amtliche Telegraphenbureau hat gestern nacht eine Ansprache des Kaisers verbreitet, die wir zwar schon wiedergegeben haben, die aber als Zeitdokument eine nochmalige kritische Wiederholung erfordert. Das Wolffsche Telegramm lautet:

Vor der Abreise von Effen hat der Kaiser die Mitglieder des Direktoriums und die Vertreter der Arbeiterschaft der Krupp'schen Werke in einem Kartensaal des Bahnhofs um sich versammelt und nachstehende Rede an dieselben gehalten:

„Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen auszusprechen, wie tief ich in meinem Herzen durch den Tod des Verewigten ergriffen worden bin. Dieselbe Trauer läßt Ihre Majestät die Kaiserin und Königin Ihnen Allen aussprechen und hat sie das auch bereits schriftlich der Frau Krupp zum Ausdruck gebracht. Ich habe häufig mit meiner Gemahlin die Gastfreundschaft in Krupp'schen Hause genossen und den Zauber der Lebenswürdigkeit des Verewigten auf mich wirken lassen. Im Laufe der letzten Jahre haben sich unsere Beziehungen so gestaltet, daß ich mich als einen Freund des Verewigten und seines Hauses bezeichnen darf. Aus diesem Grunde habe ich es mir nicht verlagern wollen, zu der heutigen Trauerfeier zu erscheinen, indem ich es für meine Pflicht gehalten, der Witwe und den Töchtern meines Freundes zur Seite zu stehen.“

Die besonderen Umstände, welche das traurige Ereignis begleiteten, sind mir zugleich Veranlassung gewesen, mich als Oberhaupt des Deutschen Reiches hier einzufinden, um den Schicksal des Deutschen Reiches über dem Hause und dem Andenken des Verewigten zu halten. Wer den Heimgegangenen näher gekannt hat, wußte, mit welcher feinfühlig und empfindsamen Natur er begabt war, und daß diese den einzigen Angriffspunkt bieten konnte, um ihn tödlich zu treffen. Er ist ein Opfer seiner unantastbaren Integrität geworden. Eine That ist in deutschen Landen geschehen, so niederträchtig und gemein, daß sie aller Herzen erbeben gemacht und jedem deutschen Patrioten die Schamröthe auf die Wangen treiben mußte über die unfremden ganzen Volke angethane Schmach. Einem ferndeutschen Manne, der stets nur für andre gelebt, der stets nur das Wohl des Vaterlandes, vor allem aber das seiner Arbeiter im Auge gehabt hat, hat man an seine Ehre gegriffen, diese That mit ihren Folgen ist weiter nichts als Mord; denn es besteht kein Unterschied zwischen demjenigen, der den Gifttrank einem andern mischt und kredenz, und demjenigen, der aus dem sicheren Versteck seines Redaktionsbureaus mit den vergifteten Pfeilen seiner Verleumdungen einen Ritterschmied um seinen ehelichen Namen bringt und ihn durch die hierdurch hervorgerufenen Seelenqualen tötet. Wer war es, der diese Schandthat an unfremden Freunde beging? Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind, hervorgegangen aus eben der Klasse der deutschen Arbeiterbevölkerung, die Krupp so unendlich viel zu verdanken hat, und von der Tausende in den Straßen Effen heute mit thränenfeuchten Blick dem Sarge ihres Wohlthäters ein letztes Lebewohl zuwinkten. (Zu den Vertretern der Arbeiter gewendet.)

Ihr Krupp'schen Arbeiter habt immer treu zu Euren Arbeitgebern gehalten und an ihm gehangen, Dankbarkeit ist in Euren Herzen nicht erloschen; mit Stolz habe ich im Auslande überall durch Eurer Hände Werk den Namen unfros deutschen Vaterlandes verherrlicht gesehen. Männer, die Führer der deutschen Arbeiter sein wollen, haben Euch Euren teuren Herrn geraubt. An Euch ist es, die Ehre Eures Herrn zu schirmen und zu wahren und sein Andenken vor Verunglimpfungen zu schützen. Ich vertraue darauf, daß Ihr die rechten Wege finden werdet, der deutschen Arbeiterschaft fühlbar und klar zu machen, daß weiterhin eine Gemeinschaft oder Beziehungen zu den Urhebern dieser schändlichen That für brave und ehrerbietende deutsche Arbeiter, deren Ehrenschild besetzt worden ist, ausgeschlossen sind. Wer nicht das Tischrecht zwischen sich und diesen Leuten zerschneidet, legt moralisch gewissermaßen die Mitschuld auf sein Haupt. Ich hege das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie sich der vollen Schwere des Augenblicks bewußt sind und als deutsche Männer die Lösung der schweren Frage finden werden.“

Die Ansprache des Kaisers schließt sich jenen zahlreichen früheren Rundgebungen des ersten Augenblicks an, in denen Wilhelm II. seine aufwallenden Stimmungen rednerisch ausließ, sei es, daß er die konservativen Bismarckfronde zu zerschmettern verließ, die hiesigen Anarchoellen hart ermahnte, Neutriten auf die Möglichkeit hinwies, auf Vater und Mutter schießen zu müssen, die unbotmäßigen Berlin an die Bajonette erinnerte, den Chinesen auf 1000 Jahre hinauswirkende Mache kündete, die Herikal-freisinnig-socialdemokratische Reichstags-Mehrheit wegen ihres verweigerten Bismarck-Grübes der Vaterlandlosigkeit zieht, sei es, daß er dem Präsidenten Strüger gegen den von England inszenierten Ribbustier-Einfall zornvoll Schutz verleiht, oder den Vertretern der Rinnsteinanstalt seinen Abscheu ausspricht.

Ganz besonders war es felt jeder die Arbeiterbewegung und die Socialdemokratie, der die Worte leidenschaftlichster Abneigung gelten. Bereits vor seinem Regierungsantritt sprach der Kaiser (1887) von den „grundtätigen Tendenzen einer anarchischen und glaubenslosen Partei“. 1889 meinte er in einer Kabinetsorder, daß die Lehren der Socialdemokratie den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen. Am 14. Mai 1889 sagte er zur Deputation der Grubenarbeiter aus dem Ruhrrevier: „Für mich ist jeder Socialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind“. 1894 am 7. September gab Wilhelm II. zu Königsberg in einer Tischrede die Parole aus: „Auf zum Kampfe für Religion, für Sittlichkeit und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes“. Dierzehn Tage später: „Auf zum Kampfe gegen

die Umsturzparteien“. Am 2. September 1895 wurde im Weihen Saale das Wort gesprochen: „Eine Horde von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähren, wagt es, die geachtete Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Stand zu ziehen“.

Am 13. Oktober 1895 telegraphierte der Kaiser aus Dübendorf an den Statthalter von Elsaß-Lothringen: „Erfahre soeben aus Zeitungen die Kunde des abscheulichen Mordes an dem Fabrikanten Schwarz in Mülhausen. Ich bitte daher Ew. Durchlaucht, in meinem und der Kaiserin Namen unser innigstes Beileid der unglücklichen Witwe auszusprechen. Wieder ein Opfer mehr der von den Socialisten angeführten Revolutionsbewegung. Wenn unser Volk sich doch ermannen!“

Am 17. Juni leitete der Kaiser die Justizhausvorlage auf dem Sparenberge bei Weisel mit den Worten ein: „Nächststufende Niederwerfung jedes Umsturzes, und die schwerste Strafe dem, der sich unterzieht, einen Rebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern.“

Ein Jahr darauf in Dönhaußen: „Das Gesetz naht sich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein, wer er will, oder helfen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Justizhaus bestraft werden soll.“

Nach allen diesen Reden weiß die deutsche Arbeiterschaft und die Socialdemokratie bereits seit dem Regierungsantritt des Kaisers, daß sie in seinem Geiste mit dem unauflösbaren Makel der Vaterlandlosigkeit behaftet ist und seine neueste Rundgebung ist im Stande, den bereits verwirkten Patriotismus abermals abzukerkeln. Wir nehmen deshalb auch die letzte, leidenschaftliche Rede mit derjenigen Ruhe auf, die lange Gewöhnung und das Bewußtsein welthistorischen Rechts allen wider eine alte Welt für Verjüngung und Erlösung der Menschen ringenden Kämpfern verleiht.

Aber diese innere Selbstsicherheit enthebt uns nicht der Antwort auf die diesmal gegen uns persönlich gerichteten schwersten Vorwürfe Wilhelms II. Diese Antwort schulden wir der Dessenlichkeit und der Gerechtigkeit.

Zunächst geht aus dem Wortlaut der Rede — die bisher im „Reichsanzeiger“ nicht wiedergegeben ist — hervor, daß der Kaiser unmöglich den der Beschlagnahme verfallenen Artikel des „Vorwärts“ gelesen haben kann. Er muß vielmehr durch die Direktoren oder Beamten der Firma Krupp über seinen Inhalt unterrichtet worden sein, die in ihrem Haß gegen die Arbeiterbewegung auch bei dieser Gelegenheit offenbar eine politische Ausbeutung des Falles beabsichtigt haben, dessen Erörterung von uns nur einer strafrechtlichen Reform zu Liebe begonnen worden ist.

Um allen Verdunkelungen und Verleumdungen der kapitalistisch gedungenen Schandpresse ein für allemal entgegen zu treten, sei darum die Tendenz unfros Artikels kurz nochmals wiedergegeben: Wir wollten an dem Falle eines besonders bekannten Namens die Notwendigkeit der Aufhebung jenes § 175 erweisen, der für viele Unglückliche eine stete Seidel ist, der nicht nur das Laster der Euphemien und den Mächtern ausliefert, sondern auch das Verhängnis eines Naturirrtums ewig bedroht und, wie wissenschaftlich feststeht, eine fürchterliche Zahl von Selbstmorden verursacht hat — die Befestigung einer gesetzlichen Bestimmung, die überdies einen klaffenden Widerspruch des geschriebenen Gesetzes und seiner Anwendung zur Folge hat und den Willen der Polizei zum Schicksal über zahlreiche Existenzen macht. Darum erwählten wir den Fall, darum machten wir darauf aufmerksam, daß in Deutschland solche Personen der Willkür des Paragraphen rettungslos ausgeliefert seien.

Wir haben diese Tendenz nicht etwa nur ausgesprochen, um die Stundalichkeit zu markieren. Das ist die ekelhafte Lüge jener Pseudopiraten, deren Phantasie zwar nach unserer Veröffentlichung sich lediglich in der Erfindung schmutziger Kalauer betätigte, die aber dann um so wüster in den Ehor der Empörten brüllend einstimmen. Es war in der That kein Vorwand, sondern die wirkliche Absicht und die unmittelbare Veranlassung. Wir sind sogar in der seltenen Lage, in der Gerichtsverhandlung, von der wir annehmen, daß sie in der freiesten Dessenlichkeit geführt werden wird, den zwingenden Beweis für die Reinheit unfros Motive und die wahre Absicht unfros Vorgehens zu erbringen.

Haben wir somit, wie selbst von bürgerlichen Blättern anerkannt worden ist, alles vermieiden, was nur entfernt wie persönliche Beschimpfung und standalichartige Sensation wirken konnte — leider hat die Konstitution uns die Möglichkeit genommen, durch einfachen Abdruck des Artikels die weitere Dessenlichkeit über die Schamlosigkeit der bürgerlichen Presse aufzuklären —, so ist es auch falsch, daß wir leichtsinnig und allzu eifertig unkontrollierten, von italienischen Expressen aufgetragenen Gerüchten Glauben geschenkt haben. Unfre Kenntnis der Angelegenheit beruht in wesentlichen nicht auf italienischen Gewährsmännern — soweit wir italienische Quellen benützt haben, sind wir durchaus zuverlässigen und ernsthaften Männern gefolgt —, sondern wir haben sie geschöpft aus ganzlich anders gearteten lauterer Quellen, die abgesehen jeder Parteileidenschaft, jedes persönlichen Interesses, jedes politischen Hasses stehen.

Und auf Grund dieser Informationen stellen wir mit ruhiger, fester Ueberzeugung als unumstößlich die volle Wahrheit unfros Andeutungen fest. Das ist und das soll keine gehässige Beschimpfung sein, sondern die nüchternste, wissenschaftliche, ruhige und zuverläßigste Konstatierung einer für die Gesetzgebung bedeutsamen Erscheinung. Und weil wir nicht den mindesten Anlaß haben, an der unbedingten Zuverlässigkeit und Unbefangtheit unfros Gewährsmänner zu zweifeln, darum ziehen wir die notwendige Folgerung: Wenn es wahr ist, daß das tragische Ende Krupp's mit den seit zwei Monaten bekannten Veröffentlichungen irgendwie zusammenhängt, dann ist er nicht das Opfer einer hochhaften Verleumdung, sondern eines der vielen Opfer des § 175 geworden. Und wir wissen ferner, daß diese unfre Ueberzeugung geteilt wird von den Autoritäten der Wissenschaft, die diese Frage zu ihrem Specialstudium gemacht haben. Indessen, es liegt bisher kein ärztliches Protokoll vor, das über die wirkliche Todesursache genügende Aufklärung verbreitet.

Diese unfre feste Ueberzeugung setzen wir den Anklagen Wilhelms II. einfach entgegen, der uns des Mordes, der Niedertracht und Gemeinheit, der Verleumdung beschuldigt, der uns vorwirft, daß wir aus dem sicheren Versteck des Redaktionsbureaus mit vergifteten Pfeilen schießen. Wir verstehen, daß der Schmerz um den jähen Tod des Freundes lechzterer Worte auf die Lippen jagt, aber so sehr wir uns die Pflicht auferlegen, nur auf Grund genauer Unterrichtung irgend welche Veröffentlichungen zu veranlassen, so sehr beanspruchen wir, daß gegen uns keine inhaltbaren Anklagen erhoben werden. Welche Weise hat der Kaiser dafür, daß wir irgend etwas gethan haben, auf dem auch nur ein Schatten der schweren Worte mit Recht ruht, die er gegen uns schleudert? Hat Wilhelm II. irgend welche Kenntnis von den Personen, die er des abscheulichsten Verbrechens zeugt, das unvergleichbar schlimmer wäre, als alles, was jemals über Krupp selbst von der italienischen Stundalichpresse

gesagt worden ist? Wer hat den Kaiser über unfre Absichten, über unfre Quellen informiert? Wilhelm II. hat keine andre Gewähr für die Berechtigung seiner Anklagen als seine subjektive Ueberzeugung, seinen Unmut und seinen Schmerz.

Der Kaiser sprach von dem sicheren Versteck einer socialdemokratischen Redaktion. Nun, eine Redaktion ist für das, was sie thut, verantwortlich, dem Gesetz und der Moral. Kein socialdemokratischer Schriftsteller und Redakteur, der nicht schon im Kampf für seine Ueberzeugung Opfer aller Art und harte Strafen auf sich genommen! Jeder, der würdig ist, Socialdemokrat zu sein, hat die heilige Pflicht, jeder Gefahr und jeder Folgerung die Stirn zu bieten. Wir lassen uns verfolgen, einerkern, ächten, wir stehen mit unfre ganzen Person, einer Welt von Feinden gegenüber, für unfre Worte und Handlungen ein, wir gehen, wenn es sein muß, ins Exil und die Vernichtung. Die deutsche Monarchie aber ist staatsrechtlich unverantwortlich. Der Monarch kann angreifen, aber jedes temperamentvolle Wort der Antwort ist durch den Majestätsbeleidigungs-Paragraphen verwehrt.

Aber ein Anderes, scheint uns, ist noch bedenklicher. Gegen den „Vorwärts“ schwebt ein Gerichtsverfahren. Die Wahrheit soll erst ermittelt werden. Da im ersten Stadium des Prozesses nimmt es der Kaiser auf sich, sich für die Schuld des Angeklagten mit seinem Wort zu verbürgen, indem er die Unwahrheit und die gemeine Tendenz unfre Behauptungen bekräftigt. Das Recht steht über allem, auch über dem Kaiser, die Freiheit der Rechtspflege ist die Lebensader jedes Staates. Ist es erlaubt, daß der Träger der Krone vor dem ersten Anlauf eines schwebenden Prozesses sein Urteil spricht, und dadurch das Gericht in die peinliche Lage bringt, dem Kaiserwort widersprechen zu müssen, oder den bösen Schein auf sich zu laden, daß die kaiserliche Meinung auf sein Urteil von Einfluß gewesen?

Der Kaiser hat schließlich die Arbeiter ermahnt, aus diesem Anlaß sich von der Socialdemokratie zu trennen. Die Krupp'schen Arbeiter sind von der Socialdemokratie gewaltsam geschieden. Der in diesem Reiche herrschende Fabrikfeudalismus hat bisher eine tiefer dringende Ausklärung verhindert, nur eine Elite der dortigen Arbeiter hat sich zu uns befreit. Immerhin verbannt Krupp seinen Reichstagsgenossen 1898 socialdemokratischer Wahlhilfe!

Über was hat die gewaltige stolze socialdemokratische Arbeiterbewegung, die alle Welt erfüllt, mit dieser einen, schnell verwehenden Angelegenheit überhaupt zu thun? Mögen wir so unrecht haben, wie wir Recht haben, der Socialismus und der Freiheitskampf des Proletariats überdauert alles Elend und alle Jertümer unfre Zeit, wie er hinwegschreitet über die Mächte und Menschen dieser Tage.

Einige Freistimmen zur Kaiserrede geben wir an anderer Stelle wieder. Hervorgehoben sei nur, daß die „Kreuz-Zeitung“, die „National-Zeitung“ und einige andre Blätter konservativer Richtung kein Wort äußern.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. November.  
Aus der Kulturgeschichte 1902.

Die „Post“, die ihre kanonische Existenz durch antieigentliche Andienung an die Kanonenschema stützen zu wollen scheint, phantastisch über die Kaiserrede:

„Schon durch das Beleidigungstelegramm anlässlich des schweren Schicksals, welches über das Haus einer der besten deutschen Bürgerfamilien hereingebrochen ist, und noch deutlicher durch seine persönliche Beteiligung an der Bestattung des in den Tod geheuten bellagendwertigen Opfers niedrigsten Parteier und Klassenhasses hat unser Kaiser in herrlicher Weise Zeugnis dafür abgelegt, daß für ihn keine hohle Schamhungen und gemeine Verdächtigungen, hinter denen der „Vorwärts“ und seine dunklen Hintermänner als Ankläger stehen, nicht genügen, um über die Ehre eines bis dahin hoch angesehenen Mannes den Stab zu brechen. Nun hat er seinem mutigen, von seiner herrlichen ritterlichen Bestimmung zugehenden Eintreten für den unglücklichen Verfolgten, den teuflische Bosheit auf die Totenbahre streckte und der sich selbst nicht mehr verteidigen kann, die Krone aufgesetzt durch die Ansprache an die Mitglieder des Direktoriums und die Vertreter der Arbeiterschaft der Krupp'schen Werke in dem Kartensaal des Effenen Bahnhofes. Mit ungewöhnlichen Worten hat der Kaiser die socialdemokratische Schandthat gebrandmarkt, indem er sie kennzeichnete als so niederträchtig und gemein, daß sie aller Herzen erbeben gemacht und jedem deutschen Patrioten die Schamröthe auf die Wangen treiben mußte. Es ist ein Mord, ein zielbewußter Mord, verübt an diesem deutschen Manne, indem mit raffinierter Bosheit Anklagen erhoben wurden gegen ihn zu dem Zwecke, ihm den bürgerlichen Tod bestimmt, den physischen vielleicht zu geben. Der „Vorwärts“ wußte ja ganz genau, daß Krupp seit Langem leidend war, er hat das noch kürzlich selbst hervorgehoben in der Absicht, es als entlassend für sich und sein böses Gewissen zu benutzen. Er konnte somit gar nicht im Zweifel darüber sein, welche Folgen seine boshaften und schmutzigen Angriffe für den Verewigten haben könnten, zumal dessen große Empfindlichkeit für Angriffe in der Dessenlichkeit auch kein Geheimnis war.“

Die unanbaren Hintertreppen-Phantasien des Schmeichelein-Blattes eröffnen tiefe Einblicke in die wüste Verbrechertat der berufsmäßigen Schamhängerpresse.

### Demokratisches über Krupp.

Die „Frankf. Zeitung“ läßt sich von ihrem Neapolitaner p.-Korrespondenten über den Fall Krupp eine Korrespondenz einfinden, die als Beitrag zur demokratischen Gesinnung des Blattes des Herrn Sonnemann in ihren Hauptstellen abgedruckt zu werden verdient.“

Nachdem der Korrespondent versichert, daß Krupp vollständig unschuldig sei, bringt er folgende Beweise für diese seine Ueberzeugung bei:

Die behördlicherseits mit aller Strenge in Capri vorgenommene Untersuchung hat klar und deutlich ergeben, daß Herr Krupp das Opfer einer der zahlreichen, gewöhnlichen, häufigen Verleumdungen geworden ist, von denen Italien wimmelt, und die jede Woche einmal in eigens für ihre Zwecke geschaffenen Zeitungen ihr abscheuliches Handwerk antreiben. ... Was die neapolitanische „Propaganda“ oder die Mailänder „Gogna“ über das Privatleben eines Ehrenmannes schreiben, ist — das weiß Jedermann in Italien — erstunken und erlogen. Auch Herr Krupp ließ auf Kuraten seiner italienischen Freunde die schmutzigen Angriffe der „Propaganda“ unbeachtet. Aber man hatte dabei nicht in Rücksicht gezogen, daß sich ein deutsches Blatt finden könnte, daß die neapolitanischen Verleumdungen übernehmen würde.

Seit vier Jahren verbrachte Herr Krupp regelmäßig einige Wintermonate in Capri. Er wohnte dort im Hotel Quisiana des Cavaliere Serena, des Bürgermeisters der Gemeinde Capri, den er im Sommer manchmal mit sich nach Effen führte. Jeden Tag sah er eine Anzahl von Landsleuten bei sich zu Tische. An dem guten Capriwein, dem weißen wie dem roten, wurde da nicht gespart, und manchmal ging es in den Zimmern Krupp's bei Eherz und Gesang hoch her bis in die späte Nacht. Niemand aber ist es Herr Krupp oder seinen Tischgenossen auch nur im Traume eingefallen, solch eine

Orgle zu veranstalten, wie sie die neapolitanischen Schmuckblätter geschildert haben und wie sie ja in Neapel und Umgebung nicht zu den Seltenheiten gehören. Wer die Verlogenheit der neapolitanischen Presse kennt, wird sich auch nicht darüber wundern, daß Photographien von solchen Organen mit den Bildnissen Krupps vorliegen. Die künstliche Herstellung von solchen Organen ist ja eine Kleinigkeit, da Bildnisse Krupps überall zu haben sind. Schon im vergangenen Frühjahr hat man Herrn Krupp Platten solcher Standal-Photographien zum Kaufe angeboten. Er beging den Fehler, den Keel, der ihm die Platten anbot, verächtlich abzuweisen und nicht einmal der Polizei anzuzeigen. Schließlich rächte sich die Presse, indem sie ihrem Schmutz einen politischen Anstrich gab und in die Zeitungen brachte. Auch das ist in Italien etwas Alltägliches. Eine Zeitungsnnummer mit unflüchtigen Artikeln und Abbildungen findet ungeheuren Absatz, und wie soll sich das arme Opfer verteidigen? Einen Prozess anstrengen? Da setzt er sich höchstens der Gefahr aus, daß die verklagte Zeitung ihm ein halbes Duzend Zeugen gegenüberstellt, die einmütig beschwören, daß der Kläger die ihm zur Last gelegten Verfehlungen wirklich begangen habe. Neugen sind billig in Neapel. Die Gerichte werden ja die Zeitung wahrheitsförmlich trotz alledem verurteilen, aber vor der öffentlichen Meinung steht der Kläger durchaus nicht gerechtfertigt da. Der Staatsanwalt von Mailand hat deshalb kürzlich ein heroisches Mittel gegen das Mailänder Schmutzblatt „Alta Gogna“ ergriffen, das ein würdiges Gegenstück zu den Zeitungen bildet, deren Opfer Herr Krupp geworden ist. Da der „Gogna“ mit dem Preßgesetz nicht beizukommen war, so ging der Staatsanwalt gegen die Medaillon, die Drucker und die Expedition des Blattes als eine Verbrechergenossenschaft vor und ließ die ganze Bande verhaften. Etwas ähnliches wird wohl nun, da Krupp tot ist, auch gegen das neapolitanische Standalblatt geschehen.

Was der Rechtsanwalt des Verstorbenen zur Erklärung der heimtückischen Angriffe über die politischen Parteien auf Capri veröffentlicht hat, ist nicht ganz zutreffend. Caballiere Serena, der Freund Krupps, ist Führer der demokratischen Partei der Insel. Er wurde auf der einen Seite von den Merikalen, auf der anderen Seite von den Socialdemokraten belästigt, die aber allesamt gegen Krupp, den Wohlthäter Capris, die größte Ehrerbietung zeigten. Die Verleumdungen gegen Krupp sind nicht das Werk einer politischen Partei, sondern einer gewerbmäßigen Verleumder- und Expressebande, die aber leider bei einer politischen Partei und ihren publizistischen Organen allzusehr unglückliche Aufnahme fand und ihre Gemeinheiten unter der Flagge, für die öffentliche Moralität zu wirken, verbreiten konnte.

Zunächst sei bemerkt, daß die „Propaganda“, die der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ zwischen den Zeilen als gewerbmäßiges Standalblatt bezeichnet, jenes socialistische Blatt ist, dem wegen seiner derzeitigen Aufsedung der Camorra von der deutschen liberalen Presse, auch von der „Frankfurter Zeitung“, die größten Komplimente gemacht worden sind! Und nun soll dies Blatt, das jahrelang einen heroischen Kampf gegen die Korruption geführt hat, selbst das Werkzeug oder doch wenigstens der Dupire eines verbrecherischen Expressegejndels geworden sein!

Eine seltsam demokratische Auffassung bekundet der Korrespondent über Preßbeleidigungs-Prozesse. Auch wenn ein halbes Duzend Zeugen die Wahrheit des Behaupteten eidlich bekunden, ist eine Verurteilung ganz am Plage. Und warum? Weil jederzeit Belastungszeugen für Geld zu haben sind. Sollten da nicht auch Entlastungszeugen für Geld zu haben sein, namentlich wenn der Kläger eine angesehene und reiche Persönlichkeit ist? Und sollte das Urteil der öffentlichen Meinung nicht doch ein gerechteres Tribunal sein, als ein Justizkollegium, das sich über Zeugenaussagen so souverän hinwegsetzt?

Ein starkes Stöck für den Korrespondenten eines demokratischen Blattes ist aber die Gemüthung über das summarische Verfahren gegen eine Zeitung, deren ganzen Stab man deshalb gleich einer Verbrecherbande hinter Schloß und Riegel steckt, weil — man ihr strafrechtlich nichts anhaben kann! Und dies Verfahren erwartet, erhofft der Korrespondent auch gegenüber der „Propaganda“, weil — Krupp ja jetzt tot ist, also keinen Strafantrag mehr stellen kann! Eine solche Empfehlung schamlosesten Zukizcamorristentums leistet sich ein demokratisches Blatt!

#### Italienische Krupp-Camorra.

Aus Rom wird der „kölnischen Zeitung“ folgendes mitgeteilt: Nach zuverlässigen, hierher gelangten amtlichen Meldungen hat die seitens der Behörden mit aller Strenge in Capri vorgenommene Untersuchung ergeben, daß Krupp das Opfer einer Bande von Verleumdern geworden sei, wie man ihnen in Italien häufig begegnet. Krupp hätte schon früher den italienischen Verleumdungen entgegengetreten und die ganze Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben müssen, statt mit Stillschweigen über die Verächtlichkeiten hinwegzugehen. Die italienische Staatsanwaltschaft ist nunmehr entschlossen, nachdem Krupp gestorben, mit aller Energie gegen das neapolitanische Standalblatt vorzugehen. Da auf Grund des Preßgesetzes den Verleumdern nicht beizukommen ist, so sollen diese als gemeine Verbrecher behandelt werden. Mehrere Personen sind bereits verhaftet.

Ein solch schamloser Gewaltakt wird sich schwerlich ohne die schärfste Opposition aller anständigen Elemente des Landes durchzuführen lassen.

Die Kruppianer haben denn doch zu früh!

#### Der zarische Despotismus in der Krim.

Vor einigen Tagen sind zwei Mitglieder des Woronezher Komitees zur Hebung der Landwirtschaft verhaftet worden und dadurch ist unter den vielen Fragen, die augenblicklich in der inneren Politik des Zarenreichs eine Rolle spielen, die Frage über den Ausgang der Beratungen der Komitees, die von der Regierung zur Ausfindigmachung von Mitteln und Wegen, wie der Landwirtschaft zu helfen, eingesetzt worden sind, in ein besonders interessantes Stadium getreten.

Es ist ja kein Geheimnis mehr, daß Mittleres Industrialismus in die Veräthe gegangen ist. Seine Wirtschaftspolitik hat schließlich zu einem Spekulationschwund geführt, der die ganze Volkswirtschaft untergrub. Um aus der Sadgasse herauszukommen und um vor allen Dingen einen Teil der oppositionellen Elemente zu beschwichtigen, beschloß man, ein klein wenig Parlamentarismus zu spielen. Es wurde ein centrales Komitee eingesetzt, das sogenannte „osobojos noweschtschano“, das die Materie der Hebung der Landwirtschaft in höchster Instanz zu behandeln hat, während besondere Komitees in der Provinz mit dem Studium der einschlägigen Fragen sich an Ort und Stelle befassen sollten. Schon bei dem Entwurf eines Arbeitsplanes für das Centralkomitee tauchten Schwierigkeiten auf. Witte und Stypagin wollten die Beratungen auf Fragen rein technischer Natur, auf die Frage des landwirtschaftlichen Kredits, des Genossenschaftswesens usw., beschränkt wissen, womit aber selbst der Minister der Landwirtschaft, Jermolow, nicht einverstanden war. Keuchlich spielte sich auch ein Kampf über die engere oder weitere Fassung des Stoffes für die Gouvernements- und Kreis-Komitees ab, aber sobald diese die Sache

einmal in der Hand hatten, mußte die Regierung den Rückzug antreten; unter dem Anschein der Petitionen und Erklärungen mußte die Regierung sich doch einverstanden erklären, daß den Komitees die Beratung aller die Hebung der landwirtschaftlichen Kultur berührenden Fragen gestattet wird.

Nicht minder arge Kopfschmerzen hat der Regierung die Konstituierung der Komitees bereitet. Die Vertretungskörperchaften der Provinz, die Semstwo, sollten um keinen Preis an den Beratungen Anteil nehmen. Gegen eine solche Behandlung der Semstvos, der einzigen Institutionen, denen wirklich die Lage des Landes bekannt ist, erhoben die Komitees Protest, und ehe die Regierung noch etwas unternehmen konnte, mußte sie trübten Auges zusehen, daß die Semstwo-Abgeordneten doch überall in die Komitees einbrangen. Außer den Abgeordneten der Semstvos haben zu den Komitees auch Volksschullehrer, Bauern u. a. Zutritt erlangt, wobei die Kreis-Komitees eine ansehnliche Zahl von Teilnehmern aufweisen. So ist es denn gekommen, daß das Zarenreich jetzt von einem ganzen Heer kleiner „Parlamente“ überzogen ist, und es muß ihnen gelassen werden, trotz ihrer Unbeholfenheit und Schüchternheit verstehen sie, das Leben der Regierung nicht weniger zu machen. In den Vorträgen und Reden der Komiteemitglieder, die öffentlich gehalten werden, weht durchweg ein oppositioneller Geist. Die Forderungen erscheinen aus sehr begrifflichen Gründen oft in sehr verhäßlicher Gestalt, doch die Regierung weiß sie wohl zu entziffern und nicht weniger auch die Zuhörer. In allen Komitees, man weiß bis jetzt noch keine Ausnahme, kommt als Hauptgedanke die Notwendigkeit eines konstitutionellen Regimes zum Ausdruck. Es könne keine Rede sein von einer Umgestaltung des elenden wirtschaftlichen Lebens, bevor nicht eine Aenderung in der politischen Struktur des Landes eintrete, das ist das Lied, das der Regierung jetzt aus allen Winkeln des Reiches in die Ohren klingt. An den Maßnahmen der Regierung wird kein gutes Haar gelassen. Wie reagiert sie darauf? Anfänglich ließ sie alles über sich ergehen, dann versuchte sie mit Warnungen einzugreifen, jetzt sieht sie ihre einzige Rettung in der Anute: sie läßt die ihr unbehaglichen Redner der Komitees einfach als politische Verbrecher behandeln und bringt sie hinter Schloß und Riegel! Das Mitglied des Woronezher Kreis-Komitees, S. Martinow, hat den Grimm der Regierung besonders durch eine Stelle seiner Rede hervorgerufen, in der er von der Leber weg, was noch niemand getragt hatte, die Einberufung einer russischen Volksvertretung forderte. Ebenso offen und ehlich ist die Rede des Mitgliedes desselben Komitees Dunakow gewesen. Martinow ist auf Befehl des Ministers des Innern Plechwe nach Petersburg in die Feste gebracht, Dunakow, der auf seinem Gute verhaftet wurde, befindet sich in dem Gefängnis in Woronez. Man kann gespannt sein, welche Entwicklung nunmehr die Arbeiten der Komitees, die bis Monat Februar tagen sollen, weiter nehmen werden und wie die „Parlamente“ sich zu der Vergeßlichkeit ihrer Mitglieder verhalten werden.

### Deutsches Reich.

#### Die Peters-Preße

hat die Erklärung der Frau Isabella Bronfort v. Schellendorf, die wir in Nr. 289 des „Vorwärts“ mitteilten, mit der Frage beantwortet: wer denn die allerbeste Quelle sei, auf die sie sich beziehe. Wir sind nunmehr autorisiert zu erklären, daß der Abg. Webel es war, der Frau Isabella Bronfort v. Schellendorf ermächtigt, jene Erklärung abzugeben. Es steht also fest, und insofern hat Dr. Peters die Unwahrheit behauptet, daß die Mitteilungen über den Zudenbrief an den Abg. Webel von Herrn Bronfort v. Schellendorf, dem Gemahl der oben genannten Dame, nicht herrühren.

#### Ein Kreuzzug gegen Venezuela?

Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Das Reichs-Marine-Amt erteilte telegraphisch den Befehl, daß die drei Kreuzer „Amazona“, „Ariadne“ und „Niobe“ sofort kriegsmäßig für Venezuela ausgerüstet werden. Die nötigen Befehle für Abgabe der erforderlichen Ausrüstungen sind Mittwochabend bereits ergangen. Mitte nächster Woche dürfen die Schiffe abgangsfähig sein.

Die schon im Dezember des vorigen Jahres angekündigte Flottendemonstration gegen Venezuela soll also nunmehr wirklich zur Ausführung gelangen. Und zwar mit imponierendem Machtangebot. Bereits befinden sich mehrere deutsche Kreuzerfahrzeuge in den mittelamerikanischen Gewässern, dieselben sollen nun durch die drei genannten Kreuzer verstärkt werden. Die drei Kreuzer haben je 2645 Tonnen Displacement, je 6000 indizierte Pferdekraft und je 210 Mann Besatzung. Warum man ein ganzes Marinegeschwader gegen Venezuela schicken will, ist ziemlich unverständlich, da man sich doch schwerlich einbildet, etwas Ernsthaftes gegen Venezuela unternehmen zu können. Im Dezember des vorigen Jahres drohte man mit der zeitweiligen Occupation eines venezolanischen Hafens. Diese Drohung würde man auch mit dem bereits in Amerika befindlichen Schiffsmaterial ausüben können. Dazu bedürfte es doch nicht einer so kostspieligen Flottendemonstration großen Stiles.

Im übrigen muß jedem verständigen Menschen der Jwed der ganzen Aktion verborgen bleiben. Belamlich handelt es sich bei dem Konflikt um die Eintreibung von Summen, die die venezolanische Regierung deutschen Eisenbahnaktionären schuldet, also um einen Gerichtsvollziehersdienst der deutschen Regierung. Venezuela hat offenbar infolge der auflodernden kriegerischen Wirren, die das Land nun bereits seit Jahren verheeren, seinen Verpflichtungen nicht nachkommen können. Im Dezember vorigen Jahres hatte die politische Krisis des Landes ihren Höhepunkt erreicht, die Regierung Castro befand sich in der denkbar bedrängtesten Lage. Ein Vorgehen Deutschlands wäre gleichbedeutend mit einer Parteinahme für die Merikale Insurrektion gegen das „liberale“ Regiment Castro gewesen. Daß eine solche indirekte Unterstützung der Merikalen Partei nicht im Interesse der Entwicklung des Landes gelegen und eine Garantie für Schaffung geordneter Zustände geboten hätte, liegt auf der Hand. Gleichwohl deutet alles darauf hin, daß nicht derartige vernünftige Erwägungen die deutsche Regierung damals von einer Aktion abgehalten haben, sondern die zu respektvoller Reserviertheit nötigende Haltung Amerikas. Nunmehr hat abermals eine Sondierung bei der amerikanischen Regierung stattgefunden, auf die die Antwort eingegangen sein soll, daß Amerika einem Vorgehen nichts in die Wege legen wolle, vorausgesetzt, daß durch keinerlei Anktion die Monroe-Doktrin verletzt werde. Daraufhin will nun Deutschland los-demonstrieren. Denn um mehr als eine dekorative Demonstration kam es sich ja nicht handeln.

Im günstigsten Fall wird nun Venezuela durch einen Pump die paar Millionen, die es den deutschen Banken schuldet, aufbringen, die deutschen Steuerzahler werden dafür die Kosten der Exekution, die sich auf mindestens Hunderttausende belaufen werden, zu bezahlen haben. Ob man sich nicht besser noch ein paar Monate geduldet hätte, um dem erschöpften Lande die Regelung der

Verpflichtungen, die es bisher nicht aufbringen konnte, zu ermöglichen? Man hätte dann freilich eine schöne Gelegenheit verpaßt, das Prestige des deutschen Dreizacks zu behnden.

#### Amliche Behätigung der Fleischnot.

Von der amtlichen „Enquete“ über die Fleischnot in Bayern und Württemberg liegen nunmehr folgende Ergebnisse vor:

Aus der bayerischen Denkschrift ist folgendes zu erwähnen: Die Zahl der Rinder Schlachturen in den Schlachthäusern der zwanzig größten Städte des Landes hat sich von 1900 bis 1902 nur wenig (um 200 Stück) vermehrt, die Zahl der Schweineschlachturen aber um fast 11000 vermindert (45708 gegen 56646)! Die Preisveränderungen für 50 Kilo Schlachtgewicht waren folgende:

	Rühen	Schweine
Durchschnitt 1900	63,8 M.	53,7 M.
August 1902	68,5 M.	65,8 M.

Die Fleischnote betragen sich folgendermaßen (pro Pfund):

	Rühenfleisch	Schweinefleisch
Durchschnitt 1900	68,3 Pf.	66,1 Pf.
August 1901	70,3 Pf.	75,0 Pf.

Dazu führt die Denkschrift aus: Vergleicht man die Steigerung der Viehpreise mit jener der Fleischnote, so kommt man zu dem Ergebnis, daß bei den Durchschnittspreisen aller Städte die Fleischnote nicht mehr als die Viehpreise gestiegen sind.

Hier wird aber die Behauptung der Agrarier, daß ganz allein die Schlächter an der Preisteuerung schuld seien, amtlich widerlegt!

Für Württemberg ergeben sich folgende Fleischnote (pro Pfund):

	Rühenfleisch	Schweinefleisch
Durchschnitt 1900	68,0 Pf.	63,0 Pf.
September 1902	70,0 „	77,0 „

Die württembergische Denkschrift bemerkt u. a.: Verfolgt man die Preisentwicklung weiter, so ist nicht zu verkennen, daß sich im Laufe des Jahres 1902 in allen Viehgattungen ein Anziehen der Preise bemerkbar macht; auch berechnen sich die Durchschnittspreise für den Zeitraum Januar bis September 1902 durchweg höher als für den gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Kein Centrum-Kruppianer. Eines der hervorragendsten Mitglieder des Centrums, das die intimste Personenkenntnis der Zeitgenossen besitzt, schreibt uns in einem Briefe unter anderem:

„Angesichts der Hexentänze der trinkgeldsüchtigen Bourgeois-Presse, die in ihrer Gemeinheit, wie die „Augsburger Abend-Ztg.“ Nr. 320, selbst so weit geht, zu verlangen: Der „Vorwärts“ hätte Schweine fressen sollen, selbst wenn seine Anschuldigungen erwiesen seien...“

Siebzehn Monate für ein Hoch auf die Socialdemokratie. Die „Belundung socialdemokratischer Gesinnungen“ in Verbindung mit Achtungserbeutung und Gehorsamsüberweigerung brachte dem Häftling Winder vom Promberger Pomm. Häftling-Regt. Nr. 34 ein Jahr und fünf Monate Gefängnis ein. Er war eines Abends angezogen in seine Stube gekommen und konnte nur mit Gewalt ins Bett gebracht werden. Hierbei forderte er zu einem dreifachen Hoch auf die Socialdemokratie auf und brachte es auch selbst aus. Seine Entschuldigung, er sei total betrunken gewesen, ließ das Kriegsgericht nicht gelten.

### Ausland.

#### Frankreich.

##### Geheimniskammer mit dem Bericht Bohrons.

Von nationalisistischer Seite wird behauptet, General Bohron habe sich dahin geäußert, daß sein Bericht über die China-Expedition lediglich ein an die Regierung gerichtetes Schriftstück sei, das durch diese oder jene Person zu einer Anklageschrift umgewandelt worden wäre. Das Vorgehen Pelletans in dieser Angelegenheit habe übrigens bei den andren Ministern Verstimmung hervorgerufen, und der Ministerpräsident habe Pelletan veranlaßt, die Budgetkommission ausdrücklich daran zu erinnern, daß sie nur von den die Missionare betreffenden Stellen Kenntnis nehmen dürfe.

In dem Bericht müssen ja ganz arge Dinge über die Kriegsführung der andren Mächte enthalten sein! Wie hätte sonst auch Bohron erklären können, daß trotz der unter Führung der Missionare vorgenommenen skandalösen Plünderungen der französischen Truppen in Peking, das Verhalten der französischen Truppen im Vergleich zu denen der andren Mächte noch musterhaft gewesen sei. Auch erinnert man sich wohl noch der spitzigen Sottisen, die General Bohron seinerzeit dem Grafen Waldersee über das Verhalten der deutschen Truppen sagen durfte, ohne die entsprechende Antwort zu erhalten.

Der Kriegsminister Andre erklärte einer Abordnung von Arsenalarbeitern, daß er Anhänger des Achtstundentages sei und gegenwärtig die Frage prüfe, wie der Achtstundentag in den Kriegsverwaltung unterstellten Betrieben eingeführt werden könne.

Offenlich beherzigt Andre dabei die Wahrheit, daß Proleten über Studieren geht.

#### Belgien.

Der Prozess gegen Rubino. Die Staatsanwaltschaft hat Herr Nagel, der den Prozess gegen Rubino führt, nach London geschickt, um alle Einzelheiten über seinen dortigen Aufenthalt festzustellen. Offenlich wird Herr Nagel nicht unterlassen, auch bei dem italienischen Kommissar Brina, der die Spigeldienste Rubinos so außerordentlich gut honorierte, vorzusprechen. Der Prozess gegen Rubino dürfte kaum vor Ende Januar zur Verhandlung gelangen.

In der Kammer wurde gestern infolge einer Interpellation des socialistischen Deputierten Verloz über das militärische Wetrennen, welches im August zwischen Brüssel und Ostende stattfand, und an dem sich neben einer Anzahl belgischer auch ausländische Offiziere beteiligten, verhandelt. Vandervelde brachte eine Resolution ein, in welcher den Arrangements dieses Lobesritts, bei welchem 20 Pferde zu Tode gehen wurden, ein Tadel ausgesprochen und die Regierung aufgefordert wird, die Wiederholung derartiger Tierquälereien zu verhindern. Bei der namentlichen Abstimmung stellt sich die Verschlußfähigkeit des Hauses herau.

#### England.

##### Der „Spectator“ und die deutsche Socialdemokratie.

London, 25. November. In der Nummer vom 15. d. M. brachte der „Spectator“ eine Korrespondenz aus Shanghai, in der u. a. erklärt wurde, die deutschen Socialisten unterstützten die Weltpolitik der deutschen Regierung. Gegenüber dieser Behauptung stellt Genosse J. W. Astew in der laufenden Wochennummer des „Spectator“ fest, daß die deutsche Socialdemokratie stets und ohne Ausnahme die kapitalistische Politik der Erberung und Unterwerfung fremder Länder und Völker mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft hat und in diesem Kulturkampf nicht nachläßt. Er schreibt: „Ich kann es mit aller Bestimmtheit erklären, daß die Ansicht des Korrespondenten aus Shanghai unware ist; ich bin mit Vertretern der deutschen Socialdemokratie gut bekannt; als Delegierter der Socialdemokratischen Föderation besahe ich vier Parteitage der deutschen Socialdemokratie, ich lese regelmäßig ihre Presse;

„Vorwärts“, „Neue Zeit“, „Leipziger Volkszeitung“, „Socialistische Monatshefte“ etc., ebenso ihre Literatur. Ich bin demnach berechtigt, die Ansicht zu äußern, daß die deutsche Weltpolitik den beständigen Gegner in der Socialdemokratie findet. . . . trotz aller Versuche, die von den Flottenprofessoren und den National-socialen gemacht wurden, die Arbeiter für die „nationale Politik“ zu gewinnen.“ —

### Rußland.

#### Notgedungene Begnadigungen.

Daß die Begnadigungen der zarischen Regierung nur Spiegelbilder sind, dafür siehe sich Material in Hülle und Fülle herbeischaffen. Die Regierung ist fleißig bemüht, das bißchen schimmernder Regen, die sie auf dem Verbe hat, eigenhändig zu zerstreuen. Im Sommer 1899 wurde, wie erinnerlich, zur Unterdrückung der Studentenbewegung ein Ukas erlassen, der über die Teilnehmer der Unruhen die Kasernierungsstrafe ansprach. Die Regierung blieb nicht bloß bei der Androhung, sie ließ auch thatsächlich etwa 200 Studierende in die Kasernen stecken. Es dauerte aber nicht lange, die Eingesperrten wurden „begnadigt“. Schon damals war es kein Geheimnis, daß die „Begnadigung“ den Zweck verfolgte, die studentischen Elemente wieder aus dem Heer zu entfernen. Man hatte in Erfahrung gebracht, daß ein weiteres Verbleiben der Studenten unter dem Militär trotz aller Beaufsichtigungsmassregeln zu unliebsamen Ueberraschungen führen könnte. Dieses öffentliche Geheimnis findet jetzt amtliche Bestätigung in dem folgenden Dokument:

Der Kommandierende des . . . Armee-corps

Verticaulich.

An die Kommandierenden derjenigen Regimenter, in denen Studenten auf Grund der zeitweiligen Regel sich befunden haben.

Nach den dem Ministerium des Innern vorliegenden Nachrichten erweist es sich, daß die Studierenden, die auf Grund der zeitweiligen Regel (Ukas vom Jahre 1899, Nr. 207) gedient haben, in allen Heeresteilen ungünstige Spuren hinterlassen haben. Außerdem ist entdeckt worden, daß einer von den Studenten, angeblich dadurch, daß der Kommandierende des Regiments ihm größere Freiheiten erlaubt habe, nicht nur auf das Internatlar sondern auch auf die Offiziere schädlich eingewirkt hat. Nach der Entlassung aus dem Dienst soll der betreffende Student mit den Soldaten und Offizieren im brieflichen Verkehr geblieben haben. Auf Anfrage über diesen Gegenstand, bittet der Vertreter des Kriegsministeriums, der Chef des Generalstabs, sorgfältige Nachrichten einzusenden, ob ähnliche Erscheinungen auch nicht in ihrem Regiment beobachtet worden sind. —

### Amerika.

Der Hafenarbeiterstreik von Buenos Aires hat einen großen Umfang angenommen. Ueber die Provinzen Buenos Aires und Santa Fé ist der Belagerungszustand verhängt.

## Aus Industrie und Handel.

Ueber Beschäftigung und Löhne in der ober-schlesischen Kohlen- und Stättenindustrie berichtet die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“: „Nicht nur herrscht ein starkes Ueberangebot auf dem Arbeitsmarkte, dem keine nennenswerte Nachfrage gegenübersteht, es häufen sich in letzter Zeit auch wieder die Entlassungen an. Auf Walldonhütte wurden 50 Arbeiter entlassen; auf der Walzengroßstrecke werden nur noch Tagelöhner verwendet. Sonstige Entlassungen fanden noch statt auf „Schlesien“ (Silesia A. G. Lipine), wo die Walzerei bis auf 3 Mann weggeschickt wurden. Arbeitsverkürzungen werden berichtet von Königshütte für mehrere Betriebsteile, insbesondere für die Brückenbau-Anstalt, Waggonfabrik. Feierschichten wurden ferner angeordnet auf Wollweil, sowie auf Juliusütte, wo in einigen Betriebsteilen Dreiwertel-Schichten eingerichtet wurden. Auch auf „Brandenburg“, Eigentümer Graf Vollenstein, sind Feierschichten angeordnet worden. Von Laurahütte wird berichtet, daß im Walzwerk die 4 Nacht-Schicht auf 3 M. zurückgegangen sind, daß Kohlenbäuer z. B. die auf Gotthardshütte, die früher besoldeten Bergarbeiter auf Kohlengruben, vielfach nur noch 2,50 M. pro Schicht erhalten. Ferner wurde auf der Königshütte Lohnabzüge gemacht, besonders in der Maderfabrik; die Leistungen der Arbeiter werden durch Beamte ganz genau ermittelt. In denselben Werke, in der Brückenbau-Anstalt, wurde an Stelle des Stundenlohnes Tagelohn angeordnet.“

Schultheiß-Brauerei. Zu der heute abgehaltenen General-Versammlung wurde an den Generaldirektor, den Reichstags-Abgeordneten R. v. Siedel, aus dem Kreise der Aktionäre die Anfrage gestellt, welche Wirkung von der Einführung des Flaschenpfandes und der Erhöhung des Brauersteuerns auf das Bierbrauergewerbe zu erwarten sei. Herr Siedel erwiderte darauf:

Wenn auch die Schultheiß-Brauerei vor Einführung des Flaschenpfandes im Gegensatz zu den andern Brauereien nicht so bedeutende Verluste an Flaschen zu beklagen hatte, da sie von jeder ein Flaschenpfand von 1 Pfennig berechnete, so hatte doch unftreitig die allgemeine Einführung des Flaschenpfandes der Gesellschaft Vorteile gebracht. Darüber aber, welche Einwirkungen diese Maßnahme haben werde, ob sich der Konsum vermindern und ob das Flaschenbier-Geschäft sich von den Brauereien weg- und den Bierverlegern wieder zuwenden werde, könne jedoch heute noch kein abschließendes Urteil gefällt werden.

Was den Gerstenzoll anbetreffe, so könne als sicher gelten, daß ein Kompromiß zwischen den verbündeten Regierungen und den Mehrheitsparteien zu Stande kommen werde auf der Grundlage, daß der Zoll für Brauergeste von 2 auf 4 M. erhöht und dieser als Mindestzoll festgelegt wird. Es würde die Mehrbelastung aus dieser Zollerhöhung an sich von den Brauereien leicht getragen werden können; sie machte nämlich, da nur etwa 3 bis 4 Millionen Doppelcentner Brauergeste aus dem Auslande, hauptsächlich aus Oesterreich, bezogen würden, nicht mehr als 6 bis 8 Millionen Mark aus. Aber unftreitig würden dadurch auch die Preise für inländische Gerste erhöht und, da etwa 17 Millionen Doppelcentner für Brauergewerbe verwendet würden, werde dem Brauereigewerbe eine Mehrbelastung von 34 Millionen Mark entstehen. Ein Grund für diese schwere Belastung des Brauereigewerbes sei insofern nicht vorhanden, als die Preise für Gerste, ausgenommen in den beiden letzten Jahren, in denen sehr gute Ernten zu verzeichnen waren, schon seit einer Reihe von Jahren nicht zurückgegangen sind und auch die Einfuhr zugenommen hat. Wenn der 4 Mark-Zoll zur Thatsache werde, so werde damit die Möglichkeit, gute Gerste aus Deutschland auszuführen, wesentlich erhöht, da der Händler sie dem Auslande erheblich billiger anbieten könne, indem ihm beim Export 40 M. per Tonne zurückvergütet würden. Die englischen Brauereien, die gern deutsche Gerste begehren, würden dann auf Kosten der deutschen Brauereien die Ware billig erhalten. Außerdem sei aber von dem Staatssekretär des Reichs-Schatzamts noch eine Erhöhung der Brauereisteuern in Aussicht gestellt worden. Er, Redner, habe die Ueberzeugung, daß die Schultheiß-Brauerei von allen derartigen Mehrbelastungen nicht so getroffen werde, wie die meisten andern Brauereien, da sie besonders gut fundiert ist. Die Verhältnisse werden sich allerdings auch für sie ungünstiger gestalten, aber sie werde Mittel und Wege finden, um darüber fortzukommen. Sie werde dann einen Kontraventionskampf führen ohne jegliche Rücksicht. Es werde dieser Vorwurf schon jetzt gegen die Schultheiß-Brauerei erhoben, aber er müsse jetzt als ungerichtet zurückgewiesen werden. In dem zukünftigen Ertragskampfe würden die Großbrauereien Sieger bleiben und die minder kräftigen zu Grunde gehen.

## Sociales.

Dem Vertrat für Arbeiterstatistik ist vom Reichsfinanzminister ein neuer Antrag, betreffend den Nachweis von Arbeitsver-

mittlung zugegangen. — Die Protokolle über die Verhandlungen des Vertrats für Arbeiterstatistik vom 22. Oktober d. J. sind nunmehr offiziell ausgegeben worden. Die Protokolle enthalten den Bericht über die bisherige Thätigkeit der Abteilung für Arbeiterstatistik, den Entwurf einer Geschäftsordnung des Vertrats, die Bestellung von Berichterstattern für die Erhebungen über die Arbeitszeit im Binnen-schiffahrts- und im Fuhrgewerbe, die weitere Behandlung der Erhebung über die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge in solchen Comptoirs des Handelsgewerbes, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, und die Erörterungen über die Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift durch die Abteilung für Arbeiterstatistik. Die Zeitschrift enthält folgende Gesichtspunkte: Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit, Arbeitsbedingungen, Arbeiterchutz, Arbeitshygiene, Arbeitsversicherung und Sparkassenwesen, Arbeitsfreistellungen, Arbeiterhanschaft, Konsumvereine und Genossenschaften, Arbeiterbildungsvereine usw.

### Zwang zur Arbeit als Heilmittel gegen Unfallsolgen.

Der kaiserliche R. erlitt am 4. Juli 1901 im Betriebe der Schultheiß-Brauerei einen schweren Schädelbruch und eine Verletzung beider Trommelfelle. Nach Ablauf der ersten 13 Wochen erhielt er für etwa 3 Wochen die Vollrente, dann wurde die Rente auf 60% Proz. herabgesetzt und nach abermals 3 Wochen, während welcher Zeit er in der Charité beobachtet worden war, auf 60 Proz. herabgesetzt waren dafür die Gutachten des Professors Köhler und des Stabsarztes Dr. Graf. R. legte dagegen auf Fortgewährung der Vollrente. Das Schiedsgericht holte ein Gutachten des Kreisarztes Medizinalrats Dr. Leppmann ein, der den Erwerbsverlust auf 75% schätzte. Das Schiedsgericht ging auch über dieses Gutachten hinaus und verurteilte die Brauerei- und Mälzerei-Verufsgenossenschaft zur Zahlung der Vollrente. In der Begründung heißt es:

„Da es indessen den beiden Parteien aus dem Brauereibetriebe auf Grund eigener Wissenschaft bekannt ist, daß der Kläger sich körperlich in einer ganz außerordentlich elenden Verfassung aus dem Unfalle her befindet, daß er den Wein unter sich läßt, nicht schlafen kann und von seiner Arbeitgeberin, der Schultheiß-Brauerei, nicht einmal in der Invaliden-Abteilung beschäftigt werden kann, weil er selbst zu der leichtesten Arbeit — dem Aufsichten von Gummiringen auf die Porzellanverfälscher der Flaschen — unfähig ist, so hat das Schiedsgericht kein Bedenken getragen, über die Schätzung der sämtlichen Sachverständigen hinauszugehen und auf Grund seiner praktischen Erfahrung, deren Verlässlichkeit gegenüber den Gutachten der medizinischen Sachverständigen der höchste Gerichtshof erst kürzlich besonders empfohlen hat, dem Kläger die Vollrente auch über den 31. Oktober 1901 hinaus zuzubilligen.“

Die Verufsgenossenschaft rief das Reichs-Versicherungsamt an und sagte in ihrer Reklamschrift dem Kläger sei von allen Verurteilen die Wiederaufnahme der Arbeit angetan worden. Die Arbeit sei das einzig Nationale, um die ärztlich nicht feststellbaren Beschwerden zu beseitigen.

Das Reichs-Versicherungsamt hob zwar die Entscheidung des Schiedsgerichts auf, doch stellte es sich keineswegs auf den Standpunkt der Verufsgenossenschaft. Es verurteilte diese zur Zahlung der Vollrente bis 31. März 1902 und von da ab bis auf weiteres zur Zahlung einer Rente von 75 Proz. Aus der interessanten Begründung des Urteils sei hier das wichtigste wiedergegeben:

„Es ist die Auffassung durchaus gerechtfertigt, daß die zur Entscheidung der Unfallversicherungssachen berufenen Organe an die Schätzungen der ärztlichen Sachverständigen nicht gebunden sind, sondern die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit selbst zu prüfen haben, ja daß diese Prüfung in der Hauptsache eine der vornehmsten Aufgaben der mit der Rentenfestsetzung betrauten Instanzen bildet. Ebenso ist die Berechtigung der letzteren unabweislich anzuerkennen, eigene Erfahrungen und gewonnene persönliche Kenntnisse von dem Zustande des Verletzten bei der Entscheidung zu verwenden. Dabei wird indessen im gegebenen Fall sorgfältig zu erwägen sein, ob die eigenen Wahrnehmungen derartig sichere sind, daß sie eine von der ärztlichen völlig abweichende Beurteilung hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Verletzten rechtfertigen.“

Im vorliegenden Falle handelt es sich bei dem Verletzten im wesentlichen um ein Leiden nervöser Art, bei welchem der Laie im allgemeinen gezwungen ist, hinsichtlich seines Einflusses auf die Erwerbsfähigkeit der ärztlichen Begutachtung zu folgen, und die Kenntnis einiger Schiedsgerichts-Mitglieder von dem Zustande des Verletzten bezieht sich doch wenigstens zum Teil auf Thatsachen, deren untrüglich sichere Feststellung dem Laien kaum möglich ist. Es gilt dies namentlich von der vom Schiedsgericht als erwiesen angenommenen Unfähigkeit des Klägers, selbst die leichtesten Arbeiten im Betriebe seiner Arbeitgeberin zu verrichten, und von der ebenfalls als erwiesen angenommenen Schlaflosigkeit des Klägers.

Als feststehend kann allerdings angesehen werden, daß der Kläger wenige Monate nach dem Unfalle vom 4. Juli 1901 den Versuch gemacht hat, leichte Arbeiten auszuführen, hierbei umgefallen ist und dann nicht mehr gearbeitet hat. Der Auffassung der Verzte der Hl. Charité und des königl. Kreisarztes Medizinalrats Dr. Leppmann in Berlin gegenüber, daß der Kläger nur um 60%, bezw. 60 Proz. in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt werde, die auf gründlicher Beobachtung und Untersuchung beruht, kann aber die vom Schiedsgericht gewonnene Ueberzeugung von der gänzlichen Leistungsunfähigkeit des Klägers doch nicht als maßgebend erachtet werden. Die ärztlicherseits festgestellten physiologischen Folgen des Unfalls vermögen eine völlige Unfähigkeit zur Arbeit — abgesehen vielleicht von der ersten Zeit nach dem Unfalle, als der Kläger bei der Arbeit wankte — nicht zu erklären, und es ist bei dieser Sachlage aus der bloßen Thatsache, daß der Kläger Versuche zu arbeiten mit der Erklärung, daß er nicht arbeiten könne, aufgegeben hat, noch nicht zu folgern, daß er dazu wirklich nicht in der Lage gewesen sei. Der Kläger selbst mag seinen Zustand unglünstiger ansehen, als er es wirklich ist und dafür, daß dies der Fall ist, sprechen die vorliegenden ärztlichen Gutachten.

Das Reichs-Versicherungsamt konnte deshalb die Beklagte nicht für verpflichtet erachten, dem Kläger die Vollrente bis auf weiteres zu gewähren, wenn es auch anerkennen mußte, daß bei der Schwere der erlittenen Verletzung und dem in den ersten Monaten nach dem Unfalle noch glaubhaften Auftreten von schweren Krankheits- und Schwindelercheinungen der Kläger für die ersten Monate seit dem Ablauf der 13. Woche nach dem Unfalle noch völlig erwerbsunfähig war. Es hat in freier Schätzung angenommen, daß die völlige Erwerbsunfähigkeit des Klägers bis zum 31. März 1902 gedauert habe, ist auch hinsichtlich der seitdem beim Kläger noch bestehenden Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit etwas über die Schätzung der Verzte der königlichen Charité und des königlichen Kreisarztes Medizinalrats Dr. Leppmann hinausgegangen und hat die dem Kläger seit dem 1. April 1902 zu gewährende Rente auf 75 Proz. der Vollrente bemessen.“

Der Unterverband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg beschäftigte sich auf einem Verbandstage mit dem Verhältnis zum Allgemeinen Verbands. Ein Antrag auf Auflösung des Unterverbandes wurde abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, die Beziehungen zum Allgemeinen Verbands abzubrechen. Vereinen, die bis zum 31. Dezember 1902 ihren Austritt aus dem Unterverbände erklären aus dem Grunde, ihre Beziehungen zum Allgemeinen Verbands aufrecht zu erhalten, wird ihr Anteil am Verbandsvermögen herausgezahlt.

### Londoner Armut.

London, 25. November. Die gestern ausgegebene amtliche Statistik über die Armut in der Metropole des britischen Reiches dürfte für unsre Socialpolitiker eine peinvolle Ueberraschung sein. Um mit den „Times“ (24. November, Seite 15) zu reden: „Die Statistik für die erste Novemberwoche offenbart eine Lage der Dinge, wie sie in manchen Einzelheiten beispiellos dasteht in der Geschichte des Pauperismus, die, amtlich-statistisch gefaßt, bis auf das Jahr 1857 zurückreicht. In keiner korrespondierenden Woche dieser ganzen (45jährigen) Periode waren

die Armenhäuser so gefüllt wie jetzt. Die Zahl der außerhalb dieser Anstalten sich befindenden Almosenempfänger war schon seit dem Jahre 1877 nicht so hoch. Die Gesamtzahl der Almosenempfänger war in dieser ganzen Periode nur in den Jahren 1866—1871 größer als jetzt.“ In der ersten Novemberwoche wurden in London 108 158 Personen von der Armenverwaltung unterstützt. Am schlimmsten steht es in den südlichen Bezirken Londons; die östlichen Teile haben sich durch die jüdische Einwanderung einigermaßen gehoben. Selbstredend erschöpft die amtliche Statistik noch lange nicht die wirkliche Zahl der Armen. Denn wer zählt all die Bedürftigen, die es nicht über sich bringen können, der öffentlichen Armenpflege zur Last zu fallen? Und wer zählt all die Armen, die an den Straßenenden durch das Heilwerden von Hündchen z. d. verschämte Bettel treiben?

## Gerichts-Zeitung.

Im Prozeß Wislaff wurde gestern das Urteil gefällt. Der Gerichtshof erkannte auf eine Zuchthausstrafe von dreieinhalb Jahren, wovon sechs Monate durch die erlittene Untersuchungshaft als verübt erachtet wurden, außerdem auf fünf Jahre Ehrverlust.

Wegen Verleitung zum Meineide verhandelte am Donnerstag das Schwurgericht in Weiden O./S. gegen die Genossin E. Golde, Dr. mod., die gegenwärtig bereits ein Jahr Gefängnis wegen angeblicher Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten verbüßt. Die „Gazeta Robotnica“ brachte anfangs d. J. einen Artikel, worin dem Erzpriester Schmidt vorgeworfen wurde, er habe Stollendengelder, die den Ministranten gebührt, diesen nicht ausgehändigt, sondern zu andern Zwecken verwendet. Deswegen stellte Schmidt Strafantrag gegen den Genossen Haase, der für den Artikel verantwortlich war und Haase wurde wegen Verleumdung verurteilt.

In der Hauptverhandlung gegen Haase waren auf Vorschlag des Erzpriesters die Eltern der Ministranten als Zeugen geladen. Diese hatten schriftlich nach Erscheinen des Artikels dem Erzpriester bescheinigt: sie haben die ihren Kindern zugehörigen Stollendengelder in voller Höhe erhalten. Dies beschworen sie auch. Der Verleumdung Peter Schulz bestritt dies aber mit dem Bemerkten: er habe allerdings auf Aufforderung des Erzpriesters auf ein leeres Stief Papier, gleich den andern, seinen Namen geschrieben, er könne aber das, was in dem inkriminierten Artikel behauptet sei, nur bestätigen. Nachdem Schulz dies beschworen hatte, wurde gegen ihn wegen wissenschaftlichen Meineides die Untersuchung eröffnet. Er soll auch schließlich zugegeben haben, einen Meineid geschworen zu haben, will aber dazu von der Genossin Golde angeführt worden sein. Diese habe ihn wiederholt in seiner Wohnung besucht und sowohl dort, als auch auf der Straße und in den Redaktionsräumen der „Gazeta Robotnica“ ihn aufgefordert, bei seiner Aussage zu bleiben und diese zu beschwören. „Es liege das im dringenden Interesse der Socialdemokratie. Gewiss läme nichts kommen und sollte er wider Erwarten Ungelegenheiten haben, dann werde die socialdemokratische Partei für ihn eintreten.“ Schulz wurde am 2. Oktober dieses Jahres wegen wissenschaftlichen Meineides zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Genossin Golde bestritt entschieden, daß sie den Schulz zu einem falschen Zeugnis angeführt habe. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir noch berichten.

## Versammlungen.

In Brüg wurde am 21. d. M. eine gut besuchte Volksversammlung abgehalten, in der Reichstags-Abgeordneter J. u. e. i. unter lebhaftem Beifall über die Sozialist-Verhandlungen des Reichstages sprach. Eine Protestresolution gegen die Höhe des Lebensmittels sowie gegen die Grenzverre für Vieh fand einstimmige Annahme. Nachdem Frau Jeeche die anwesenden Frauen aufgefordert hatte, sich dem in Brüg bestehenden Frauenverein anzuschließen, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

Begetarier-Vereinigung, Centrale Berlin, Geschäftsstelle O., Gontardstraße 5 I. Freitag: Vortrag von Frau Ida Mann: „Du sollst nicht töten.“ Diskussion. Gäste willkommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Gemeindevorwahlen.

Sofingen, 27. November. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Nach dreitägiger Wahl wurden alle vier freigewordene Stadtorordneten-Mandate in der dritten Klasse von unsren Genossen mit 1470 gegen 1150 Stimmen erobert.

### Auf der Flucht nach Genoffa.

München, 27. November. (S. T. B.) Die Allgemeine Zeitung meldet: Es wird hier der bayerischen Regierung nachgesagt, daß sie der Verhängung im Reichstage, insbesondere dem Minimalzoll für Gerste, mit nicht weniger als freundlichen Augen gegenüberstehe. Wie uns von absolut zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist festzuhalten, daß auch Bayern nichts gegen die gedachte Erhöhung des Minimalzoll für Brauereigerste einzuwenden hat, wofern es durch dieses Zugeständnis möglich wird, auf dem Boden der Tarifvorlage eine so große Mehrheit des Reichstags zu vereinigen, um das für die Zukunft des Deutschen Reiches so enorm wichtige Gezej zu Stande zu bringen.

### Kostlandskredit.

Wien, 27. November. (S. T. B.) Abgeordnetenhause. Nach Erledigung eines Dringlichkeitsantrages wurde über die Regierungsvorlage betr. die Gewährung eines Kostlandskredites von 3 000 000 Kronen beraten. Nachdem der Regierungsdirektor wiederholt hatte, die Regierung sei geneigt, für den Fall, daß der Kredit absolut unzureichend sei, unter Beachtung auf die Staatsfinanzen eventuell weitere Mittel in Anspruch zu nehmen, wurde die Vorlage in allen Leistungen, unter Ablehnung eines Antrages des Abg. Wagner auf Erhöhung des Kredites auf 5 000 000 Kronen, angenommen. Nächste Sitzung findet Dienstag statt.

### Die Opfer des Genfer Generalstreiks.

Genf, 27. November. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Das Genfer Kriegsgericht verurteilte heute Kohat, Dekreuze, Renou zu je 20 Tage, Kupfer zu 6 Wochen. Die Verhandlung gegen den Genossen Sigg dauerte von 2 bis 8 1/2 Uhr abends. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate. Das Urteil lautete auf 4 Monate und Entziehung der bürgerlichen Rechte auf die Dauer eines Jahres.

### Marseiller Seemanns-Ausstand.

Marseille, 27. November. (S. T. B.) Sechsen Ausständiger bewegen sich auf dem Quai, ohne jedoch Ausdreibungen zu veranstalten. Da die Schiffahrtsgesellschaften es ablehnen, Waren zu übernehmen, so sind 75 Proz. der Hafenarbeiter gezwungen, zu feiern. Der Abgang der Schiffe nach der Levante, nach Algier und nach Tunis ist unmöglich. Die Ausständigen haben dem Präfecten ihre Wünsche vorgetragen und verlangen eine Zusammenkunft mit den Seebehörden auf der Präfectur. Die Post nach Ostafrika mußte mit einem holländischen Dampfer besördert werden.

Marseille, 27. November. (S. T. B.) Der Verband der Reeder hielt heute eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, alle über den Vertrag von 1900 hinausgehenden Forderungen der Ausständigen abzulehnen.

Essen a. d. Ruhr, 27. November. (S. T. B.) Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, stiftete Frau Krupp zum Gedächtnis ihres verstorbenen Gatten 3 Millionen Mark für die Arbeiterklassen Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Millionen u. Unterhaltungsablat

Reichstag.

224. Sitzung, Donnerstag, den 27. November 1902, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Frhr. v. Thielmann, Müller. Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Herold (C.) berichtet als Berichterstatter der Kommission über die zu den Hüllen auf Vieh und Fleisch eingegangenen Petitionen.

Präs. Graf Ballestrem:

Wir würden jetzt vor Beendigung des Zolltarif-Gesetzes in die Beratung des Zolltarif-Gesetzes eintreten, soweit derselbe noch nicht beraten ist. Ich mache zur Geschäftsordnung den Vorschlag, daß diejenigen Positionen des Zolltarifs, zu denen weder Änderungsanträge noch Wortmeldungen vorliegen und über die besondere Abstimmung nicht verlangt wird, als nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen erklärt werden sollen.

Nach kurzer Geschäftsordnungs-Debatte stimmt das Haus diesem Vorschlage zu.

Abg. v. Kardorff (Sp., zur Geschäftsordnung):

In wenigen Minuten wird dem Hause ein Eventualantrag zugehen, der dahin geht, in § 1 der Gesetzesvorlage die Entschlüsselung des Zolltarifs auszusprechen. (Schnelles Geschloß links.) Dieser Antrag ist unterzeichnet von denjenigen Fraktionen, die die Mehrheit für die Zollvorlage bilden.

Ich möchte noch ein paar Worte hinzufügen. Sie (zu den Socialdemokraten) haben und selbst auf diesen Weg gedrängt. (Unruhe links.)

Präs. Graf Ballestrem:

Ich möchte den Herrn Abg. Kardorff bitten, die Begründung des Antrags auf solange zu verschieben, bis der Antrag dem Hause vorliegt. (Längere Pause.)

Soeben wird mir der Antrag handschriftlich überreicht. Er lautet: Eventualantrag. Der Reichstag wolle beschließen, für den Fall der Annahme des Absatz 1 des § 1 des Entwurfs eines Zolltarif-Gesetzes denselben wie folgt zu fassen:

Bei der Einfuhr von Waren in das deutsche Zollgebiet werden, soweit nicht für die Einfuhr aus bestimmten Ländern andere Vorschriften gelten, Zölle nach Maßgabe der dem Reichstage am 6. Oktober 1902 vorgelegten endgültigen Beschlüsse der XVI. Kommission über den Zolltarif erhoben. Jedoch werden in Abweichung von diesen Beschlüssen die Zollsätze der Nummern 808 auf 4,50 M., 809 auf 7,50 M., 810 auf 12 M.; 816 auf 8 und 12 M., 825 auf 8 M., 905 auf 4 M., 906 auf 15, 12, 10, 9, 7, 5,50, 4,50, 3 M. festgesetzt. Berlin, den 27. November 1902. gezeichnet v. Kardorff (Sp.), Bassermann (natl.), Gräber (C.), Herold (C.), Graf Limburg-Sturum (L.), Dr. Pansche (natl.), Sattler (natl.), Dr. Spahn (C.), Speck (C.), Stöckmann (Sp.), v. Tiedemann (Sp.).

Die in dem Antrag v. Kardorff genannten Positionen betreffen: Nummer 808 Spaten, Schaufeln, 809 Heu- und Düngergabeln zc., 810 Senen, Eicheln zc., 816 Pfähle, 825 Stacheldraht, Drahtgestriche und Riegel, 905 Dampfpreschmaschinen, 906 Maschinen zc.

Weiter ist mir folgender Antrag Stadthagen (Soc.) handschriftlich zugegangen. Er lautet: Der Reichstag wolle folgenden Absatz hinzufügen: Die Zollsätze des Tarifs dürfen durch vertragmäßige Abmachungen nicht hinaufgesetzt werden bei Buchweizen über 2 M., bei Hirse über 1 M.

Präsident Graf Ballestrem:

Bei dem mir soeben handschriftlich überreichten Antrag haben sich bei mir beim ersten Anblick — ich sehe den Antrag zum erstenmal (Hört! hört! links.) — sehr gewichtige Bedenken eingestellt, ob er mit § 19 Abs. 2 unserer bisher geltenden Geschäftsordnung vereinbar ist. (Hört! hört! und lebhaftes Zustimmung links. Bewegung.) Da der Antrag jedoch von einer Anzahl Mitglieder der großen Parteien dieses Hauses unterzeichnet ist und ich wohl annehmen darf, daß hinter den Unterzeichnern die große Mehrheit ihrer politischen Freunde steht, daß daher voraussichtlich die Majorität des Hauses hinter diesem Antrage steht, würde meine Entscheidung in diesem Sinne doch die Wirkung haben, sofort angefochten zu werden. (Bewegung.) Ich glaube daher die Sache besser zu machen, wenn ich zunächst die Diskussion darüber eröffne, ob der Antrag nach der Geschäftsordnung zulässig ist. Ich würde die Herren bitten, diese Diskussion in recht sachlicher Weise zu führen. Es kann, welche Ansicht man auch hat, immer nur für eine Ansicht sprechen, wenn sie sachlich verteidigt wird. (Sehr gut!) Ich richte daher die Bitte an alle Mitglieder des Hauses, im Interesse der Würde des Parlaments recht sachlich zu debattieren. (Bravo! rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Ich werde nun zunächst einem der Herren Unterzeichner des Antrags das Wort geben.

Abg. Singer (Soc.):

Ich hatte mich vorher zur Geschäftsordnung gemeldet.

Präsident Graf Ballestrem:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abg. Singer.

Abg. Singer (Soc.):

beantragt zur Geschäftsordnung, die Verhandlung über den Antrag Kardorff und Genossen so lange auszusetzen, bis er gedruckt vorliegt.

Abg. v. Kardorff (Sp.):

schließt sich diesem Antrag an.

Abg. Dr. Voth (fr. Vg.):

beantragt wegen der Wichtigkeit des Antrags die Sitzung auf 24 Stunden zu vertagen.

Abg. Richter (fr. Vg.):

Es ist sehr zweifelhaft, ob der Antrag nach der Geschäftsordnung zulässig ist. Ich kenne keinen Präcedenzfall. Es scheint mir also durchaus richtig, daß das Haus mindestens bis morgen mit der Beratung wartet.

Abg. v. Kardorff (Sp.):

Der Antrag ist selbst nicht so sehr kompliziert (Heiterkeit), und ich glaube, es ist nicht notwendig, daß ein so alter Parlamentarier wie Herr Richter so lange Zeit zu seiner Orientierung notwendig hat.

Abg. Bebel (Soc.):

Ob der Antrag kompliziert ist, weiß ich nicht. Herr von Kardorff, der zu den Antragstellern gehört, wird aber wissen, daß die Herren recht lange Zeit gebraucht haben, um die hier vorliegende Fassung zu Wege zu bringen. Es sind weitestgehende Verhandlungen mit der Regierung, ohne deren Zustimmung die Sache nicht möglich war, vorgenommen, und ich halte es einfach für selbstverständlich, daß uns die Folgenfrist von 24 Stunden gewährt wird, damit wir uns nicht nur für unsre eigene Person, sondern auch in der Fraktion über den Antrag klar werden. Es handelt sich doch hier um eine Verkürzung der Tarifberatung. Nachdem der Tarif uns ein Jahr lang beschäftigt, sollen die Beratungen plötzlich im Galopp gehen. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir durch die Beschlüsse der Mehrheit 6 Arbeitstage verloren haben. Sie haben uns auch mit der Beratung der lox Adhäsion, die sich als durchaus verfehlt herausgestellt hat, einen Tag geraubt und zu alledem kommt jetzt noch dieser Gewaltstreik.

Abg. Dr. Spahn (C.):

Was die Frage der Zeit anlangt, so bestreite ich dem Abg. Bebel das Recht, uns Vorwürfe zu machen. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Centrum.) Auch zu einer Aussetzung der Verhandlungen um 24 Stunden liegt kein Anlaß vor. Wir sind ja jetzt zu dem Zwecke hier versammelt, um in sachlicher Erörterung über die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit dieses Antrages zu beraten.

Abg. Richter (fr. Vg.):

Ich halte den Antrag formell und sachlich für unbegründet. Die Konsequenzen eines solchen Antrages lassen sich gar nicht absehen. Man könnte ja in derselben Weise zu § 1 des Staatsgesetzes den Antrag auf Entschlüsselung des Staats einbringen. Wir müssen doch die Möglichkeit haben, uns über etwaige Präcedenzfälle dieses Antrages aus den Akten zu orientieren. Wir haben ja von dem ganzen Antrag bisher keine Ahnung gehabt. Der Antrag nimmt ja auch bestimmte Positionen von den Kommissionsbeschlüssen aus. Danach müssen doch auch noch zu weiteren Positionen Änderungsanträge gegenüber den Kommissionsbeschlüssen zulässig sein. Solche Anträge können aber nicht improvisiert werden. Ich möchte vorschlagen, daß Abg. v. Kardorff jetzt seinen Antrag begründet und dann die Sitzung bis morgen vertagt wird.

Abg. Dr. Voth (fr. Vg.):

Die Worte des Präsidenten selbst bestätigen, daß Zweifel an der geschäftsordnungsmäßigen Zulässigkeit dieses Antrages vorliegen. (Sehr richtig! links.) Diese Zweifel sind natürlich bei den Parteien, die nicht in das Geheimnis eingeweiht waren, in noch höherem Grade vorhanden. Die Aussetzung der Verhandlung, um uns, die wir von diesem Antrag überaus sind, Zeit zur Prüfung dieses Antrages zu geben, ist ein Gebot der einfachsten parlamentarischen Rücksicht. Das Wesentliche bei diesem Antrag ist die Frage seiner geschäftsordnungsmäßigen Zulässigkeit.

Abg. Bassermann (natl.):

Herr Abg. Richter irrt, wenn er meint, daß die Einbringung von materiellen Änderungsanträgen zum § 1 irgendwie beschränkt werden soll. Ich nehme an, daß die Beratung des Paragraphen mehrere Tage in Anspruch nimmt, so daß die Fraktionen vollständig in der Lage sind, solche Änderungsanträge zu beraten. Heute handelt es sich nur darum, zu debattieren über die Zulässigkeit des Antrages. Mit Rücksicht darauf, daß der Antrag erst eben verteilt ist, möchte ich meinerseits beantragen, die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen. (Gelächter links.)

Abg. Stadthagen (Soc.):

Es ist zweifellos, daß der Antrag nicht zulässig ist. Der Herr Präsident hat ausdrücklich erklärt, ohne daß ein Widerspruch dagegen stattgefunden hat, daß wir jetzt fortfahren in der Beratung des Tarifs, er hat seiner verstanden, in welcher Weise diese Beratung vor sich gehen sollte. Ein Beschluß des Hauses, in der Beratung des Tarifs fortzuführen, liegt also vor. (Widerpruch rechts.) Ja, meine Herren, ich weiß ja nicht, ob Sie in dem Augenblick anwesend waren, als der Herr Präsident verkündete: wir fahren fort in der Beratung des Tarifs, ohne daß Widerspruch erfolgte. Der Herr Präsident hat den Antrag noch nicht für zulässig erklärt und Sie dürfen nicht etwa glauben, daß wenn der Antrag geschäftsordnungsmäßig unzulässig ist, die Mehrheit doch seine Beratung beschließen kann. Die Geschäftsordnung steht über der Mehrheit. (Lebhafte Zustimmung links.) Bei dieser Sachlage ist es doch angebracht, daß Sie unsern Wunsch nachgeben, bis morgen die Beratung zu vertagen. Sie haben von gestern nachmittag die Nacht hindurch bis jetzt zum letzten Augenblick sich anstrengen müssen, um diesen Antrag zu stande zu bringen. (Heiterkeit links.) Da müssen Sie doch notwendig einen Aufbruch haben. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Da also der Antrag nicht zulässig ist, so möchte ich den Herrn Präsidenten bitten, jetzt die Sitzung zu vertagen oder fortzuführen in der Tagesordnung, die er vorher verkündet hat!

Abg. Singer (Soc.):

Ich habe nie mehr als heute bedauert, daß weder die Verfassung noch die Geschäftsordnung eine Schenkung enthalten, wonach diejenigen Mitglieder des Hauses von der Beschlussfassung auszuschließen sind, deren materielle Interessen bei einem Gesetz in Frage kommen. (Lärm rechts, Stürmische Zustimmung bei den Soc. Zwischenrufe: Räuber! Glöde des Präsidenten. Rufe: Taschendiebe, Glöde des Präsidenten.) Ohne dieses materielle Interesse wäre dieser Antrag nie eingebracht worden. (Lärm rechts, Dho-Rufe. Bravo! links-Glöde des Präsidenten.) Dieser Antrag ist der Ausfluß des Interesses, den die Herren Gesetzgeber persönlich am Tarife haben. (Rufe bei den Socialdemokraten: Taschendiebe! Taschendiebe! Lärm rechts und Rufe rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Im ganzen Lande besteht kein Zweifel darüber, daß diese Vorgänge nicht geeignet sind, das Vertrauen zur Majorität zu heben. Uns bezeichnen Sie als diejenigen, die die bestehenden Verhältnisse beseitigen wollen, Sie aber machen Aufstand, Sie machen Revolution (Lärm und Lachen rechts und in der Mitte) Revolution im reaktionären Sinne (Lebh. Zustimmung links), um die Interessen des Volkes mit Füßen zu treten, um die Reichen noch reicher, die Armen noch ärmer zu machen. (Bravo! Bravo! bei den Socialdemokraten.) Dieser Antrag hat gerade noch gefehlt, um der zollwucherischen Mehrheit die Waage vollends vom Gesicht zu reißen. (Lärm rechts und in der Mitte. Rufe: Zur Ordnung!)

Abg. Ulrich (Soc.):

springt von seinem Platze auf und ruft: Räuberbande! Präsident Graf Ballestrem läutet vergeblich mit der Glöde und ruft: Sie haben nicht das Wort!

Abg. Ulrich:

Wir müssen uns wehren, wenn der Präsident uns nicht schützt. (Lärm auf allen Seiten des Hauses.)

Präsident:

Herr Abg. Ulrich, ich bitte um Ruhe. Sie haben nicht das Wort. Ihr Verhalten ist nicht zulässig. Ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Ulrich:

Wir lassen uns das nicht gefallen. Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe. (Stürmischer Lärm.)

Präsident:

Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung.

Ulrich (in höchster Erregung):

Es bleibt ein Unrecht, es bleibt ein Unrecht! (Lärm auf allen Seiten des Hauses. Rufe rechts: Klaus mit dem Keil!)

Präsident Graf Ballestrem:

Ich habe den Abgeordneten Ulrich zweimal zur Ordnung gerufen; ich gestehe, daß mir kein weiteres Mittel parlamentarisch zur Verfügung steht. (Lärm und Beifall. Rufe rechts: Klaus mit dem Keil!)

Abg. Ulrich:

hüllt die Fäuste: Kommt nur her!

Abg. Singer:

fährt fort zu sprechen, seine Worte gehen aber in der allgemeinen Aufregung fast völlig unter. Man hört den Satz: Es sollte Ihnen doch zu denken geben. Wenn der Mann Ihres Vertrauens, der Herr Präsident sagt: Was Ihr Wort, ist gegen die Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung schreibt klar vor, daß über jeden einzelnen Artikel einer Vorlage die Diskussion eröffnet und abgestimmt werden muß.

Kein Mensch mit gesundem Menschenverstand kann behaupten, daß die 946 Positionen ein Artikel einer Vorlage sind. (Sehr gut! links.) Sie machen sich mit dieser Auslegung einfach lächerlich und die Lächerlichkeit wird nur noch übertrieben durch die Niedertracht. (Ungeheurer Lärm rechts und im Centrum. Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner zur Ordnung.) Die Regierung ist ja an dem Antrag misfällig! Wenn Sie Ihnen aber auch als Antrag (auf links: Jubel!) Lärm rechts und im Centrum) gedient hat, sie hat in unsre Geschäftsordnung nicht mit hineinzureden. Wir haben es hier mit einem gewaltthätigen Bruch der Geschäftsordnung zu thun, zu einem Zwecke, eine Vorlage, die den materiellen Interessen der Mehrheit hier entspricht, zu fördern. Sie verwirren durch diesen Antrag das Recht, daß man Sie unter Leute rechnet, die selbst gegebenen Gesetze zu achten. Unter dem Antrag stehen so viel Juristen, von denen ich mir nicht denken kann, daß sie als Richter nicht zu einer Beurteilung kommen würden. Auf Grund einer solchen Bestimmung könnten Sie jede Verhandlung unmöglich machen. Gewalt geht Ihnen vor Recht. Wenn die Majorität die Minorität brutal niederzudrücken will, dann muß sich die Minorität wehren. Ueber der Majorität steht die Allgemeinheit, und in solchen Fällen wird es nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht der Allgemeinheit, mit allen Mitteln gegen die Majorität anzukämpfen. Gewalt gegen Gewalt zu setzen, um dem Volke ein Gesetz zu ersparen, daß ihm die notwendigen Lebensmittel verweigert, bei dem die Gesetzgebung gemißbraucht wird durch die Gesetzgeber. (Bravo! links, Lärm rechts und im Centrum.)

Ich wundere mich sehr darüber, daß der außerordentlich bescheidene Antrag auf Vertagung überhaupt irgend welchen Widerstand bei der Majorität findet. Der gewöhnlichste Anstand (Stürmische Unterbrechungen rechts und im Centrum) müßte diesen Wunsch sofort erfüllen. Nachdem einmal die Sache so weit gediehen ist, muß uns auf jeden Fall Gelegenheit gegeben werden, über die Tragweite dieses Antrages zu beraten. Wenn Herr Spahn meint, unsre Redner hätten die Möglichkeit gegeben, diese Anträge vorzubereiten, so hat er das vielleicht heute früh in der „Freisinnigen Zeitung“ gelesen (Lebhafte Rufe bei den Socialdemokraten: Sehr wahr! Steigbügelhalter!) Aber selbst die „Freisinnige Zeitung“ wird vielleicht durch das heutige Vorgehen der Majorität darüber belehrt sein, wie „richtig“ ihre bisherige Politik war, den Herrschaften überall Vorstoß zu leisten. (Erneute lebhaftes Zurufe. Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wir betrachten übrigens die auf unsre Reden verbrauchte Zeit keineswegs als verloren. Wir haben dem Volke klar machen können, daß die Majorität nicht einmal gewillt ist, bei dieser ungeheuerlichen Zollbelastung wenigstens gewisse Steuern auf Lebensmittel aufzuheben. Ich bitte nochmals, die Beratung dieses Antrags zu vertagen. Viel wichtiger aber ist mir, den Präsidenten zu bitten, an der Auffassung, die er bisher vom § 19 der Geschäftsordnung gehabt hat, auch weiterhin festzuhalten. An dem Präsidenten liegt jetzt die Wahrung der Würde des Parlaments (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten), liegt die Wahrung der Selbstachtung des Reichstags gegenüber dem Gebahren einer heutzutageigen Majorität! (Stürmisch anhaltender Lärm rechts und im Centrum.)

Präsident Graf Ballestrem:

Sie dürfen die Majorität dieses Hauses nicht heutzutage nennen. Ich rufe Sie zum drittenmal zur Ordnung und würde das Haus darüber entscheiden lassen, ob Ihnen das Wort entzogen werden soll, wenn Sie es sich nicht schon selbst entzogen hätten. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten.)

Abg. Kardorff (Sp.):

Unser Antrag ist bezüglich seiner geschäftsordnungsmäßigen Zulässigkeit sehr ernsthaft geprüft worden. Er ist das einzige Mittel, um die Tarifvorlage, an der die Majorität ein sehr großes Interesse hat, zu verabschieden. (Stürmische lärmende Zurufe bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem:

läutet andauernd mit der Glöde und bittet wiederholt und sehr erregt um Ruhe.

Abg. v. Kardorff:

fährt fort: Man sieht hier einmal, daß fünfzig Leute lauter schwächen können als einer redet. (Sehr gut! und lebhaftes Zustimmung rechts.) Die folgenden Ausführungen des Redners gehen bei der anhaltenden lärmenden Unruhe der Linken auf der Tribüne vollständig verloren. Als Abg. v. Kardorff die Worte „vaterländisches Interesse“ ausspricht, ruft Abg. Bandert (Soc.) wiederholt: „Mißbrauch des vaterländischen Interesses“. Aus den Reihen der Socialdemokraten ertönen fortwährend sehr erregte und laute Zurufe nach dem Redner zu. Besonders Abg. Ulrich stößt erregt wiederholte Rufe aus.)

Präsident Graf Ballestrem (sehr erregt):

Ich bitte nochmals um Ruhe!

Abg. Ulrich (Soc.):

Das brauche ich nicht!

(andauernd mit der Glöde läutend): Hier müssen Sie ruhig sein!

Abg. v. Kardorff (Sp.):

fährt, fortwährend von lärmenden Zurufen der Linken unterbrochen, in seinen Darlegungen fort, die auf der Tribüne ganz unverständlich bleiben.

Abg. Voth (fr. Vg.):

Ich habe der Mehrheit dieses Hauses stets alles Mögliche zugestimmt. Auch dieser Antrag steht ja schon seit Monaten gewissermaßen stillschweigend auf der Tagesordnung. Schon vor ein paar Monaten haben mir Mitglieder der Mehrheit gesagt, daß dieser Antrag kommen würde. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! links.) Es ist notwendig, dies zu konstatieren gegenüber der Behauptung, daß dieser Antrag die Folge des Verhaltens der Opposition sei. Ich bin durchaus nicht mit allem einverstanden, was seitens der Opposition geschieht ist, aber dies ist lediglich ein Vorwand, den Sie (nach rechts) gebrauchen, ein Vorwand, den Sie haben wollen, um den Parlamentarismus aufs schwerste zu schädigen. Ich bin mit Herrn v. Kardorff durchaus der Meinung, daß es dringend notwendig ist, die Würde des Parlamentarismus hochzuhalten, aber Sie (nach rechts) gefährden die Würde des Parlamentarismus auf das allererschwerste, wenn Sie eine sachliche Behandlung des Gesetzentwurfs unmöglich machen, und das thun Sie mit derartigen Anträgen. Ich habe, wie schon gesagt, der Mehrheit alles mögliche zugestimmt, das eine aber doch nicht, daß Sie einmal die Minderheit mit einem derartigen Antrag überrumpeln würde. (Rufe rechts: Sie haben ihn ja schon vor Monaten gesagt. Große Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, es kommt doch auf die Form an, in welcher ein Antrag schließlich vorgelegt wird. (Sehr gut! links.) Da wir diese Form nicht konnten, sind wir gänzlich außer Stande, im Augenblick zu prüfen, ob der Antrag geschäftsordnungsmäßig zulässig ist. Dem Herrn Präsidenten wird die Absicht, derartige Anträge einzubringen, wahrscheinlich ebenso gut bekannt gewesen sein, und trotzdem war der Herr Präsident ebenso wenig wie wir in der Lage, entscheiden zu können, ob dieser Antrag eigentlich geschäftsordnungsmäßig zulässig ist. (Sehr gut! links.) Nachdem die Mehrheit in den letzten Wochen bei der Auslegung der Geschäftsordnung sich zum Teil selbst in den Händen gebunden hat, sollte sie das doch ruhig machen und Sie sollten uns wenigstens die Möglichkeit geben, sachlich zu erwägen, ob der Antrag geschäftsordnungsmäßig unzulässig ist. Ich verstehe nicht, warum Sie sich gegen die Vertagung bis morgen so wehren, der ganze Erfolg kann doch nur sein, daß wir heute lediglich über die Frage der Vertagung bis zum spätesten Abend debattieren und damit die Sache doch bis morgen hinausgeschoben wird. Deshalb wäre

es von Ihnen kläger gewesen, der Vertagung stattzugeben. Aber Sie wollen ja nicht klug sein. (Abg. Stadthagen: Sie können es ja gar nicht! Große Heiterkeit.) Darüber will ich mich nicht äußern. Es hätte auch viel nobler ausgesehen, aber darauf legen Sie (nach rechts) ja keinen Wert. (Lebhafte Zustimmung links. Großer Lärm rechts.) Wenn ich und meine Freunde auch die Scenen, die wir hier erlebt haben, aufs tiefste beklagen, so kann ich Ihnen doch den Vorwurf nicht eriparen, daß Sie es gewesen sind, die diese Scenen provoziert haben. Das hat Ihnen der Herr Präsident vornehmend sehr wohl zu verstehen gegeben. Als er die Bitte aussprach, diesen Antrag möglichst ruhig und sachlich zu prüfen, war sich der Herr Präsident vollständig klar darüber, daß dieser Antrag eine Provokation sei, wie sie schlimmer nicht gedacht werden könne. Ein jeder solcher Antrag muß die Leidenschaft in der schlimmsten Weise erregen. Auf Sie fällt also die Verantwortung für die unschönen Scenen, die wir erlebt haben, und wenn Sie diese schwere Schuld nicht noch weiter anwachsen lassen wollen, so treten Sie jetzt dafür ein, daß die Vertagung bis morgen vertagt wird. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Payer (südd. Volksp.):

Die Scenen wären vermieden worden, wenn die Majorität der Minorität gegenüber die Rücksichten der Billigkeit, ja auch nur die Gebote der Höflichkeit befolgt hätte. (Sehr richtig! links.) Der klare Wortlaut der Geschäftsordnung besagt, daß Sie ohne vorherige Aenderung der Geschäftsordnung den Antrag nicht zur Vertagung bringen dürfen. (Sehr richtig! links.) Sie wollen ihn uns aber in nicht geschäftsordnungsmäßiger Form aufzwingen! Die Gründe des Herrn Payer (Rebel ruft: Reichsgerichtsrat!) waren nicht überzeugend. Das Verhalten dieser Seite darf Ihnen nicht zum Grunde für Ihr Vorgehen werden. Es ist nicht meine Aufgabe zu sagen, wer Recht hat. Fehler hat jede Seite begangen. Wir, die beiden Volksparteien, dürfen aber für uns in Anspruch nehmen, daß wir rein sachlich verhandelt haben. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wir haben keine Obstruktion getrieben. Wir waren so loyal wie möglich. Weshalb sollen wir mit gestraft werden? Der Antrag bedeutet, daß für die Zukunft ohne Einhaltung irgend welcher Formen der Geschäftsordnung jede zufällige Mehrheit das thun kann, was sie will. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie im Centrum, erinnern Sie sich an die Tage, als sie selbst in der Minorität waren. Da haben Sie sich auf die Geschäftsordnung verlassen. Was würde Windthorst dazu sagen, wenn er sähe, wie Sie mit der Geschäftsordnung umspringen. Welchen Schatz hat denn dann noch die Minorität? Bisher war jeder der Meinung, der Tarif dürfe nicht ein bloß angenommen werden, ohne daß die Form eingehalten würde, die für die Aenderung der Geschäftsordnung vorgeschrieben ist. Der Vorwurf der Ueberrumpelung ist Ihrer Taktik gegenüber durchaus begründet. Wir hatten uns bereits über eine Ihrem Antrage entgegengesetzte geschäftliche Behandlung der Vorlage schlüssig gemacht und in dem Augenblick, als der Präsident danach verfahren wollte, taucht Ihr Antrag auf. Im Sinne der Bevölkerung ist eine solche Taktik nicht. Dinge von solcher Tragweite müssen gründlich überlegt werden. Ich halte es nicht für richtig, wenn man die Geschäftsordnung dazu benützt, die Minorität an Stelle der Majorität zu setzen. Aber groß ist auch die Verantwortung der Majorität, die Minorität zu respektieren. Das sollten die Auftritte des heutigen Tages Ihnen zeigen. So etwas ist ja noch nicht vorgekommen im deutschen Reichstag. Ich möchte nur wünschen, daß die Herren aus diesen Vorgängen die Lehre schöpfen, daß man in dieser Weise nicht vorgehen darf. Nicht, daß ein derartiger Antrag, der die Verhandlungen über den Tarif rasch abschließt, kommt, hat mich in Erstaunen versetzt, davon war ja schon in der letzten Zeit die Rede. Erstaunt bin ich über die Herren von der nationalliberalen Partei (Bravo links und Juraufe bei den Socialdemokraten), die diesen Antrag gestellt haben. Am meisten aber bin ich erstaunt, daß Herr Bassermann uns das Amoson einer Stunde hingeworfen hat. (Stürmische Zustimmung links.) Ich, als einer der berufen ist, die Geschäftsordnung und die Rechte der Volksvertretung als Präsident zu wahren, rufe Ihnen zu: „Mitteln Sie nicht in dieser Weise an dem Grundstein der eignen Existenz.“ Ich appelliere an Ihre Loyalität! (Bravo! links.)

Abg. Brömel (fr. Vg.):

Die Bedeutung des Vorgehens der Mehrheit reicht weit hinaus über die Zolltarif-Vorlage. Man sollte sich hüten, den Weg zu beschreiten, den die Mehrheit beschreiten will. Nach demselben Rezept könnte ja auch die ganze Debatte über den Etat befristet werden. Man braucht ja nur zu sagen: Der diesem Gesetz heiligste Etat tritt an dem und dem Tage in Kraft und jede Erörterung der Einzelheiten wäre unmöglich gemacht. Wir haben hier vor uns nichts anderes als den Versuch, die Minderheit des Parlaments von der Teilnahme an der sachlichen Diskussion der Gesetze überhaupt auszuschließen. (Stürmische Bravo! links.) Der Wortlaut des Antrages bedeutet einen Bruch der Geschäftsordnung, der Geist des Antrages einen Bruch der Verfassung. (Erneuter stürmischer Beifall links.)

Abg. Stadthagen (So.):

Bei der im Saale herrschenden Erregung unverständlich auf der Tribüne. Nach längerer Zeit hört man die Worte:

„Die Herren, die sich gehörmäßig in der Restauration aufhalten“ (Stimme des Präsidenten.)

Graf Ballestrem

sagt: In der Restauration halten sich alle Abgeordneten zeitweilig auf, auch Sie und Ihre Freunde. Ich kann Ihre Neuerung als angemessen nicht gelten lassen.

Abg. Stadthagen:

Herrn von Kardorffs Art hier aufzutreten, war ganz unangemessen.

Graf Ballestrem:

Was unangemessen ist, habe ich allein zu entscheiden. (Sehr richtig! rechts, Lärm links.)

Abg. Stadthagen:

Noch unangemessener ist der Antrag von Kardorff, er bedeutet einen Bruch der Geschäftsordnung. (Lauter Ruf: Jawohl! links.) Wenn Herr v. Kardorff sagte, die vaterländischen Interessen erforderten den Antrag, so ist das eine so unqualifizierbare Beschimpfung der Minorität (Sehr richtig! links.), daß ich wirklich erlaube mir, daß der Präsident uns nicht geschügt hat. Vaterlandsliebend ist, wer das Gesetz zu Falle bringt. (Bravo! links. Lärm rechts.) Das Vorgehen der Mehrheit ist gemein!

Präsident Graf Ballestrem

kann sich in dem hier entstehenden Lärm nicht verständlich machen. Er ruft den Abg. Stadthagen zur Ordnung. Es kommt zu erregten Scenen zwischen dem Redner und dem Präsidenten. Letzterer bittet, sachlich zu verhandeln. (Abg. Fischer-Berlin ruft: Sachlich den Hals umdrehen!)

Abg. Stadthagen:

Ich bleibe dabei, der Mann, der uns hier Außerachtlassung vaterländischer Interessen vorgeworfen hat, ist am wenigsten berechtigt dazu und der Präsident hätte ihn zur Ordnung rufen müssen. Aber freilich, bei allen Gewaltthaten der Reaktion hat man den Vorwand gebraucht, sie erfolgten im Interesse des Vaterlandes und der Freiheit. Es handelt sich hier um einen Verfassungsbruch nicht nur dem Sinne, sondern auch dem Wortlaut nach. Wenn die Majestäts, Windthorst usw. heute noch am Leben wären, so würden sie sich mit Abscheu von Ihnen (zum Centrum), die Sie einen solchen Antrag unterschreiben konnten, abwenden. (Großer Lärm im Centrum.) Wir unsrerseits sind stets sachlich und im Rahmen der Geschäftsordnung verfahren. Sie können Sie uns Unachtsamkeit vorwerfen, da Sie bei unsren Reden doch nie zugehört haben? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Sie behaupten so oft, die bösen Socialdemokraten machten durch Obstruktion die Verhandlungen unmöglich, daß Sie es schließlich selber glauben. Goethe spricht einmal von alten Weibern, die eine Sache schließlich glauben, weil sie sie immer selbst

wiederholten. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Meine Parteigenossen sind stets von der Anschauung ausgegangen, daß es angenehm ist, von der Dummheit gehäht zu werden, aber ehrenvoll, von der Gemeinheit bekämpft zu werden. (Große Unruhe rechts.)

Wir verlangen, daß dieser Antrag nicht zur Diskussion gestellt wird, weil er geschäftsordnungsmäßig unzulässig ist. Der Präsident hatte bereits verkündet, daß wir in die Vertagung des Zolltarifs eingetreten seien. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Da ich auf einmal Herr von Kardorff gekommen mit seinem Antrage. Wir waren schon beim Tarif, nicht beim § 1. Herr Spahn hat sich bei seiner Auslegung der Geschäftsordnung schon wiederholt zu Ungunsten der Minorität und des Rechts geirrt. Abg. Payer hat sich darüber gewundert, daß die Nationalliberalen diesen Unfug mitmachten. Aber die Nationalliberalen sind doch nichts mehr als die Hörsigen des Centrum! (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten. Große Unruhe bei den Nationalliberalen.) Sie (zu den Nationalliberalen) werden an die Kette gelegt, mögen Sie auch aufschreien, daß es Ihnen weh thut! Dabei geben Sie nacheinander mit wunderbarer Geschicklichkeit alle Ihre Grundfälle auf und thun das, was die Herren vom Centrum Ihnen diktiert. Welche Wandlung gegenüber den Zeiten des Kulturkampfes!

Sie müssen die Vertagung der Frage der geschäftsordnungsmäßigen Zulässigkeit dieses Antrages bis morgen vertagen. Wenn Sie sich dagegen wehren, so beweist das wieder Ihre Unfähigkeit vor der Öffentlichkeit. (Lachen rechts.) Dieser Antrag, der zu einer Geburt etwa 9 Monate gebraucht hat (Heiterkeit), soll jetzt ohne gehörige Prüfung sofort zur Vertagung gestellt werden. Es war im Februar oder März, als Herr v. Kardorff in der Kommission zuerst den Gedanken aussprach, an Stelle des Gesetzentwurfs eine Resolution loszulassen. Seitdem sind etwa 9 Monate vergangen. Wir sind in andre Umstände gekommen. (Große Heiterkeit.) Sie aber haben Angst davor, daß wir uns das Kind morgen näher betrachten wollen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wir werden es mit allen Mitteln verhindern, daß ein derartiger Geschäftsordnungsmißbrauch sanktioniert werde. Ueber die Taktik der Mehrheit hat sich ja unter andern Herr Rettich, der bei dieser Gelegenheit im „Tag“ seine schriftstellerische Befähigung entbedt hat (Heiterkeit), ausgesprochen. In Wirklichkeit aber stellt für Sie dieser Antrag einen Sarg dar, in dem Sie hoffen, die Minderheit begraben zu können. (Große Unruhe rechts und im Centrum.) Sie glauben die Minderheit in diesen Sarg einzuzwingen zu können, aber wir stehen auf und wehe Ihnen, wenn Ihnen dann die Bretter dieses Sarges an den Kopf fliegen. Ich habe ja zu Ihren Scheldeln sehr viel Vertrauen, aber für so did halte ich sie doch nicht, daß sie das aushalten können. (Stürmische Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Südekum (So.):

Wenn der Herr Präsident uns ermahnte, möglichst sachlich zu bleiben, so bedeutet das in diesem Falle, daß wir uns sachlich den Hals umdrehen lassen, das wird uns aber gar nicht einfallen. Wir stehen hier als Vertreter des Proletariats, das Herr v. Kardorff neulich als strophulöses Gesindel bezeichnete und werden unsere Machtstellung ausnutzen, daß Sie dabei den kürzeren ziehen. Der Antrag ist eine Provokation genannt worden. Es giebt in der That agents provocateurs, die nichts schändlicher wünschen, als daß bei der ersten Gelegenheit die Geschäftsordnung und weiter das Wahlrecht stören ginge. Ein solcher Versuch würde aber nur die Revolution zur Folge haben können. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) — Daß sich auch die Nationalliberalen mit Herrn Bassermann unter den Unterzeichnern des Antrages finden, wundert mich nach den Vorgängen der letzten Zeit kaum noch. Wenn aber schon Gewalt angewandt werden soll, so habe ich doch lieber einen handfesten Hinterwäldler zum Gegner als einen pomadiferten Gentleman. Ihr Ziel erreichen Sie doch nicht. Und wenn Sie hier sitzen, bis das dritte Duzend Kohlenstücke verbrannt ist, wir halten uns, versorgen Sie sich nur mit Schlaflosas. (Heiterkeit.) Am besten wäre es freilich, Sie vertagten die Sitzung. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (C.):

Die Vorwürfe, daß unser Antrag einen Bruch der Geschäftsordnung, der Verfassung, und eine Ueberrumpelung bedeute, halte ich sämtlich für unbegründet. (Juraufe links.) Sobald wir über diese Geschäftsordnungsdebatte hinaus sind, werden wir ja Gelegenheit haben, dies nachzuweisen und Sie können uns ja widerlegen. (Lachen links.) Es handelt sich hier um eine Auslegung der Geschäftsordnung und da hat allerdings die Mehrheit das Recht, eine Entscheidung zu treffen. (Große Unruhe links.) Herr Stadthagen hat recht, daß der Herr Präsident bereits die Debatte über Position 5 eröffnet hat, aber darauf bezieht sich ja auch unser Antrag. Wir wollen nunmehr den Tarif zum Teil des Absatz 1 des § 1 machen und deshalb muß jetzt § 1 Absatz 1 zur Verhandlung gebracht werden, weil in ihm der Tarif selbst zur Verhandlung kommt. (Juraufe bei den Socialdemokraten: Aber auf geschäftsordnungsmäßigen Wege!) Der Weg ist geschäftsordnungsmäßig. (Lebhafte Widerspruch links.) Wenn wir dieser Ansicht nicht gewesen wären, dann würden wir ja ruhig und ohne alle Erregung den Weg der Aenderung der Geschäftsordnung betreten haben. Noch ein Eingehen auf die Sache selbst hat ja jetzt keinen Zweck, weil es sich ja zunächst um die Vertagung handelt. — Den Antrag Stadthagen halte ich für geschäftsordnungsmäßig unzulässig. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

Abg. Ledebour (So.):

Herrn Spahn erwidere ich, daß der Antrag nach unserer Uebereinstimmung nicht geschäftsordnungsmäßig ist. Aber darum dreht sich gar nicht die Debatte, sondern darum, ob Sie uns die nötige Zeit geben wollen, diesen entscheidenden Antrag gründlich zu prüfen. Daß wir damit in einer Stunde nicht fertig werden können, ist selbstverständlich. Die Fraktionen müssen dazu Stellung nehmen und ihn gemeinschaftlich beraten. Deshalb richte ich noch einmal den Appell an Sie, es sich zu überlegen, welche gefährliche Präjudiz Sie mit Ihrem Vorgehen schaffen. Das einfachste Aufstandsgefühl müßte Sie veranlassen, unserem Wunsch zu entsprechen. Redner verweist auf die Vorgänge bei der Brüsseler Konvention und darauf, daß nach eingehender Kommissionsberatung, in der die Mehrheit alle möglichen Anträge der Konservativen zugelassen hat, bei der Plenarberatung Fürst Herbert Bismarck die Vorlage als einen Sprung ins Dunkle bezeichnet hat. Er verliest Stellen aus der Rede des Fürsten Bismarck, in der es heißt: „Die Sachlage ist nicht genügend geklärt, um heute schon die Wahrheit nach allen Seiten hin beurteilen zu können. Die Möglichkeit dazu wird erst in einigen Jahren vorliegen sein.“ Also dieser erblich begabte Staatsmann verlangte einige Jahre Zeit, während wir zu unsrer Entscheidung hier nur einen Tag verlangen. (Sehr gut! links.) Ihre Hast (nach rechts) beweist nur Ihr böses Gewissen. Sie sind sich bewußt, daß Ihr ganzer Plan zu Schanden werden könnte, wenn die Linke genügend Zeit hätte, Gegenschläge vorzubereiten. Für Sie steht jetzt alles auf dem Spiele. Es war durchaus überflüssig, daß uns die Herren auf der Linken, die in dieser Frage auf unsrer Seite stehen, glaubten, uns gute Lehren über die Wahrung des Parlamentarismus geben zu müssen. Wir haben stets das parlamentarische System gewahrt, und was Sie Schwädigung des Parlamentarismus nennen, ist nichts weiter, als das Vorgehen der Minorität gegen eine sie vergetoaktigende Majorität, wie es in allen Parlamenten üblich ist. Unser Ziel ist, die Vorlage nicht eher Gesetz werden zu lassen, ehe das Volk befragt worden ist. Wozu sind Sie denn gewählt? Als dieser Reichstag 1808 gewählt wurde, stand die Zollfrage nicht zur Debatte, es ist also nicht nur unser gutes Recht, sondern unsre Pflicht, an das Volk zu appellieren. Daß die nationalliberale Partei dieses traurige Spiel der Vergeltung mitmacht, wundert mich gar nicht. Auf ihr Schuldkonto kommt ja auch die Verlängerung der dreijährigen Legislaturperiode um zwei Jahre. (Sehr richtig! links.) Und diese selben Nationalliberalen, die diese reaktionären Maßregeln mitgemacht haben, spielen sich hier als Vertreter des Parlamentarismus auf. Sie sind nicht Vertreter, sondern Verräter des parlamentarischen Systems. Wenn sie diesen Verrat damals nicht begangen hätten, so würden sie heute nicht den zweiten begeben können. (Bravo! links.) Aber so viel gefunden Sinn hat das Volk, daß es bei den Wahlen mit Ihnen ab-

rechnen wird, und gerade diejenigen werden die Kosten bezahlen, die alles aufbieten, der Reaktion Hülfedienste zu leisten und ihr Verhalten ab und zu durch ein paar liberale Redensarten beschönigen wollen. Wir werden das Volk aufzuklären suchen, das Volk wird immer mehr erkennen, daß seine wahren Freunde nur bei der Socialdemokratie zu finden sein werden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Vachem (C.):

Ich bitte um die Erlaubnis, eine ganz kurze Ausführung machen zu dürfen, die der Opposition eine gewisse Vernehmung geben dürfte. (Lachen bei den Socialdemokraten. Juraufe.) Warten Sie doch ab, was ich sagen will. Ich beverfahre, daß unser Antrag bei Ihnen eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen hat. (Große Unruhe links.) Die Berechtigung Ihres Wunsches, einen Aufschub von 24 Stunden zu haben, damit Sie sich in Ihren Fraktionen über den Antrag schlüssig werden können, wird von der ganzen andern Seite des Hauses anerkannt. (Stürmische Unruhe links. Ruf: Eine Stunde warf uns Bassermann hin!) Es hat in keiner Weise die Absicht bestanden, heute schon die Frage zur Entscheidung zu bringen. (Erneute Unterbrechungen links. Abg. Stadthagen: Das ist nicht wahr!) Ich bemühe mich sachlich zu sprechen. Sachlichkeit liegt im Interesse beider großen Kräfte dieses Hauses. (Unterbrechungen. Stille des Präsidenten. Der Präsident bittet um Ruhe.) Ich lasse mich durch Unterbrechungen nicht aus dem Text bringen. (Bravo! im Centrum.) Es hat in keiner Weise die Absicht bestanden, den Herren die Möglichkeit der Vorbereitung zu nehmen. (Rufe links: Bassermann!) Was Herr Bassermann Ihnen geben wollte, ging ja weiter. Er wollte Ihnen eine Stunde zur Vorberatung Ihres Verhaltens in dieser Sitzung geben, wo sachlich noch gar nicht entschieden werden sollte. (Erneute Unterbrechungen.) Die Herren sind offenbar nicht mehr in der Lage, einer näheren Auseinandersetzung folgen zu können. (Ruf bei den Socialdemokraten: Sie Karnevalskredner! Große Heiterkeit.) Meine Herren, das ist auch kein sachliches Moment. (Stürmische Gelächter bei den Socialdemokraten.) Herr Bassermann hat nicht sagen wollen, daß die Sitzung nach einer Stunde schon den Abschluß der Verhandlungen bringen sollte. Die Mehrheit hat nichts als den Wunsch, daß es ihr heute noch ermöglicht wird, die sachliche Begründung ihres Antrages nach der formellen und materiellen Seite hin zu geben. (Stürmische Unterbrechungen bei den Socialdemokraten. Ruf: Darauf lassen wir uns nicht ein!) Sie haben dann eine ganz andre Unterlage für Ihre fraktionellen Beratungen. (Erneute Unterbrechungen. Ruf: Lassen Sie das nicht Ihre Sorge sein!) Sie wollen uns nicht anhören! (Abg. Ledebour [So.] ruft mit lauter Stimme: Und Sie wollen uns vergewaltigen!) Kollege Ledebour, ich vergewaltige niemand, ich bemühe mich, eine geschäftliche Frage sachlich zu behandeln. Sie müssen uns doch gestatten, daß wir Ihnen unseren Standpunkt nachweisen. Morgen kann dann die Vertagung weitergehen, sobald ein Redner von uns diese sachliche Auseinandersetzung gegeben hat. Wenn wir heute diese Rede halten wollen, so liegt hier nicht ein Bruch der Geschäftsordnung und keine Vergewaltigung vor. (Lärm bei den Socialdemokraten.) Es ist ein rein sachliches Moment zur sachlichen Förderung der Verhandlung. (Lachen bei den Socialdemokraten. Bravo! rechts und im Centrum.) Es liegt uns noch mehr wie Ihnen daran, sachlich zu diskutieren. (Juraufe bei den Socialdemokraten: Sie Schwindler! Gewalt wollen Sie üben. Lärm auf allen Seiten des Hauses.) Sie wollen uns nicht mehr anhören. (Erneute stürmische Unruhe. Stille des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem

bittet um Ruhe für den Redner.

Abg. Vachem:

Wenn Sie uns nicht hören wollen, so haben wir doch ein Interesse daran, daß das Land unsere Gründe hört. Wir wollen sachliche Auseinandersetzungen, auf welchen politischen Prämissen unser Vorgehen beruht. So weit werden Sie der Majorität doch noch das Recht geben. (Lärmende Juraufe bei den Socialdemokraten: Morgen! Morgen! Nicht heute!) Das Land, das ruhiger, sachlicher und ernsthafter ist, als Sie (Lärm links), wird sich überzeugen, daß unser Antrag die Geschäftsordnung (Abg. Stadthagen ruft: durchein!) nicht verletzt. (Lärm; Juraufe bei den Socialdemokraten: Der Präsident war ja selber der Ansicht, daß die Geschäftsordnung verletzt ist.) Sie zeigen durch Ihr Benehmen, daß Sie einer sachlichen Behandlung und juristischen Erörterung aus dem Wege gehen wollen. (Rufe bei den Socialdemokraten: Wir wollen morgen darüber beraten!)

Abg. Ulrich (So.):

(von lebhaften Juraufen und Heiterkeit der Rechten und des Centrum empfangen): Sie sind vergnügt, meine Herren, und scheinen auch ein Recht dazu zu haben. Aber warten Sie nur ab, ob Sie nicht zu früh gelacht haben und ob Ihr Lachen nicht schließlich in Beirathung umschlagen wird. Der verehrte Kollege Dr. Vachem (Juraufe im Centrum: verehrt!?) — (Heiterkeit.), der sehr verehrte Kollege — warum denn nicht? — (Große Heiterkeit.) hat mit einer so ernstlichen Miene, daß man beinahe hätte glauben können, es sei ihm Ernst, versichert, seine Freunde wollten durch kontradiktorisches Verfahren feststellen, von welchen juristischen Prämissen sie bei diesem famosen Antrag ausgegangen seien. Ueber solche juristische Prämissen pflegen aber drei Juristen immer wenigstens vier verschiedene Meinungen zu haben. (Heiterkeit.) Wenn diese Herren eben noch eine Meinung gehabt haben, so haben sie sie vielleicht nach einer halben Stunde schon wieder aufgegeben. Wenn es nach dem Vorschlag des Dr. Vachem geht, werden Sie vielleicht ein paar Redner zum Worte lassen, und dann käme der Antrag auf Schluß der Debatte. Spiegelberg, wie kennen dich! (Heiterkeit.) Herr Vachem braucht es ja nicht gerade zu sein, der den Schluß beantragt. Wir haben die Mehrheit bei diesen Debatten über den Zolltarif kennen gelernt. Wir glauben Ihnen nichts mehr! (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Sie bringen es fertig, Ihre eignen Meinungen von einem Tag zum andern wegzueskammern! (Nach Tisch lautet es oft ganz anders als vor Tisch.) Herr Vachem hat zwar verlockend wie eine Streme gesprochen. (Heiterkeit.) Aber Dr. Spahn verlangte doch, daß die Sache gleich jetzt erledigt werden sollte, während Herr Bassermann uns eine lächerliche Stunde Frist geben wollte. Dr. Vachem legte das so aus, daß diese Stunde erst morgen kommen sollte, nicht heute. Derartige Wasserwansche Gestalten (Heiterkeit) haben aber nicht die geringste Einwirkung auf uns. Der Antrag Kardorff würde eine Entfesselung der gesamten Debatte über den Zolltarif sein. Die Geschäftsordnung und die Verfassung sind der Mehrheit nicht mehr als ein Stück Papier, das man gerreißt, wenn es einem nicht mehr paßt. Ein Reichsgerichtsrat wie Dr. Spahn hätte ein derartiges Verhalten unter keinen Umständen gutheißen dürfen! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der heilheimitische Kindermord des Herodes H: eine Spielerei gegen diese Erwägung von über 900 Positionen. (Heiterkeit rechts und im Centrum.) Sie wollen, um das schreckliche Bild nicht fortwährend vor Augen zu haben, alle diese Kinder auf einmal erwürgen. Aber die Geispen dieser Leichen werden gegen Sie aufstehen und gegen sie zeigen. (Gelächter rechts und im Centrum.) Die Minderheit müßte Fischblut in den Adern haben, wenn sie sich solche Erwägung wehlos gefallen lassen wollte. Wir werden uns gegen den Teufel, mag er nun blaues Zunderblut haben oder schwarz sein wie das Centrum, zu verteidigen wissen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Ein Antrag, der die Geschäftsordnung umgehen will, müßte uns von vornherein mißtraulich machen. Herr Spahn meinte, warten Sie doch ab, was die sachliche Vertagung ergibt. Das wissen wir im voraus. Sie werden sich von uns nicht überzeugen lassen und uns niederstimmen, denn Sie haben ja die Mehrheit. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Herr Vachem hat ordentlich gestänkt, daß wir ihm solche Nähe machen. Das erinnerte mich an jenen heftigen Geistlichen, der einem Delinquenten sagte: Laß dich doch löppen, es thut ja nicht weh; so sagt Herr Vachem: macht doch nicht so viele Umstände, wir wollen Euch ja nur löppen; es ist bald vorüber. (Heiterkeit.) Aber wir gehören nicht zu den Gänzen, die sich von dem Fuchs überlöppeln lassen. — Wenn Sie mit der Annahme dieses Antrags ein Präjudiz schaffen, so werden uns ja die Hände auch z. B. für den Etat gebunden. Die Mehrheit kann, indem sie den Wortlaut dieses Antrags

Aber nimmt, jede ihr unliebame Diskussion unterbinden. Sie werden sagen, das ist nicht möglich. Ach, nicht möglich, einer gewaltthätigen Mehrheit ist alles möglich, bedenken Sie aber, daß Sie auch einmal Ambos werden können. Nicht immer wird katholisch Trumpf sein. Es hat schon andre Zeiten gegeben, auch im Centrum. Es war eine Zeit, da rief jemand „Pflü“ aus Ihrer Mitte. Es war ein kräftiges Wort, parlamentarisch war es zwar nicht, und wer war es? Der jetzige Präsident, Graf Ballestrem, er hat damals protestiert gegen die Niedertracht, und Sie (zum Centrum) haben Bravo gellacht, es sitzen noch eine ganze Anzahl jener Herren jetzt unter Ihnen. Ihre Vergangenheit sollte Sie lägen strafen, sollte alle die Herren vom Centrum, von den Nationalliberalen, die den Antrag nicht mit unterschrieben haben, zwingen, zu sagen: bis hierher und nicht weiter! Sie sollten den Mut haben, Ihren Parteigenossen zu erklären: mit Euch gehen wir nicht mehr mit, aber freilich, der Mut ist jenen Herren längst geschwunden, Arm in Arm gehen Junler und Centrum, 'ne seine Nummer! (Stürmische Heiterkeit links.) Es ist schon auf § 19 der Geschäftsordnung verwiesen. Ich könnte Ihnen ja den Paragraphen verlesen, um eine Viertelstunde zu gewinnen, aber ich bin kein Unmensch, ich bin rechtschaffen. (Heiterkeit.) Für jeden Menschen, dem nicht juristische Spitzfindigkeiten um den gesunden Menschenverstand gebracht haben, ist es klar, daß dieser Antrag nach § 19 der Geschäftsordnung unzulässig ist. Der Herr Präsident hat die Entscheidung über die Zulässigkeit der Mehrheit überlassen, er will seine Reputation wahren, aber er durfte den Antrag von vornherein nicht zulassen. Er hat die Pflicht, das Recht jedes Mitgliedes dieses Hauses zu wahren und ich fordere ihn auf, diesen Schutz der Minorität zu gewähren. Der Antrag hätte der Geschäftsordnungskommission zur Prüfung übergeben werden müssen. (Sehr wahr! links.)

Rum sagt man noch gar, dieser Antrag ist eine vaterländische That! Ich würde mich gar nicht wundern, wenn schließlich noch gesagt würde: Die Gründer der Laurahütte waren vaterländische Leute! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Nein, der ganze Tarif ist eine Gefahr für das Vaterland, Ihre eignen Leute, die kleinen Bauern, werden eines Tages ausrufen: Versucht sei die Mehrheit, die diesen Tarif gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die kleinen Bauern werden gelegt, nur einzelne werden immer größer. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Die kleinen werden ärmer und ärmer. Da werden auch die Bauern einmal einsehen, daß sie sehr kurzschichtig waren, als sie nicht merkten, daß die Urnen der Junler keinen andern Weg gehen können als ihre Urwäter. Schon jetzt dümmert es bei den Bauern. Es ist nichts als Blasphemie, zu behaupten, dieser Antrag sei eine vaterländische That. Wieder mit einem solchen Antrag! (Lebhafte Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Peus (Soz.):

Die Beratung eines so ungeheuerlichen Antrages, wie es der Antrag v. Kardorff ist, darf unter keinen Umständen unterbrochen werden. Der deutsche Reichstag hat doch wohl noch die Pflicht, sein Thun nicht nur vor sich selber, sondern auch vor dem Volke zu rechtfertigen. Das Volk und die Presse muß sich darüber äußern können, wie es über einen solchen Antrag denkt. Hoffentlich wird das Volk Gelegenheit bekommen, über den ganzen Tarif zu entscheiden. Wir haben die Pflicht, zu verhindern, daß dem Volke unberechtigtweise die Entscheidung über diesen Tarif entzogen werde. Wenn die Regierung sich so viel Zeit mit der Vorlegung des Tarifs gelassen hat, so muß der Reichstag Zeit haben, sachlich über diese tief in das Volksleben eingreifende Vorlage zu beraten. Wir werden unsere Pflicht erfüllen. Deswegen protestieren wir dagegen, daß diese Sache mit Gewalt übers Amie gedrohen werde. Den Versicherungen der Mehrheit bringen wir nicht mehr das geringste Vertrauen entgegen. Wir können jetzt leider dies Vertrauen auch nicht mehr zu unserm Präsidenten haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich hätte erwartet, daß ein Mann, der so hoch in der Achtung des Reichstags steht, wie der Präsident, gesagt hätte: „Ich lasse den Antrag überhaupt nicht zu!“ oder doch mindestens: „Ich lasse die Debatte darüber heute nicht zu!“ Am richtigsten wäre es gewesen, wenn er gesagt hätte: „Wenn Sie ein solches Ansehen an mich stellen, dann lege ich meine Würde als Präsident nieder, dann wählen Sie sich einen andern Präsidenten, der sich zu einem solchen Bruch der Geschäftsordnung hergibt.“ (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten. Unruhe rechts und im Centrum. Vicepräsident Graf Stolberg-Wernigerode, der während der Rede des Abg. Peus den Vorsitz führt, erhebt sich und hört die folgenden Ausführungen des Redners stehend an.) Es ist sehr bedauerlich, daß gerade derjenige Präsident, der es in der That wie vielleicht keiner seiner Vorgänger verstanden hat, sich das Vertrauen des ganzen Reichstages zu erwerben, in einem solchen Moment sein ganzes Vertrauen aufs Spiel setzt (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten) und damit ein Gut preisgibt, das für die Beratungen des Reichstages von höchster Bedeutung ist. Der Wert der Geschäftsordnung ist längst illusorisch geworden. Sowie sie der Mehrheit nicht mehr paßt, wird sie geändert. Das ist bei so ungelieblichen Situationen wie der jetzigen besonders gefährlich. Der Antrag v. Kardorff ist nach der Geschäftsordnung absolut unmöglich. Er würde jedes Vertrauen und jede Loyalität unter den Parteien total untergraben. Ein solches Vertrauen und solche Loyalität ist aber für das Zusammenarbeiten der Parteien absolut notwendig. Wenn man durch diesen Antrag die ganze Geschäftsordnung über den Haufen wirft, so sind wir zu gar nichts mehr verpflichtet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie können sich dann nicht mehr auf die Geschäftsordnung berufen. Wenn der Präsident uns zur Ordnung ruft, so haben wir das Recht, die Mehrheit und mit ihr den Präsidenten unsrerseits zur Ordnung zu rufen. (Weisfall bei den Socialdemokraten. Große Unruhe rechts und im Centrum.) In dem Moment, wo Sie die Geschäftsordnung in dieser unehrerlichen Weise drehen, werden wir Sie so lange und so rechtschaffen zur Ordnung rufen, bis Sie zu dieser Ordnung zurückkehren! (Lebhafte Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Paschke (fr. Vg.):

Herr Badem sagte, die Mehrheit habe keine sofortige Entscheidung herbeiführen wollen. Er kann doch nur für seine Person sprechen. Die Absichten seiner Freunde kann er doch nicht interpretieren. Wir haben das intimste Vertrauen gegen die Mehrheit, denn wir sind schon so oft bergewaltigt worden. Die Art, wie dieser Antrag eingebracht worden ist, war ein Unberrumpelungsversuch der schlimmsten Sorte. Worüber hat sich die Mehrheit zu befassen? Bis hier ist nicht obstruiert worden, nur eine Durchsicht ist verhindert worden. Bei der lex Prince haben die Nationalliberalen am 18. Mai 1900 mit uns obstruiert in einer Weise, die jetzt noch gar nicht in Anwendung gekommen ist. Und da wollen Sie (zu den Nationalliberalen) die Entrüsten spielen? (Sehr gut! links.) Der Antrag ist mit beispielloser Uebereilung formuliert worden. Es heißt: Für den Fall der Annahme des § 1 beantragen wir folgende Fassung. Das heißt: Erst wollen sie ihn annehmen und ihn nachher die Fassung geben. (Große Heiterkeit links.) § 19 gestattet nicht, was Sie wollen. Wenn Sie ihn haben wollen, wie Sie ihn brauchen, muß der Widerstand Gesetz werden, daß es bereits in zweiter Lesung möglich sein soll, sämtliche Paragraphen eines Gesetzesentwurfs en bloc anzunehmen. Die Regierung kann einem so gestalteten Gesetz gar nicht ihre Zustimmung geben. (Sehr richtig! links.) Die Majorität möge sich vor Augen halten, welche Folgen ihr Vorgehen bei der Etatsberatung und sonst haben kann. Nunmehr ist jede Form der Abwehr gestattet und legitimiert, nachdem die Mehrheit einen solchen Beschluß wider Gesetz und Recht gefaßt. (Stürmische Zustimmung links.) Der Mangel an Besonnenheit bei diesem Antrag wird uns in die turbulentesten Verhandlungen bringen. Und diesen Antrag unterzeichnen die Herren der nationalliberalen Partei! Derselbe Herr Baffermann, der unter dem Jubel seiner Anhänger in Eisenach verhandelt hat, die Mehrheit des Reichstages ist reaktionär bis an die Knochen, macht sich jetzt zum Geschäftsführer dieser Reaktionsmehrheit. Was würde Vornamen dazu sagen, wenn er seine Epigonen als Helfershelfer der Reaktion hier am Werke sähe. Die Entsekkung der Leidenschaften wird nicht Halt machen in den Mauern dieses Hauses, sondern sich ins Land fortzuführen. Sie tragen die Schuld daran, wir haben unsre warnende Stimme rechtzeitig erhoben. (Lebhafte Bravo! links.)

Abg. Inger (Soz.):

Daß Sie Ihre Absicht, in die Beratung des Entwurfs oder auch nur in die Frage der Zulässigkeit einzutreten, heute nicht erreichen werden, sehen Sie ja selbst ein. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß es uns jetzt nicht mehr genügt, das Haus um eine Vertagung bis morgen zu bitten. Sie haben uns die Möglichkeit, in der Nacht eingehend darüber zu beraten dadurch, daß Sie uns den Nachmittag geraubt haben, genommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Wir werden also das Haus bitten, sich auf längere Zeit zu vertagen. Da wir Ihre Absneigung, am Sonnabend hier zu erscheinen, kennen, wünschen wir eine Vertagung bis Montag. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Dienstag.) Dagegen habe ich auch nichts. Wenn Sie auch am Montag nicht hier sein wollen, können wir auch Dienstag darüber beraten, ob der Antrag zulässig ist. Darauf können Sie sich verlassen, wir gehen heute nicht auseinander, weil die Geschäftsordnungsdebatte ihren natürlichen Abschluß erreicht. Wir setzen die Geschäftsordnungsdebatte fort bis zum nächsten. Wir haben ja Zeit. (Stürmischer Weisfall bei den Socialdemokraten.) Die Frage ist so wichtig, daß es eine Pflichtvergeßlichkeit ohne Gleichen wäre, wenn wir nicht unsere Ermahnung überwinden wollten, um die Rechte des Volkes zu schützen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Dr. Spahn hat von der Aufregung gesprochen, die hier Platz greift. Nun, das ist Sache des Temperaments; es giebt ja leidenschaftslose Naturen, die nichts aus der Ruhe bringen kann, die jede Aufstachelung, jede Verletzung des Rechtes ruhig hinnehmen. Das Temperament anderer Leute ist anders beschaffen, und das muß ich sagen: etwas Schrecklicheres habe ich gegenüber einer Minorität doch noch nicht erlebt als diesen Antrag. Daß man da nicht ruhig bleiben kann, ist selbstverständlich. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die Herren haben sich so in der Notwendigkeit eingelegt, daß der Zolltarif um jeden Preis zur erledigung kommen müsse, daß sie selbst diejenigen Mittel anwenden, vor denen sie noch gestern zurückgeschreckt waren. Herr Spahn meinte, wir hätten den Antrag falsch verstanden. O nein: wir haben ihn ganz richtig verstanden. Er ist ein Mittel, um die berechnete Opposition niederzuknüppeln, um die Rechte des Zolltarifs einzufahren.

Ich bedaure, daß der Präsident nicht von dem ihm zustehenden Recht Gebrauch gemacht hat und den Antrag v. Kardorff, wie er es bei andern Anträgen gemacht hat, für unzulässig erklärt hat. Im ersten Augenblick war er vielleicht dazu nicht in der Lage, da er ihn da erst zu Gesicht bekam. Die Äußerung des Präsidenten beweist auch, daß die Mehrheit es nicht gewagt hat, dem Präsidenten vorher von diesem Antrag Mitteilung zu machen, weil sie fürchten mußte, er würde ihn für unzulässig halten. Jetzt aber, wo der Präsident den Antrag kennt, mußte er nachholen, was er vorher veräußert hat, und den Antrag als geschäftsordnungswidrig erklären. Er ist der Hüter der Geschäftsordnung und es ist seine Pflicht, die in der Geschäftsordnung niedergelegten Rechte der Minorität zu schützen! (Sehr richtig! links.) Es ist nicht richtig, in einem solchen Falle die Majorität entscheiden zu lassen. Mit solcher Majoritätsentscheidung kann man die Hand zu einem Staatsverbrechen bieten. (Sehr richtig! links.) Die Majorität darf Recht und Gesetz nicht beugen, sie darf nur sachlich entscheiden. Der Mann, der durch das Vertrauen aller Parteien zum Hüter der Geschäftsordnung erwählt ist, er hat die Rechte der Minorität vor allem zu schützen. (Bravo! links.) Ich bedaure, daß Herr Kollege Spahn seinen juristischen Scharfsinn dazu verwendet, Unrecht in Recht zu verwandeln. Er sollte doch aber durch die Erfahrungen, die er mit keiner Auslegung der Geschäftsordnung bei Anträgen auf einfache Tagesordnung gemacht hat, bei weiterer Auslegung der Geschäftsordnung vorsichtig sein. Die Hoff, die Sie bei der Einbringung des Tarifs bekunden, zeigtig ja auch sonst wunderliche Wäiten. Bei den namentlichen Abstimmungen nach dem neuen System sind die Resultate der Abstimmung vom Präsidenten meist anders proklamiert worden, als sie dann im amtlichen Bericht zu lesen waren. Es sind hundert Hörenzungen für diese irrtümliche Proklamierung des Ergebnisses vorhanden, die aus der Haft beim Zählen der Schriftführer resultiert, damit nur ja nicht eine lösbare Minute verloren geht, die zur Einbringung des Tarifs notwendig ist. Bis hier ist es ja für das Ergebnis gleichgültig gewesen, ob falsch gezählt worden ist. Aber wie können Sie uns zumuten, daß wir zu Ihren Geschäftsordnungs-Mitteln Vertrauen haben für Zeiten, wo die Entscheidung auf des Meisters Schneide steht? (Sehr gut! links.) Ebenso leichtfertig, unüberlegt und lidenhaft wie der Antrag Richtiger ist dieser Antrag gearbeitet. Wenn wir erst sachlich darüber diskutieren werden, werden wir Ihnen das nachweisen. Herr Badem meinte, wir sollten erst seine Gründe hören, dann sollten wir Zeit zur Beratung bekommen. Nein, auf eine so schlechte Basis gründen wir unsre Arbeit nicht. Ich meine aber gerade für die Herren vom Centrum, das doch auch einmal eine Minoritätspartei war, müßte der Satz gelten, daß in Zweifelsfällen die Rechte der Minorität nicht angefaßt werden dürfen. (Sehr gut! links.) Denken Sie an die Zeiten des Kulturkampfes. Wenn damals die nationalliberale Majorität verfaßt hätte, sie mit solchen Anträgen niederzuknüppeln, was hätten die Führer gesagt. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Das waren andre Männer.) Jetzt gilt Ihnen aber kein Gesetz, kein Recht mehr. Die Gelder einzuheimsen, das ist Ihr Ziel. Alles andre treten Sie mit Füßen. Herr Baffermann, der uns eine Stunde schenken wollte, verkennt dadurch die Stellung unsrer Partei. Wir stehen hier nicht als die Pittenden, sondern nehmen für uns in Anspruch, daß Sie das Recht der Minderheit zu achten haben. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Diese ganzen Verhandlungen wären nicht möglich, wenn der Herr Präsident so vorgegangen wäre, wie es eigentlich seine Pflicht war. Er hätte vorgeschlagen, in die Beratung des Tarifgesetzes einzutreten, und hat im Begriff, einem Redner das Wort zu erteilen, als Herr v. Kardorff ankündigte, ein Eventualantrag sei im Druck, der beabsichtige, den Tarif en bloc anzunehmen. Das war ja sehr bezeichnend für die Absicht der Herren. Sie haben sich gesagt, eine En bloc-Akademie können wir nicht durchsetzen, da sie einen Widerspruch befürchten müssen. Darum versuchen sie dieselbe auf einem Umwege. Durch seine Worte hat Herr v. Kardorff selbst anerkannt, daß Sie sich dieser Absicht bewußt sind. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Außerdem ist ja der Antrag als Eventualantrag gestellt für den Fall der Annahme des Absatzes 1 des § 1 des Tarifgesetzes.

Der Antrag hätte also erst nach Durchberatung des ganzen Tarifs zur Beratung gestellt werden können, da der Tarif als Einlage im § 1 enthalten ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich kann mir nur denken, daß der Herr Präsident aus Ueberraschung über den Antrag nicht selbst auf die Bedenken gekommen ist. Die Herren nützen in diesem Antrag dem Reichstag zu etwas zu beschließen, was er noch gar nicht beraten hat: die Kommissionsbeschlüsse. Es scheint wirklich, daß die Herren von der Mehrheit bei diesem Vorgehen absolut verlassen sind von ihrem sonstigen Verstande. (Sehr wahr! und große Heiterkeit links.) Ganz unverständlich ist es auch, wie die Herren von der Regierung und namentlich der Herr Reichsfinanzler, der uns so häufig ermahnt hat, die Würde des Parlamentarismus zu wahren, sich dazu hergeben konnte, die Mehrheitsparteien zu ermutigen, einen solchen Antrag einzubringen, indem er ihnen für den Fall der Annahme desselben Zusicherungen machte. In einem Lande, wo wirklich parlamentarische Zustände herrschen, würde eine Regierung, die ein derartiges Attentat auf die Geschäftsordnung versucht oder unterstützte, von dem Unwillen des Parlaments hinweggefegt werden. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Die Herren Regierungsvvertreter sollten sich um Vorlagen kümmern, die der Reichstag längst verlangt hat, und ihre Zeit nicht dazu verwenden, um hinter den Gouffins Attentat gegen die Geschäftsordnung zu unterstützen. Bis hier hat der Herr Reichsfinanzler noch immer Wert darauf gelegt, zu betonen, daß die Regierung sich nur legaler Mittel bediene. Die Hilfe aber, welche die Regierung diesem Attentat auf die Geschäftsordnung leistet, kann ich als ein legales Mittel nicht mehr bezeichnen.

Wir müssen unbedingt Zeit zur Verfügung haben, um uns über die Tragweite dieses Antrages klar zu werden. Ich möchte, da der heutige Nachmittag für diese Zwecke veräußert ist, bitten, die Beratung

über die Frage, ob der Antrag zulässig ist, nicht nur bis morgen auszuschieben, sondern bis Sonnabend. Wenn Sie die Beratung noch länger aussetzen wollen, werden wir auch keinen Widerspruch erheben! Wir halten uns aber nicht für berechtigt, soviel Zeit für unsre Beratung in Anspruch zu nehmen.

Nach ein Wort über die Vorwürfe gegen uns wegen der sogenannten Obstruktion. Mein Freund Debel hat schon nachgewiesen, daß, wenn überhaupt von Obstruktion die Rede sein kann, Sie (nach rechts und zum Centrum) es sind, die die Zeit des Reichstages gemißbraucht haben. Die Majorität soll nur, wie ein Kammerdiener, auf Kommando hier erscheinen, um in ein paar Tagen möglichst viel Abstimmungen zu erledigen. Ein Motiv des Antrages v. Kardorff sehe ich auch darin, daß es vielen Herren der Mehrheit peinlich wäre, in Bezug auf ihre Abstimmung gegenüber den einzelnen Vollerhebungen dem ganzen Lande kontrolliert werden zu können. Durch die En bloc-Akademie hoffen Sie sich alle diese Einzelabstimmungen zu ersparen. Aber dieser Antrag bedeutet einen Mißbrauch und eine Verhöhnung der Geschäftsordnung, eine Verhöhnung auch der Minorität! Ich möchte den Herrn Präsidenten, der getragen ist von dem Vertrauen des ganzen Hauses, dringend bitten, die Frage der Zulässigkeit dieses Antrages sehr genau zu prüfen und seine Entscheidung nicht nach Günst, sondern nach dem Recht zu treffen! (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Darauf wird ein Vertagungsantrag des Abg. Graf Hompeck (C.) angenommen.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Freitag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Abg. Richter (fr. Vg.): Mit Rücksicht darauf, daß heute die Verhandlungen sich schon spät bis in den Abend hinein erstreckt haben und daß die heutige Sitzung auf Wunsch der Mehrheitsparteien um 2 Uhr begonnen hat, beantrage ich, auch die morgige Sitzung erst um 2 Uhr beginnen zu lassen, um auch der Gegenseite Zeit zur Beratung zu lassen. (Weisfall. — Zuruf links: Gleiches Recht für alle!)

Präsident Graf Ballestrem: Ich glaube, daß der Vorschlag des Abg. Richter ein billiger ist. (Zustimmung rechts und im Centrum.) Das Haus ist mit diesem Vorschlage einverstanden.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Nochmals:

## Die Firma Krupp als Wohltäter.

Nach in der Rede Wilhelms II in Essen befinden sich Stellen, aus denen die Bewunderung für die Arbeiterwohlfahrt der Firma Krupp spricht. Wir haben schon am Dienstag die Konsumläden, die Arbeiterwohnungen und die „Krone“ der Krupp'schen Wohlfahrt, die „Wohlfahrts-Pensionkasse“ behandelt. Heute sei die Kranken-Unterstützungskasse

ein wenig näher unterzucht. Die Kranken-Unterstützungskasse existiert seit dem Erlaß des Krankenassen-Gesetzes als besondere „Wohlfahrts-Einrichtung“. Früher war sie mit der Krankenkasse verbunden, allein da nach dem Krankenassen-Gesetz die Leistungen aus der Krankenkasse für sämtliche Mitglieder gleich sein müssen, wurde sie von der Krankenkasse losgelöst. Wäre die Kranken-Unterstützungskasse auf die Basis der gleichen Leistung an die Mitglieder gestellt worden, so hätte sie ja ihren Charakter als Belohnungsfonds für besonders gefügte Arbeiter verloren. Und das war ja der Hauptzweck der Kasse. Sie sollte Zuckerkorn für die braven, gehoramen Arbeiter gewähren, aber gleichzeitig die begehrenden Elemente mit der Peitsche der Verfüzung der Bezüge bedrohen. In den Geschäftsberichten der Kasse wurde der Charakter dieser Kasse denn auch ganz offen zugestanden: „Die Kranken-Unterstützungskasse ist zu dem Zweck gegründet, diejenigen Wohltäten (!), welche die Krankenkasse nach dem früheren Statut verschiedenen Mitgliederkategorien zuwenden konnte und welche zu verallgemeinern nicht zweckmäßig war, aus besonderen hierzu gesammelten Mitteln zu bewilligen.“ (!) Die Summen für die braven Arbeitern gnädigst bewilligten „Wohltäten“ müßten aber die Arbeiter, wie wir weiter unten nachweisen werden, selbst aufbringen! Auch für diese Kasse ist die Mitgliedschaft wieder obligatorisch, alle Arbeiter müssen steuern, damit die Firma nach ihrem Gütendanken einzelne Arbeiter besonders belohnen kann! Der von den Arbeitern zu zahlende Beitrag beträgt (seit 1898) 0,35 Proz. des Lohnes. Dafür wird ein Zuschlagengeld gewährt, wobei die unverheirateten Arbeiter im Höchstfalle 40 Pf. pro Tag erhalten. Verheiratete erhalten etwas mehr, was ja auch nicht für sich ganz in der Ordnung wäre, wenn für dieses Mehr nicht die Arbeiter selbst aufkommen müßten, auch die Unverheirateten, und wenn sich nicht die Firma Krupp dabei ihrer „Wohltäten“ brüüste, für die sie auch nicht einen Pfennig aufbringt! Und außer diesen allgemeinen statutarisch festgelegten Unterstüzungen können auch nach freiem Ermessen besondere Unterstüzungen gewährt werden, die der Vorstand der Kasse — der natürlich nur den Intentionen der Firma gemäß handelt — beschließt!

Wir haben also: Eine höchst eigenartige Institution, diese Kranken-Unterstützungskasse!

Rum leistet aber angeblich die Firma Krupp Beiträge zu dieser Kasse. So zahlte sie nach einem Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen verherrlichenden Wahzettel, der durch die bürgerliche Presse ging, im Jahre 1900 einen Beitrag von 51 349 M. zu dieser Kranken-Unterstützungskasse. Mit dieser Unterstüzung ist es aber ein ganz eignes Ding. Denn die Kasse wirft auch e hne den „Zuschlag“ der Firma Krupp dank der minimalen Leistungen an die Zwangsmittglieder ganz erhebliche Ueberschüsse ab.

So betrug im

Jahr	Einnahme	Ausgabe	Kassenbestand am Jahresschluß
1894	139 131,09	85 596,51	53 535,18
1895	108 063,80	91 563,79	76 502,01
1896	203 312,80	89 378,27	112 934,53
1898	297 817,24	115 628,22	182 189,02
1899	348 407,64	149 978,51	198 431,13

Da die Firma die Hälfte der Mitgliedsbeiträge zahlt, stammen von den obigen Summen zwei Drittel aus den Arbeiterbeiträgen. Und diese zwei Drittel sind niemals aufgebracht worden. Im Gegenteile, von den Mitgliedsbeiträgen konnte ein nicht unerheblicher Prozentsatz kapitalisiert werden. Und dies Kapital wurde der Firma Krupp gegen 4 Prozent Verzinsung zur Verfügung gestellt. Da aber der Kapitalbesitz der Firma Krupp, der auf 250 Millionen geschätzt wird, jährlich 25 Millionen Reingewinn abwirft, sich also zu 10 Prozent verzinst, so macht die Firma bei der nur 4 prozentigen Verzinsung dieser angesammelten Arbeiterbeiträge noch ein ausgezeichneter Geschäft. Sie leistet in Wirklichkeit nicht nur keinen Zuschlag, sondern zieht noch Profit aus dieser famosen „Wohlfahrtskasse“!

Es ist denn auch kein Wunder, daß es der so „wohlthätigen“ Firma Krupp gar nicht einfällt, Zuschüsse zu der auf gesetzlicher Basis ruhenden Betriebskrankenkasse zu leisten. Hier, wo sich kein Geschäft machen läßt, wo kein Unterschied von Schafen und Böden unter den Arbeitern gemacht werden kann, wo jeder nach Willigkeit für seine Leistungen auch Gegenleistungen erhält, gewährt die Firma Krupp nur die gesetzlichen Mindestleistungen. Niemals fließt eine der durch alle Welt posantten Schenkungen der

Betriebskrankenkasse zu, obwohl dieselbe infolge des auf dem Krupp'schen Werke herrschenden

**tröstlichen Gesundheitszustandes**

außerordentlich ungünstig steht und nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebene Höhe des Reservefonds vorhanden ist. Wie traurig es um die Gesundheitsverhältnisse der Krupp'schen Arbeiter bestellt ist, geht schon daraus hervor, daß beispielsweise auf 100 Mitglieder der Krankenkassen des Reiches insgesamt 38,02 Erkrankungsfälle zu verzeichnen waren, in der Krupp'schen Krankenkasse auf 100 Mitglieder im Jahre 1899 62,64 und im Jahre 1900 64,85 Krankheitsfälle kamen!

Dieser ungeheuerliche Prozentsatz der Erkrankungen zeugt zwar nicht von dem Musterbetrieb der Firma Krupp, von seinen Wohlfahrts-Einrichtungen, wohl aber von der intensiven Ausnutzung der Arbeitskraft, dem Fehlen sanitärer Einrichtungen und den räumlich ungenügenden Werkstätten und dem

**sehr ansehnlichen Ueberstunden-Umwesen.**

Die Arbeitszeit in dem Musterbetrieb der Firma Krupp betrug nämlich offiziell nur 10 Stunden, aber seit jeher bildete das Ueberstunden-Umwesen eine ständige Klage der Arbeiter. So gehörte, namentlich in dem Kanonenwerk, in den Reparaturwerkstätten, sogar in den Feuerbetrieben, eine 12stündige Arbeitszeit zweimal in der Woche nicht zu den Seltenheiten. Dazu gesellte sich zeitweise eine mit merkwürdiger Regelmäßigkeit wiederkehrende Sonntagsarbeit. Wie traurig es um die übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft der Krupp'schen Lohnslaven bestellt war, bewies auch der Bericht des Gewerbe-Inspectors von Essen-Duisburg, der ungeschämt von der Verderblichkeit des Ueberstunden-Umwesens sprach und zu dem Bescheidenden Vorschlag kam, eine längere Arbeitszeit wie 11 Stunden von der behördlichen Genehmigung abhängig zu machen. „So sah es also nach amtlichem Zeugnis in Krupp'schen Arbeiter-Paradies aus!

**Das Herrrentum der Firma Krupp.**

In der Rede des Kaisers ist wiederholt von dem „Herrn“ der Arbeiter die Rede. Diese Bezeichnung, der eine veraltete Auffassung des Verhältnisses von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu Grunde liegt, ist trotzdem sehr glücklich gewählt. Die Firma Krupp fühlte sich in der That als den Herrn ihrer Arbeiter, sie glaubte „ihren“ Arbeitern nicht nur die Arbeitsbedingungen einseitig diktieren zu können, sondern sie maßte sich trotz Verfassung und Gewerbe-Ordnung auch ein Herrrentum über das private Verhalten ihrer Arbeiter an.

Die Verfassung gewährt jedem Bürger das Wahlrecht, also vollständiges politisches Selbstbestimmungsrecht, die Gewerbe-Ordnung garantiert ihm volle gewerkschaftliche Organisationsfreiheit, allein die Firma Krupp glaubte sich über beides schrankenlos hinwegsetzen zu dürfen. Sie hielt es mit dem despotisch-patriarchalischen Sprüchein: „Was Brot ich esse, des Lied ich singe“, wobei sie die That sachen gerade auf den Kopf stellte und annahm, daß die Arbeiter der Firma Krupp das Brot der Firma äßen. So hatte sich die Firma ihr eigenes Unsurzgesetz ohne parlamentarische Weisheit zurechtgemacht, das nach einem Paragraphen des Gefängnis-, will sagen der Arbeitsordnung lautete:

„Wer sich an Agitationen oder Vereinen beteiligt, die auf den Umsturz der staatlichen Ordnung gerichtete Bestrebungen verfolgen, hat die Kündigung zu verzeugen.“

Aber nicht nur die Teilnahme an socialdemokratischen Organisationen hatte die Entlassung zur Folge, auch die Zugehörigkeit zu gewerkschaftlichen Organisationen wurde durch Entlassung geahndet. Ja sogar die Lesart der Arbeiter wurde durch die Firma kontrolliert. Dabei wurden nicht nur socialdemokratische Blätter verfehmt, sondern eine Zeitlang sogar ultramontane Blätter. Das Herrenbewußtsein der Firma Krupp war also in ganz außerordentlichem Maße ausgebildet.

Und dafür sollen die Arbeiter der Dynastie Krupp „Danfbarkeit“ bewahren?

Dank wofür?!

**Partei-Nachrichten.**

**Partei-Presse.** Unser Strahburger Partei-Organ wird, wie in einer Strahburger Versammlung berichtet wurde, vom 1. Januar 1903 ab von seinem bisherigen Standorte Schillingheim, einem Vorort Strahburgs, nach Strahburg selbst übersiedeln. Es bedeutet dies nach dem reichsständischen Pressegesetz die Erhöhung der bisherigen Station von 12000 M. auf 20000 M. In Strahburg wird das Blatt in eigener Druckerei und eigenem Verlage hergestellt werden.

Eine Konferenz der nordostfränkischen Wahlkreise befaßte sich mit den Verhältnisse und beschloß, nachdem die Genossen der Kreise Würzburg, Bamberg, Bayreuth, Lichtenfels etc. ab 1. Jan. 1903 ein neues Organ unter dem Titel: „Fränkische Volkstribüne“ herausgeben wollen, an ihrem seit 10 Jahren bestehenden Blatte „Oberfränkischer Volkszeitung“ festzuhalten und auf keine Verdiminution einzugehen. Die Hofer Pressekommission wurde beauftragt, mit einem auswärtigen Parteiverlag in Verbindung zu treten zwecks Lieferung eines vierteljährlichen politischen Blattes, dem eine Beilage mit Hofer und oberfränkischen Nachrichten beigegeben und die in Hof selbst gedruckt wird. Wenn das Blatt sich in dieser Form entsprechend entwickelt, soll es später ganz in Hof hergestellt werden.

Genosse Thielhorn in Hannover, der seit neun Jahren der Redaktion des „Volkswillen“ angehört, scheidet demnächst aus dieser aus. An seine Stelle tritt Genosse Reinert, der bisher dem Arbeitersekretariat in Hannover vorstand.

**Reichstags-Kandidaturen.** Es kandidieren: für Magdeburg Genosse Pfannkuch; für Wittenberg, Schweinig Genosse Wilhelm Frisch; Raurer in Berlin; für Darmstadt Genosse Cramer.

**Politikalisches, Gerichtliches usw.**

**§ 2 des Vereinsgesetzes.**

Eine für Verbände wichtige Entscheidung zum § 2 des Vereinsgesetzes fällt das Kammergericht. Die Polizeiverwaltung in Bochum verlangte vom Vorstande des deutschen Bergarbeiter-Verbandes, der in Bochum seinen Sitz hat, daß er ihm die Veränderungen im Mitgliederbestande sämtlicher Zahlstellen des Verbandes anzeige. Hierzu hielten sich jedoch die Vorstandsmitglieder, die Genossen Schröder, Leimpeter und Meyer, nicht verpflichtet, und es kam zu einem Strafprozeß wegen Vergehens gegen den § 2 des Vereinsgesetzes, wonach die Vorsteher von Vereinen, die auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecken, der Ortspolizeibehörde ein Mitgliederverzeichnis einzureichen und ihr jede Veränderung im Mitgliederbestande binnen 3 Tagen anzuzeigen haben.

Das Landgericht zu Bochum als Berufungsinstanz verurteilte auch die Angeklagten zu Geldstrafen von je 20 M., indem es den Verband für einen Verein im Sinne des § 2 erklärte und bezüglich der Anmeldepflicht des Verbandsvorstandes ausführte: Es möge als richtig unterstellt werden, daß die Veränderungen der Mitglieder der Zahlstellen von den Ortsverwaltungen den Polizeiverwaltungen der Orte angezeigt würden, wo die Zahlstellen beständen. Für die Entscheidung wäre dies jedoch unerheblich. Der Verbandsvorstand

sei von der Meldepflicht nicht befreit. In Betracht kämen folgende statutarische Bestimmungen: Nach § 16 des Statuts sei der oberste Verwaltungsträger des Verbandes der Vorstand mit dem Sitz in Bochum. Nach § 10 beauftragte und führe der Vorstand die Gesamtorganisation und stelle die Ortsverwaltungen, Vertrauensleute im Sinne des Statuts an. Nach § 10 habe der erste Bevollmächtigte u. a. die Anmelde- und Austrittserklärungen, die er entgegennehme, dem Verbandsvorstande zu übermitteln. Und nach § 5 sei jemand erst dann Mitglied des Verbandes, wenn die Aufnahme seitens des Verbandsvorstandes vollzogen sei. § 10 Absatz 4 gebe dem Verbandsvorstand das Bestätigungsrecht bezüglich der von den Mitgliedern der Zahlstellen alljährlich gewählten Ortsverwaltungen, und es könne danach ohne diese Bestätigung keine Ortsverwaltung rechtsgültige Abmachungen treffen, die den Verband angehen. Hiernach sei die völlige Abhängigkeit der Zahlstellen vom Verbande dargelegt. Sie bildeten mit dem Verbande einen einzigen, sich über das ganze Reich erstreckenden Verein und der Vorstand müsse der Anmeldepflicht, die alle Mitglieder umfasse, in Bochum, wo er seinen Sitz habe, genügen.

Die Angeklagten legten Revision ein, welche Rechtsanwalt Dr. K. Liebnicht vor dem Kammergericht ausführlich begründete. Der Strafnat verwarf aber das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Mit Recht seien die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes angewendet worden. Allerdings wäre die Abhängigkeit der Zahlstellen nicht maßgebend. Es läme vielmehr darauf an, ob der Verband nur aus physischen Personen bestehe, ob die Mitglieder der Ortsvereine (Zahlstellen) keine Mitglieder und die Ortsvereine selber nur organische Zwischenglieder seien. Die §§ 3 und 10 des Statuts ergäben nur ganz deutlich, daß sämtliche Mitglieder die Mitglieder des Verbandes würden und nicht etwa Mitglieder der Ortsvereine. Alle Verbandsmitglieder habe aber der Verbandsvorstand anzumelden, und zwar bei der Polizeiverwaltung in Bochum, weil er dort seinen Sitz habe.

— In Krefeld (Zähringen) fanden im November vorigen Jahres Gemeinderatswahlen statt. Das Wahlrecht gestattet die Wahl durch Vereiter, d. h. an der Wahl verheimliche Wähler dürfen durch schriftliche Vollmacht andere mit der Wahl beauftragen. So lange von dieser Einrichtung nur bürgerliche Kreise Gebrauch machten, ging die Sache; anders wurde es jedoch, als auch die Socialdemokraten mit Vollmachten arbeiteten. Die Behörde stellte Untersuchungen über das Zustandekommen der Vollmachten an, und das Ergebnis war, daß gegen sieben Genossen Anklage wegen Urkundenfälschung bezw. Gebrauch gefälschter Urkunden erhoben wurde. Vor der Strafkammer stand am Dienstag in dieser Sache Lemm an. In fünf Fällen sollte mit falschen Vollmachten operiert worden sein, doch erklärten alle, mit deren Namen die angeblich gefälschten Vollmachten versehen waren, daß sie mit der Abgabe ihrer Stimme einverstanden waren und auch heute noch sind. Nach dreistündiger Verhandlung ließ der Staatsanwalt bezüglich sechs Angeklagter die Anklage fallen, weil ihnen zugebilligt werden müsse, daß sie sich im guten Glauben befunden hätten. Nur der Schuhmacher Meib hatte die Vollmacht von dem 17jährigen Sohne eines verheirateten Wählers unterschreiben lassen, der erklärte, daß sein Sohn nicht die Berechtigung zum Unterschreiben gehabt habe. Das Gericht erkaunte in diesem Falle auf einen Monat Gefängnis.

**Versammlungen.**

**Eine imposante Volksversammlung.**

Einberufen von den socialdemokratischen Vertrauenspersonen für den zweiten Wahlkreis, tagte am Mittwoch in der Vordruckererei. Schon um 8 Uhr war der Andrang ein derartiger, daß die Tische aus dem großen Saal entfernt werden mußten. Nicht gedrängt barren die Tausende der Ankunft August Bebel's, der das Referat über: „Staat und Klassenherrschaft“ gehalten hatte. Bebel wurde stürmisch begrüßt. Die Wahl des allgemeinen Themas in einer Zeit der heftigsten Tageslämpfe rechtfertigte Genosse Bebel damit, daß sich die kämpfende Arbeiterklasse den historischen Sinn erhalten müsse. Daraus schäuferte er in ausführlicher Darlegung die Entstehung und Entwicklung des Eigentums, der Familie und des Staates, ausgehend von den Zuständen der vorgeschichtlichen Zeit, über die uns die Geschichtswissenschaft aufgeklärt hat. Er zeigte, wie verlogen und unfruchtbar es sei, wenn das Eigentum in seiner heutigen Form, die Einzelne und die modernen Staatseinrichtungen als ewiggleitwert hingestellt und heilig gesprochen würden. Alles sei das Resultat einer langen Emporentwicklung aus den primitivsten sozialen und geschlechtlichen Beziehungen der Menschheit, wobei die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen eine hervorragende Rolle spielte. Auf einer gewissen Kulturstufe, wo es schon Privateigentum und wesentlich daraus resultierende Gegensätze gab, sei eine besondere Einrichtung zur Sicherung der gegebenen Eigentums- und Machtverteilung notwendig geworden: der Staat. Ihm hätten die jeweiligen Mächtigen ihre Interessen an, mit ihm und durch ihn festigten sie ihre Herrschaft. Es liege nun in der Natur jeder Herrschaft, daß sie ihre Gewalt mißbrauche, und ebenso liege es in der Natur jeder noch politisch bedrückten Klasse, die anfangs, Macht zu haben, die anfangs, Eigentum zu haben, daß sie sich aufzulehne und Berücksichtigung ihrer Interessen beanspruche. Komme es nicht zum Biegen, dann lasse sie es schließlich zum Brechen kommen. Redner geht, um dies zu illustrieren, auf die Geschichte der bürgerlichen Revolutionen in England, Frankreich und Deutschland näher ein, um dann darzulegen, wie das Bürgertum bestrebt sei, die errungene Machtstellung zu behaupten und gegen die bedrohlich anrückende Arbeiterklasse zu verteidigen. Seit 25 Jahren sei in Deutschland kein einziger politischer Fortschritt gemacht worden, und zwar habe selbst das liberale Bürgertum, das mit und gemeinsam entsprechende Forderungen hätte stellen können, darauf verzichtet. (Zwischenruf: Eugen Richter!) Ja, Richter. Das war die einzige Säule, und die ist gebrochen über Nacht. (Stürmisches Gelächter.) Das Bürgertum sage sich, die Reaktion könne ihm ja etwas wehe thun, aber im Grunde genommen sei es ja Fleisch von ihrem Fleisch. Je mehr sie sich bedroht fühlen, je mehr würden die herrschenden Klassen bemüht sein, sich mit allen Mitteln zu wehren. In den letzten Jahren sei von einigen unter und die Theorie aufgestellt worden, die Klassen-gesetzgebung milderten sich, in den bürgerlichen Klassen gebe es Leute, die Konzeptionen zu machen bereit seien. Siehe das heute schon als eine gewaltige Täuschung fest, so würden die nächsten Jahre jenen Parteigenossen noch mehr Enttäuschungen bringen. Unter den Gegnern gebe es dagegen keine, die sich über uns täuschen. Auch die, die mit uns liebäugelten, hätten in uns ihre Todfeinde zu gewärtigen. Man werde uns mit einzelnen Reformen entgegenkommen, unter Wahrung des Anscheins eines guten Herzens, in Wahrheit aber, weil man müsse. Wenn die Arbeitervertreter tagtäglich die sozialen Verhältnisse schilderten, wie sie seien, so müsse man wenigstens etwas bewilligen, um sie los zu werden und andre zu täuschen. Somit aber die Socialdemokraten mit principiellen Forderungen kommen würden, die an den Machtverhältnissen rütteln, dann werde man uns mit aller Macht entgegengetreten. Hoffentlich seien wir dann so stark, daß wir uns allein genötigen. Und dafür zu sorgen mit aller zu Gebote stehenden Kraft, sei Aufgabe jedes einzelnen, der unser großen Sache anhängt. (Zürmischer, langanhaltender Beifall.) — Mit bewunderndem Hoch auf die internationale Socialdemokratie und auf Bebel schloß die Versammlung.

Für den vierten Wahlkreis (Südost) fand am Dienstag eine statt besuchte Volksversammlung im Stablfement „Candouren“ in der Norduferstraße statt. Eduard Bernstein sprach daselbst über: „Wandlungen in der Auffassung des Socialismus“. In einem zweieinhalbstündigen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage führte der Redner aus, daß wir heute über manche Theorien, die den Socialdemokraten zu Lasten der Zeiten und auch später noch als unumstößlich feststehend erschienen, anders denken wie damals.

Es habe sich in der Auffassung des Socialismus in mancher Hinsicht eine Wandlung bemerkbar gemacht, die jedoch die Grundlagen des Socialismus keineswegs ändere. Zum Schluß bemerkte der Redner: Wenn der Socialismus wissenschaftlich bleiben will, müsse fortwährend eine Nachprüfung unserer Anschauungen stattfinden. Von den Parteimitgliedern könne man verlangen: Disziplin in der Aktion! Daneben müsse aber volle Freiheit der Diskussion obwalten. (Zehnfacher Beifall.) — Genosse Bernheim als Diskussionsredner nahm auf einen Artikel Bernsteins Bezug und meinte, Bernstein habe sich geirrt, wenn er darin den Trübs und Karstellern eine Milderung der Strafen zuschreibe. Im übrigen warnte Redner davor, sich allzu sehr auf den Bestand unseres Wahlrechts zu verlassen und trat dafür ein, daß die Gewerkschaften nicht von der Politik ferngehalten werden sollen. (Beifall.) — Im Schlußwort berichtigte Genosse Bernstein, daß er in jenem Artikel nur geschrieben habe, es wäre abzumachen, inwieweit solche Trübs im Stande wären, die Strafen zu mildern. Das sage er auch heute noch. Zur Gewerkschaftsfrage bemerkte er, daß er sich in den Streit: Neutralität oder nicht? niemals eingemischt habe. Er betrachte die Stellung der Gewerkschaften zur Partei unter dem Gesichtswinkel der Arbeitsteilung.

Die Arbeiter-Genossenschaft „Paradies“ hielt am 23. Novbr. eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Gustav Voigt machte bekannt, daß die Genossenschaft seit dem 18. Oktober 1902 eine eingetragene Genossenschaft mit befristeter Gastpflicht ist. Der Stand der Bewegung ist ein zufriedenstellender, und beträgt die Mitgliederzahl jetzt 1600. Das Bankguthaben beträgt zur Zeit 8720 M. Die Ergänzungswahlen zum Vorstande ergaben folgendes: Friedrich Driebe, stellvertretender Vorsitzender; Paul Stempel, Hauptkassierer; Köhler, stellvertretender Kassierer. Um eine rege Agitation zu entfalten, wurde eine Agitationskommission gewählt, bestehend aus den Mitgliedern Christian Schulze, Oscar Häber, Richard Stramm, Fritz Krüger, Dänger, Schiffmann und Schwanke.

Der Centralverband der Raurer usw. hielt am Mittwoch eine Generalversammlung aller zum Vertragsgebiet Berlin und Umgebung gehörigen Verbands-Zahlstellen ab, um über die Verlängerung des Vertrages für das nächste Jahr Beschluß zu fassen. Der Vorsitzende Panzer schilderte in eingehender Weise die Verhältnisse, wie sie sich in den vier Jahren, seit dieser Vertrag dauere, entwickelt haben und verweist darauf, daß in der ganzen Zeit die Organisationsverhältnisse recht günstige waren. Der Lohn ist von 60 auf 65 Pf. gestiegen; außerdem wurden durch den Vertrag auch verschiedene andre Fragen, so bezüglich der Arbeitszeit, Saubuden, Rüstungen, Adorte usw. geregelt. Der Redner spricht für die Verlängerung des Vertrages und für die Erhöhung des Stundenlohnes auf 70 Pf. Diese Lohnerhöhung müsse aber unter allen Umständen stattfinden, denn die vorgenommenen Erhebungen haben gezeigt, daß die Lage der Raurer im allgemeinen eine sehr schlechte ist. Infolge der häufigen Arbeitslosigkeit, durchschnittlich etwa 80 Tage, so daß nur ca. 221 Arbeitstage verbleiben, ist das Einkommen ein recht minimales, dem aber bedeutende Unkosten gegenüberstehen. Nach einer längeren Diskussion, in der verschiedene Mängel des derzeitigen Vertrages kritisiert wurden und in der von allen Rednern betont wurde, daß nur dann einer Vertragsverlängerung zugestimmt würde, wenn ein Stundenlohn von 70 Pf. festgesetzt, andernfalls diese Forderung mit allen Mitteln erkämpft werden müsse, wurde einstimmig folgende Resolution beschloffen:

„Die Generalversammlung der Zahlstellen Berlins und Umgebung beauftragt ihre Vertreter in der Löhner-Kommission, strecks Verlängerung des Vertrages auf ein weiteres Jahr mit den Vertretern der Arbeitgeber in Verhandlung zu treten mit der Aufgabe, daß für die nächste Vertragsperiode ein Stundenlohn von 70 Pf. festgesetzt wird und die dem jetzigen Vertrag anhaftenden Mängel möglichst beseitigt werden.“

Mirdorf. „Stellungnahme des Gewerkschaftsartells zur Frage der Heimarbeit“ lautete das Thema, über welches das Mirdorfer Gewerkschaftsartell in seiner letzten Sitzung verhandelte. Genossin Thier sowie Gen. Taterow legten in längeren Ausführungen die Nachteile der Heimarbeit dar, sie schilderten die schrankenlose Ausbeutung, welcher namentlich die Frauen von den Unternehmern ausgesetzt seien, und erwähnten der riesigen Gewinne, welche die Unternehmer aus der Heimarbeit herauswirtschafteten. In der recht regen Diskussion wurde das von den Referenten Gesagte noch ergänzt und beschloffen, eine rege Agitation unter den Heimarbeitern zu entfalten, namentlich wurden die organisierten Arbeiter aufgefodert, deren Frauen oder Töchter auf ihre Pflicht, sich zu organisieren, aufmerksam zu machen. Ferner sollen öffentliche Versammlungen zu obengenanntem Zweck abgehalten werden, und findet die erste im Januar statt.

Unter „Verschiedenem“ bitten die Gastwirtsgehilfen die Gewerkschaften, bei Abschluß von Vergütigungen den betreffenden Lokalinhabern die Benutzung des ungenutzten Arbeitsnachweises der organisierten Gastwirtsgehilfen zur Pflicht zu machen und die bedienenden Kellner nicht nach der Kontrollkarte zu fragen. Neu aufgenommen wurde der Verband der Massenbeamten Deutschlands. Es fehlten: Wäber, Bauer, Erb- und gewerbliche Hilfsarbeiter, Metallarbeiter, Möbelverarbeiter, Barbierer, Schneider, Schmiede. Zu spät kamen: Holzarbeiter, Steinseker, Töpfer.

**Briefkasten der Redaktion.**

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Briefe (zwei Buchstaben oder eine Zahl anzugeben), unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Wohnungsbekanntmachung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

„Staubfrei“. Vielen Dank! Aber warum nennen Sie nicht Ihre volle Adresse? Es fehlt die Wohnungsangabe; dies hilft lesen Sie die Nach.

B. H. Wissen wir nicht bestimmt. Bleibst bei B. Börner, Ritterstr. 15. Ceberan. Aus § 34 und 37 des Krankenversicherungs-Gesetzes folgt, daß alle Mitglieder wahlberechtigt sind.

C. W. 18. 1. und 2. Ja. 3. Friedigt. 4. Nein; infolge von Nichtzahlung verliert das Mitglied seine Rechte nur dann, wenn die Kasse infolge der Nichtzahlung ausbleibt. Sie können nur auf dem im Statut vorgeschriebenen Wege (wahrheitsgemäß schriftlich) auftreten und sollten das schleunigst thun. — W. G. 23. Einmaliges Jubiläum mit mangels ausdrücklicher Vereinbarung kein Entlassungsgrund. Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf Zahlung des Lohnes klagen. — H. O. 370. 1. Nein. 2. Das ersehen Sie aus den Statuten und Annahmen. — W. R. Leiber.

H. 2. Die Verhältnisse anhalt hat recht. — M. G. Titrol. Senden Sie sich an das Polizeipräsidium von Berlin. — 2. Wendende. G. Th. Ja. — H. R. 101. Nein. — H. 2. Wenn Sie den Fall, so wie Sie ihn mitgetragen haben, beweisen können, so wäre eine Klage auf Schadenersatz gegen den Gendarm nicht ausgeschlossen. Eine Strafanzeige hätte wenig Zweck; der Gendarm unterwirft der Willkürgerichtsbarkeit. — 4. Wahlkreis. In Volkswirten wird in der Regel unentgeltlicher Rat erteilt. — G. 2. Als Vater eines am 20. September außer der Ehe geborenen Kindes wird erachtet, wer innerhalb der Zeit vom 22. November bis 22. März die Mutter besuchte. Waren innerhalb dieser Zeit mehrere Besucher vorhanden, so verliert Mutter und Kind ihr Recht. — Venz. 1. Die Aufgebotsfrist beträgt 14 Tage. Geburtsurkunde ist erforderlich. Der Standesbeamte kann davon absehen, wenn Sie sich an ihn. 2. Der Rührerhaltungsbeitrag kann erst nach der Heirat gefordert werden. Die Frist zur Stellung des Antrages beträgt ein Jahr. Gestellt müssen vor der Heirat mindestens 200 Mark sein. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie Seite 445 Nr. 95 des in den öffentlichen Verhältnissen ausliegenden „Arbeiterrecht“.

H. W. 22. G. 2. 11. Nein. — 2. W. Eine persönliche Rücksprache könnten Sie versuchen, sie wäre aber zwecklos. Ehebruch ist nur dann strafbar, wenn wegen dieses Ehebruchs die Ehe getrennt wird und der beleidigte Ehegatte dann auf Verletzung anträgt. Sollen Sie die Ehegattungsfrage einleiten, so müssen Sie sich zunächst an das Amtsgericht mit dem Antrag auf Aufhebung eines Ehebündnisses wenden. Die Ehegattungsfrage ist erst nach fruchtlosem Ausbleiben des Ehebündnisses, und zwar durch einen Rechtsanwalt beim Landgericht anzustellen. — G. W. Mirdorf. Nein. H. R. 90. 1. Ihre Verlobung entspricht den gesetzlichen Vorschriften. 2. Gegen die Bestimmung ihrer Frau scheint, soweit sie das aus Ihren schriftlichen Darlegungen entnehmen läßt, mit Erfolg Verletzung eingeleitet werden zu können. 3. Verletzung in Strafsachen ist innerhalb einer Woche seit Verlobung (nicht seit Aufhebung des Urteils) bei dem verurteilenden Gericht einzulegen. 4. Wenn Sie wünschen, daß über die Angelegenheit referiert wird, so teilen Sie dies hier vor dem Termin dem „Vorwärts“ mündlich oder schriftlich mit. — G. 14. Charlottenburg. 1. und 2. Ja

Suspendieren und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

34. Sitzung vom Donnerstag, den 27. November, nachmittags 5 Uhr. Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

In den Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage betr. den Entwurf einer Polizeiverordnung zur Regelung des Straßenhandels in Berlin sind die sozialdemokratischen Stadtv. Singer, Zubeil, Ewald gewählt worden.

In den Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlagen betr. Festlegung von Baufluchtlinien etc. sind gewählt die sozialdemokratischen Stadtv. Hünke, Koblenzer, Waser.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsteher folgendes an ihn vom Oberbürgermeister gerichtetes Schreiben mit:

In neuerer Zeit sind wiederholt Vorlagen des Magistrats, welche nicht zur Veröffentlichung in den Zeitungen bestimmt und in geheimer Sitzung zur Erledigung gekommen waren, sowohl vor wie nach derselben in einer Weise zum Gegenstand der Erörterung in der Presse gemacht worden, z. B. betr. die Pension der Witwe des Stadtbaurats Dohrecht, durch welche der gesamte Inhalt der Vorlagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

Vorsteher Dr. Langerhans: In der letzten Zeit ist die Veröffentlichung von Vorlagen vielfach in einer Art und Weise erfolgt, daß wir wirklich daran festhalten müssen, über die Vorlagen der geheimen Sitzungen Vorsicht in den Mitteilungen an die Presse zu beobachten.

Nachdem die letzte 1898 bewilligte Stadtanleihe von 60 Millionen Mark bis auf einen geringen Rest verlibert und aufgebraucht worden ist, beantragt der Magistrat bei der Versammlung die Genehmigung zur Aufnahme einer neuen

Anleihe von 228 Millionen Mark.

die für die nächsten sechs Jahre zur Befriedigung der daraus zu bedeckenden städtischen Bedürfnisse ausreichen soll. Es erfordert überschläglich die städtischen Werte 190 Millionen (Gaswerke 52 1/2, Wasserwerke 12 1/2, Kanalisation 30 1/2, Viehmarkt 3 1/2, Markthallen 15, Erwerb der Siemens-Strassenbahnlinien 9 1/2, Betriebsfonds der Hauptkasse 5 Millionen, Gasen am Urban 850 000 M.), sonstige eigentliche Kammereinzelsätze 110 Millionen (Straßenbauten 6 1/2, Straßenregulierungen, Durchlegungen und Verbreiterungen 37 1/2, IV. Eisenbahn 11, Abfallanstalt 6 1/2, eine neue Stiegenanstalt 6, ein neues Krankenhaus 10, Schulbauten 4 1/2, Nordpark 2 1/2, Kirchen-Stranthenhaus 8 1/2, Eisenbahn-Anstalt in Buch 7 1/2, Märkisches Provinzialmuseum 2 1/2, zweites Rathaus 6, zwei höhere Mädchenschulen 2, neues Kinder-Krankenhaus 1,6 Millionen Mark).

Aus der Anleihe von 1898 kommen davon noch 11 1/2 Mill. Mark zur Deckung. Die neue Anleihe soll mit 3 1/2 Proz. verzinst und bezugs der Amortisation in 2 Serien zerlegt werden, eine von 128 Millionen, zu amortisieren ab 1. April 1908, und eine zweite von 100 Millionen, zu amortisieren ab 1. Januar 1910. Die Tilgungsquote soll 2 Proz. betragen. Es sollen Städte zu 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 M. zur Ausgabe gelangen.

Oberbürgermeister Rirschner: Mir ist mitgeteilt worden, daß bei der Vorbereitung besonders zwei Fragen aufgeworfen worden sind. Eine Frage geht dahin, ob aus dieser Anleihe nur Aufwendungen zu den in der Vorlage angegebenen Zwecken gemacht werden, die zweite Frage war die, ob der Magistrat, wenn diese Vorlage genehmigt und bewilligt sei, die einzelnen Ausgaben ohne besondere Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung vornehmen könne.

Stadt. Dr. Preuß (R. L.) stellt den Antrag, die Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern zu überweisen. Nach den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters liegen ja nach der Ausgabe-seite zweifellos keine Bedenken vor. Es handelt sich aber um ein großes und wichtiges Finanzbedarfsprojekt, das von prinzipieller Tragweite sei, daher sei eine Prüfung im engeren Kreise nicht zu umgehen.

Stadt. Cassel (R. L.) hält nach den Erklärungen des Oberbürgermeisters Ausschussberatung nicht für nötig und bittet dringend um Zurücknahme des Antrages auf Ausschussberatung.

Stadt. Hünke (Soz.): Auch unsere Fraktion wird die Vorlage ohne Ausschussberatung annehmen, da sie nur Projekte nennt, die wir im Prinzip schon angenommen haben.

Der Antrag Preuß auf Ausschussberatung wird abgelehnt, die Magistratsvorlage angenommen.

Eine Reihe von Rechnungssachen wird ohne Debatte erledigt. Schluß 6 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Den Parteigenossen zur Kenntnisnahme, daß die Namen und Adressen der weiblichen Vertrauenspersonen wie folgt lauten: Frau Wengels, Berlin O., Große Frankfurterstr. 133, Frau Wausche, Berlin NW., Rosfelderstr. 46, Fraulein Ottilie Waader (Central-Vertrauensperson), Berlin SW., Belle-Alliancestr. 95, Hof 3 Treppen.

Lokales.

Bedenken gegen den Herrgott.

Man schreibt uns von bestreuer Seite: Während der Pause bei einem kleinen Tanzergnügen, dem wir beiwohnten, erbot sich einer der anwesenden jungen Männer zu einem Solobortrag. Er stimmte das bekannte Lied aus Scheffels „Trompeter von Sadingen“ an: „Das ist im Leben häufig eingetrübt“. Wir trauten unsren Ohren nicht, als statt des hübschen Refrains:

„Behüt' Dich Gott! es wär' zu schön gewesen, Behüt' Dich Gott! es hat nicht sollen sein!“

völlig andre Worte dem Munde des Sängers entquollen. Unser Erstaunen wuchs, als diese Worte sich nach dem zweiten Vers wiederholten. Da sie so gar unsinnig waren, griffen wir zu Wei und Rosigbach, um sie bei etwaiger dritter Wiederkehr festzuhalten. Das gelang — hier sind sie:

„Behüt' der Stern Dein Heil und Glück und Segen Behüt' der Stern Dein Lebenslauf!“

Wir sind mancher Verstimmlung von Diastertwerken begegnet und haben über die Heuchler und Ruder gedacht, die sich dadurch selbst schändeten. Hier aber handelte es sich um einen sogenannten „aufgeklärten“ Jüngling, und die Veranlassung zu der entsetzlichen Verstimmlung hatte die Abneigung des jungen Mannes gegeben, das Wort „Gott“ auszusprechen! Wir nehmen an, daß das Vorkommnis ein vereinzelt ist, aber der Kreis, in dem es sich ab-

spielte, giebt uns Veranlassung, allen Ernstes zu betonen, daß Leute, die derartiges fertig bringen, kein Recht haben, sich über die Kunst- und Kulturfeindlichkeit der Heimgemäuer zu entrüsten; sie stehen auf dem gleichen niedrigen geistigen Niveau wie diese.

Wir können nur wünschen, daß die in dieser Zuschrift enthaltene Mahnung allgemein in Arbeiterkreisen beherzigt werde. Es macht in der That den Eindruck der Lächerlichkeit, wenn ein Lied deshalb in schöner Weise verballhornt wird, weil der Name des Herrgotts darin vorkommt. Wer einmal meint, daß er das Aussprechen dieses Namens mit seinem atheistischen Gewissen nicht vereinbaren kann, der soll lieber ganz seinen Mund halten, wenn ihm harmlose Lieder mit dem Worte „Gott“ begegnen. Man wende nicht ein, daß dann ja sozialdemokratische Arbeiter auch das Lied von der Sonnengans und die Preußenhymne anstimmen könnten. Wer nicht den himmelweiten Unterschied begreift, der einen faden Gesangbuchvers oder eine asterpatriotische Trivialität etwa von Eichenbergs „Wenn Gott will rechte Günst' erweisen“ treunt, mit dem ist überhaupt nicht zu reden.

Genüß vor ertlichen Jahren vermaß sich einmal jemand, alle nicht auf Atheismus geachteten Lieder zu purifizieren. Etwa wie die Heilsarmee dem Liede von der Eigerkönigin einen nach ihrer Ansicht gottgefälligen Text unterlegt, weil sie der Ansicht ist, daß die lustigen Melodien nicht allein für die Kinder der Welt da sind. Aber solcher Scheuerbesen hat mit Recht in der Arbeiterschaft wenig Gegenliebe gefunden. Und daß man vor einem proletarischen Publikum auch mit einem Programm Ehre einlegen kann, worin der Name des Herrgotts vorkommt, wenn es sonst nur gut ist, das bewies das von uns besprochene Konzert, welches die Liedertafeln „Norddeutsche Schleiße“ und „Kreuzberger Harmonie“ vorigen Sonntag in der Brauerei Friedrichshain veranstaltet haben. Trotz des Gesanges-Chores aus „Fidelio“ wird dort niemand an seiner Seele Schaden erlitten haben.

Die Stadtverordneten-Versammlung konnte gestern den öffentlichen Teil ihrer Sitzung bereits um 6 Uhr schließen. Ueber die neue Stadtanleihe von 228 Millionen Mark wurde noch keine zehn Minuten verhandelt. Die Debatte begann damit, daß der Vorsteher gleich dem Oberbürgermeister Rirschner — zu dessen eigener Uebersetzung — das Wort erteilte. Aus der Versammlung hatte sich vor ihm noch niemand gemeldet. Herr Rirschner gab die Erklärung ab, daß die Mittel der Anleihe selbstverständlich nur zu den in der Vorlage angegebenen Zwecken verwendet werden sollen, und daß später noch in jedem einzelnen Falle die Bewilligung der Versammlung besonders nachgesucht werden wird. Daraufhin wurde die Vorlage ohne viele Worte, unter Ablehnung des Antrages auf Ausschussberatung, glatt angenommen.

Unsaubere Schulräume. Daß in Berlin die Räume der Gemeindeschulen vielfach die notwendige Sauberkeit vermissen lassen, haben wir oft und seit einer langen Reihe von Jahren beklagt. Durch die vor einiger Zeit von der Aufsichtsbehörde in verschiedenen Schulen vorgenommene Revision ist der hier herrschende Mangel an Sauberkeit endlich einmal in einer Weise nachgewiesen worden, die jeden Versuch einer Abkennung ausschließt. Es wurde dabei festgestellt, daß in solchen Schulhäusern, die von Hoch- und Fortbildungsschulen mitbenutzt werden, die Unsauberkeit ganz besonders groß war. Zum Beweise, daß es auch in der nur für Fachunterricht benutzten zweiten Handwerker-Schule mit der Sauberkeit der Unterrichtsräume hapert, überfand uns nun ein älterer Schüler dieser Anstalt zwei Palette Staub, den er auf dem Fußboden bezw. einem Fenstertisch eines Klassenzimmers gesammelt hat. Wenn seine Zahlenangaben über den von ihm ausgemessenen, geringen Flächenraum, dem diese anscheinlichen Staubmengen entnommen sind, nicht auf einem Irrtum beruhen, kann müssen wir allerdings sagen, daß wir es hier mit einem besonders starken Grad von Unsauberkeit zu thun haben. Der Einsender berichtet, den Staub an einem Sonntagmorgen vor Beginn des Unterrichts, noch ehe jemand die betreffende Stelle des Fußbodens betreten hatte, zusammengekehrt zu haben. Er fügt allerdings hinzu, daß das Zimmer täglich auch der Tagesklasse als Unterrichtsraum dient, also viel benutzt wird. Da dürfte die Schmutzanhäufung am Ende doch nicht so ganz unbegreiflich sein. Wir vermuten, daß, wie in den Gemeindeschulen, so auch in der Handwerker-Schule die sogenannte gründliche Reinigung nicht täglich ausgeführt wird. Trifft das zu, dann kann in viel benutzten Klassenzimmern die Unsauberkeit, die der Einsender beobachtet hat, kaum etwas Ubergewöhnliches sein, sondern muß für gewisse Tage den geradezu normalen, sozusagen ordnungsgemäßen Zustand bilden. Die uns übersandten Staubproben zeigen in drastischer Weise, zu welcher Schmutzerei es führt, wenn — lediglich aus Sparfamleitgründen — darauf verzichtet wird, Schulräume mindestens wie Wohnräume zu behandeln und dementsprechend Tag für Tag gründlich zu reinigen.

Die Zugabe ist eine Einrichtung, auf die alle Geschäftsinhaber schlecht zu sprechen sind, von der sie der leidigen Konkurrenz halber aber doch nicht lassen wollen. Am trassiesten ist dieser Brauch wohl in Papiergeschäften im Schwange, die in der Nähe einer Schule belegen und somit wesentlich auf die Kundschaft der Schüler oder Schülerinnen angewiesen sind. Ueber die Bedenklichkeit der Zugabe für die Erziehung des Kindes ist schon so viel geschrieben worden, daß jedes weitere Wort überflüssig scheint. Statt nachzulassen dehnt sich aber der Brauch des Zugabens anscheinend immer weiter aus und zwar zuweilen in einer Richtung, die nicht allein die gute Erziehung, sondern auch die Gesundheit des Kindes beeinträchtigen muß. In Charlottenburg befindet sich, wie uns berichtet wird, ein Barbiergehäfte, in welchem Kinder, wenn sie für das Fräulein ihren Obolus entrichtet haben, mit einer Zigarette traktiert werden. Der Geschäftsinhaber soll sich kein Gewissen daraus machen, sechs- bis siebenjährigen Knaben sogar noch Feuer zu reichen; es macht dem Herrn anscheinend Spaß, wenn die Bengel, den Rauch elendesten Anstertabaks in die Luft blasend, stolz von dannen gehen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Kinder ihren Eltern den Empfang dieser schlimmen Zugabe verheimlichen. Kinder sollte man meinen, daß gewissenhafte Familienväter so einem sinnigen Geschäftsinhaber einmal entschieden den Standpunkt klar machen.

Neue Wege der öffentlichen Fürsorge für Säuglinge besprach am Mittwoch im Dramenburger Thor-Bezirksverein Dr. Finkelstein, Arzt am städtischen Waisenhause. Die außerordentlich hohe Sterblichkeit nicht nur der Haltefinder, sondern noch mehr der von der Waisenverwaltung in Familienpflege untergebrachten Säuglinge müsse stutzig machen und lege die Frage nahe, ob die Familienpflege hier immer das richtige sei. Während die Kindersterblichkeit in Berlin in den bemitteltesten Volksschichten 16-25 Proz. in den ärmeren bis 30 Proz. beträgt, geht sie bei den Haltefindern bis 39 Proz., bei den Waisensänglingen bis über 53 Proz. Ursache dieses Mißerfolges der Säuglingspflege ist nach Dr. Finkelstein nicht Mangel an Gewissenhaftigkeit bei den Pflegemüttern, sondern Mangel an Bildung bei den Kindern. Von den Waisensänglingen sind bei der Aufnahme nur etwa ein Drittel normal entwickelt. Viele bleiben an Gewicht hinter normalen Kindern bereits im ersten Lebensmonat um 1 Kilogramm, am Ende des ersten Lebensjahres um 3-3 1/2 Kilogramm zurück. Sie können durch ärztliche Kunst am Leben erhalten und gekräftigt werden, aber den an sich guten Pflegeverhältnissen der einfachen Familien, in die sie kommen, sind sie meist nicht gewachsen. Ihre Unterbringung in Familienpflege ist ein

Unrecht an den Kindern und auch an den Pflegemüttern. Gegenüber den schwächlichen Kindern fällt der öffentlichen Fürsorge eine weitergehende Aufgabe zu. Sie müssen so lange eine besondere Pflege erhalten, bis sie gekräftigt sind. Diese Aufgabe kann nach F.'s Ansicht nur durch Anstalten gelöst werden. Das frühere Mißtrauen gegen die Anstalten ist heute nicht mehr berechtigt. Die neueste Zeit hat gezeigt, daß solche Anstalten, wenn sie gut eingerichtet sind und gut geleitet werden, trotz aller Minderwertigkeit des „Kindermaterials“ die besten Erfolge haben können. In Berlin starben in dem neuerrichteten Kinderasyl im ersten Jahre seines Bestehens von rund 1200 aufgenommenen Kindern rund 100, also nur noch 8-9 Proz. Auch für die Haltefinder, sowie für Kinder armer Familien, die bei schweren Krankheiten oft noch nach ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus zu Grunde gehen, fordert F. vermehrte Fürsorge. Er empfiehlt Schaffung von Kinder-Gemeinschaftshäusern.

In dem Verleumdungsprozesse, der infolge des Löhnungs-Interdiktions entstanden ist, wurde kürzlich mitgeteilt, daß das Gericht den bereits anberaumten Termin aufgehoben habe, weil der Rechtsbeistand des Klägers, Justizrat Bronker, eine Verhandlung ohne Anwesenheit des Beklagten für zwecklos erklärt habe. Es ist dies dahin richtig zu stellen, daß das Gericht von vornherein das persönliche Erscheinen des Geheimrats Löhnung in Aussicht genommen hatte.

Eine Neuerung am Kriminalgerichtsgebäude soll mit dem 1. Dezember eingeführt werden. Wäher hat sich im ganzen Gebäude, welches täglich im Durchschnitt von etwa 1000 Personen besucht wird, keine Gelegenheit zur Einnahme irgend einer Erfrischung, ein Uebelstand, unter dem besonders die Frauen und unbemittelten Leute litten, welche oft während fast eines ganzen Tages auf den Fluren und in den Wartezimmern ihres Aufzugs als Zeugen harreten. Es soll nun in dem Wartezimmer 89 ein Büffet errichtet werden, welchem Kaffee, Thee, Chokolade, Bouillon und Kakao für ganz geringe Preise zu haben sind. Bier und alkoholische Getränke sind verpönt. Die Leitung untersteht zwei Damen, welche freiwillig das Ehrenamt übernehmen. Der Reinertrag soll zum Besten des Vereins zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene Verwendung finden.

Der Kumpfergeselle Karl Moser hat auf die Rolle des „wilden Mannes“ einstweilen noch verzichtet. Er wurde unerwartet schnell gefund und heute morgen durch zwei Kriminalbeamte von der Charité nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. Daß er den Beamten Salzweibel gestochen habe, um die Kasse zu rauben, giebt er jetzt zu, dagegen leugnet er, hierbei vorsätzlich und mit Ueberlegung gehandelt zu haben. Als er seinen von dem Sturz in die Spree stark mitgenommenen Anzug sah, meinte er gleichgültig, den werde er ausbügeln lassen, sobald er herauskomme.

Ein Verein ehemaliger Berliner Patienten und nicht ein Verein der Velziger, wie gestern irrtümlich berichtet wurde, soll Sonnabendabend im Restaurant Landbergerstr. 108 gegründet werden. Ein Verein Velziger Patienten, der die Arbeiter über Verhältnismäßigkeiten im Kampfe gegen die Lungenkrankheit unterrichten will, besteht bereits und hält ebenfalls Sonnabend in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, seine Versammlung ab.

Ueber einen neuen antisemitischen Skandal meldet das „Berliner Tageblatt“: Eine sonderbare Siegesfeier veranstaltete gestern früh der Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“ Bruhn anlässlich seiner Freisprechung im Prozesse des Grafen Rüdler. Im Verein mit etwa zehn Gesinnungsgenossen kam er Mittwoch früh 3 Uhr nach dem „Kaiser-Café“ in der Friedrichstraße und fing dort alsbald Handel mit andren Gästen an, die er selbstverständlich für Juden hielt. Der Geschäftsführer ersuchte die Herren Antisemiten, sich aller Provokationen zu enthalten, da er nicht zugeben könne, daß in dem Lokal Gäste, die sich anständig betragen, belästigt würden. Seine Vermittlungsversuche wurden indes mit allerhand dem Tierreiche entnommenen Kosenamen belohnt, so daß ihm schließlich nichts andres übrig blieb, als die ganze Gesellschaft durch Rellner und Portiers auf die Straße setzen zu lassen. Hier entstand nun alsbald ein ungewöhnlicher Kabaal, da die Ermittelten versuchten, wieder in das Café einzudringen. In wenigen Minuten hatte sich eine große Menschenmenge angelammelt, und eine arge Schlägerei schien im Anzuge zu sein. Herr Bruhn, der entrüstet war, trat einem Herrn aus Friedenau, den er als Juden, Zeitungsgabesandten usw. bezeichnete, wiederholt mit Behemung auf die Nase. Dem Angegriffenen blieb daher nichts übrig, als die Polizei in Anspruch zu nehmen und den Antisemitenhäuptling nach der Polizeiwache 38 in der Charlottenstraße schießen zu lassen. Selbstverständlich gaben dem Sittierten seine Anhänger das Geleit, doch wurden sie auf der Polizeiwache energisch zurückgewiesen. Bruhn benahm sich auf der Wache derart rabiat, daß ihm mit Anlegung von Fesseln gedroht werden mußte. Einem Schutzmann, der seinen Kaffee trank, rief er zu, er bitte sich auch eine Tasse Kaffee aus, doch möge man dem anwesenden Juden keinen Schluck weihen. Der Polizist war unparteiisch genug, seinen Kaffee ungeteilt allein zu verzehren. Der von Bruhn körperlich angegriffene Friedenauer Hausbesitzer hat sich ein ärztliches Zeugnis ausstellen lassen und wird wegen Körperverletzung und Verleumdung Strafantrag gegen Bruhn stellen.

Die jetzt wieder stattfindenden Versteigerungen der in den Straßenbahnwagen zurückgelassenen Gegenstände geben ein anschauliches Bild von der Vergeßlichkeit der Fahrgäste. Die große Menge der Fundgegenstände bilden Regen- und Sonnenschirme, die zu vielen Hunderten in Posten zu je zehn Stück verkauft werden. In zweiter Reihe sind es Damenportemonnaies, die, ebenfalls in großen Mengen vorhanden, duhndweise zur Versteigerung gelangen. Das weibliche Geschlecht scheint überhaupt mit seinem Eigentum weniger vorsichtig umzugehen als das stärkere Geschlecht, denn mehr als zwei Drittel aller Fundgegenstände sind von Damen zurückgelassen worden. Darunter befinden sich Taschentücher, Schürzen, Ballschuhe, Kleidungsstücke aller Art, ferner Wäsche, ganze Stücke Stoffe, Spielwaren, ja selbst ein ganz neuer Trauerhut mit langen Trauerflor war vorhanden. Daß die jungen Mädchen ihre Aufmerksamkeit weniger ihrem Eigentum widmen, beweisen die zahlreichen Notennappen, Noten, Bücher und ähnliche Gegenstände, die in so großer Anzahl vorhanden sind, daß man ein ganzes Musikgeschäft damit ausstatten könnte. Armbänder, Broschen, Ringe und andre Schmuckgegenstände, im Einzelwert bis zu 300 M., werden ebenfalls in großer Menge verloren und nicht reklamiert. Auf Vergeßlichkeit der Männer, die mit Vorliebe Städte sehen lassen, deutet auch ein großer Bestand von einzelnen Herren-Handschuhen, und zwar vorwiegend von der rechten Hand, während Damen-Handschuhe verhältnismäßig wenig verloren sind. Daß die Bestenliste ein wenig geeigneter Ort zur Aufbewahrung des Ueberiges ist, beweisen zahlreiche Trauringe, die in den Straßenbahnwagen größtenteils im Laufe des Sommerhalbjahres gefunden werden. Damen-Trauringe sind nur vereinzelt vorhanden. Anker, Stiefel, Handschuhe, eine Flasche Giftstoff, Papierwische und andre Gegenstände sind zweifellos auf das Konto der Vergeßlichkeit der männlichen Fahrgäste zu setzen. Als ein Zeichen der Zeit wird uns von den ständigen Besuchern der Fundstätten Auktionen die Minderwertigkeit der zum Verkauf kommenden Gegenstände angegeben. Während in früheren Jahren die verzeigten Portemonnaies, Handschuhe, Schürzen und Kleidungsstücke von guter Beschaffenheit und fast wie neu waren, sind diese Sachen jetzt zum größten Teil abgemuldet und abgetragen, zerissen und aus schlechtem Material hergestellt, so daß die bei diesen Versteigerungen laufenden Händler häufig Schaden erleiden. Dementsprechend gehen auch die Erlöse aus den Auktionen erheblich zurück.

Aus der herrlichsten der Welten. Der Skoffert Hermann Thiemann, ein Mann in mittleren Jahren, wurde gestern morgen im Kastanienwäldchen erhängt aufgefunden. Ein Schutzmann schnitt ihn

ab, machte die ersten Wiederbelebungsbemühungen und brachte ihn, als diese Erfolg hatten, in ein Krankenhaus. Hier rief ihn ärztliche Hilfe vollends in das Leben zurück. Nahrungsmangel hatte den unglücklichen vollständig entkräftet. Wie er in einem Briefe mitteilte, hatte er trotz aller Bemühungen in seinem Berufe keine Arbeit gefunden. In der letzten Zeit habe er allerhand Gelegenheitsarbeiten verrichtet, damit sei es aber auch immer schlechter geworden. Seit einigen Tagen habe er nichts mehr gegessen als eine Schrippe, da er kein Geld mehr besitze. Arbeiten wollte er gern, betteln aber nicht. Daher habe er das Leben satt. — Der 60 Jahre alte Arbeiter August Neumann am Weidentweg Nr. 28 war zuletzt Baumwächter, konnte aber seit einem Monat keine Beschäftigung mehr finden, zumal da er seit fünf Jahren an einem Bruch litt. Rot litt er nicht, da seine Frau durch die Hausreinigung verdiente und vier erwachsene Kinder ihn unterstützten. Der Gedanke jedoch, daß er sich von seinen Angehörigen ernähren lassen, verleitete ihn das Leben so, daß er ihm gewaltsam ein Ende zu machen beschloß. Während gestern vormittag seine Frau die Handstrecke reinigte, erhängte er sich in seiner Stube am Kleiderständer.

**Ein Mißgriff der Kriminalpolizei.** Ein hiesiger Einwohner schreibt uns: Montagnacht um zwei Uhr ging ich mit meiner Frau und einigen Damen und Herren aus untrer Bekanntschaft die Leipzigerstraße entlang. Es sagte sich, daß wir Männer den Frauen um etwa fünfzig Schritt voraus waren, als plötzlich die Gattin meines Freundes einen lauten Hilferuf ausstieß. Wir eilten zurück und sahen, wie ein fremder Mann die Frau an Arm und Hals packte und sie in die dunkle Marquitenstraße zu zerren suchte. Als wir auf den Unbekannten eindrangen, sagte er, daß er Kriminalbeamter sei. Rastlos hinderte uns dies nicht, mit aller gebotenen Energie uns der attackierten Dame anzunehmen und dem Mann zu bedeuten, daß er eine ehrenhafte Frau vor sich habe. Die Folge war, daß der Fremde einen Revolver zog und jeden zu erschlagen drohte, der ihn angriffe. Wir gingen nun zu der in der Charlottenstraße belegenen Revierwache. Vor der Thür schon bedeutete der Beamte uns, daß wir noch Hause gehen möchten; die Sache sei erledigt. Wir bestanden aber jetzt darauf, nach der Wache geführt zu werden. Dort hat der Beamte uns um Verzeihung; er hätte sich in bedauerlicher Weise geirrt. Wurde uns auf diese Weise auch eine Art Gemüthigung zu teil, so denken wir doch, daß die Veröffentlichung des Falles die Beamten zu größerer Vorsicht anspornen wird.

**Ein tödlicher Straßenbahn-Unfall** hat sich gestern nachmittag gegen 6 Uhr in der Brunnstraße, gegenüber dem Humboldt-Gain, zugegetragen. Zur genannten Zeit wollte ein etwa 30jähriger, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann, der aus der den Humboldt-Gain durchschneidenden Gustav-Heber-Allee kam, den Fahrdamm der Brunnstraße im Zuge der Mühlengrabenstraße überschreiten, als der Motorwagen 1400 der Eintrags-Straßenbahnlinie Gesundbrunnen-Spittelmarkt herangefahren kam. Der Mann hatte fast das Geseis überschritten und sah sich außer Gefahr zu sein, als er plötzlich auf dem schlüpfrigen Pflaster ausglitt und gegen die Wand der Vorderplattform des Waggons fiel. Der Verunglückte wurde seitlich auf das Straßenpflaster geschleudert, und zwar mit solcher Gewalt, daß er einen Schädelbruch und einen Bruch des Rückgrats erlitt und auf dem Transport zur Unfallstation verstarb. Die Personalien des Toten, bei dem Ausweisepapiere nicht vorgefunden wurden, konnten noch nicht festgestellt werden.

**Auf einen neuen Artikel** hat sich eine Diebesbande, die in allen Stadtvierteln auftritt, in der letzten Zeit verlegt. Während sonst die Messingstangen, die den Treppenhäusern als Halter dienen, sehr gesucht sind, läßt diese Gesellschaft die Halter stehen und nimmt die Käufer selbst. Gewöhnlich versuchen die Diebe, ihre Beute gleich in der Nachbarschaft an den Mann zu bringen, besonders bei Grüntramfändlern und andern Geschäftleuten. Diese werden daher gut thun, derartigen Angeboten mit Vorsicht zu begegnen. Auch in den Vororten sind diese Diebe am Werke. Im Hause Mannheimerstraße 45 zu Wilmersdorf wurden in der Nacht zu gestern vier in Wert von 60 M. gestohlen. Die Diebe hatten die Hausthür mittels Dietrich geöffnet.

**Das Opfer einer Flaschenverwechslung** ist nach langen qualvollen Leiden der 48 Jahre alte Schlosser Albert Nidel aus der Jonasstraße 68 zu Rixdorf geworden. Nidel beschäftigte sich zu Hause für sich mit Ausbesserungen, während seine Frau einen Bräutchenladen hat. Vor sechs Wochen beging er die Unvorsichtigkeit, eine Flasche mit Salzsäure, die er beim Löten gebraucht hatte, im Laden neben die Bierflaschen zu stellen. Als er nun Bier trinken wollte, vergriff er sich in den Flaschen und trank die Salzsäure. Von der ätzenden Flüssigkeit schwer verbrannt, wurde er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo ihn jetzt der Tod von seinen Leiden erlöst hat.

**Ein unangenehmes Malheur** ist dem Schuhmacher Wilhelm Nidert widerfahren, der hier am Montagabend aus Erfner zugereist gekommen ist. Er hat in der Nähe des Schleifigen Bahnhofes in einem Lokal seinen „Berliner“ abgegeben und vergessen, sich Straße und Hausnummer der Restauration zu merken. Vielleicht trägt diese Mitteilung dazu bei, daß der Wert des Lokals in der Herberge zur Heimat, Koppenstr. 8, seine Adresse abgibt.

**Die dritte Männer-Abteilung des Turnvereins „Fichte“** eröffnet am Sonnabend eine Kniege für ältere Herren, zu welcher Freunde und Gönner des Vereins, welche das 30. Lebensjahr überschritten haben, hiermit freundlichst eingeladen werden. Die Kniege turnt Mittwochs und Sonnabends von 8 $\frac{1}{4}$ —10 $\frac{1}{4}$  Uhr in der städtischen Turnhalle in der Voedstr. 17/20.

### Aus den Nachbarorten.

**Kowawes.** Bei der am 26. November stattgefundenen Vertreterwahl zur Orts-Krankenkasse siegte die Liste des Gewerkschaftsartells. Trotz größter Anstrengung der Hirsch-Dunderschen erreichten dieselben nur 47 Stimmen.

**Aus Rixdorf.** Ein schlimmer Unglücksfall trat sich gestern mittag an der Ecke der Weisse- und Pflügerstraße zu. Der 16jährige Rutscher Max Genemann aus der Leisingstr. 18 glitt vom Rutscherbord eines mit Steinen beladenen Fuhrwerks herab und fiel unter die Räder, wobei ihm das linke Bein von oben bis unten zerfleischt wurde. Nachdem der Unglückliche in der Unfallstation einen Verband erhalten, wurde er nach dem Rixdorf-Krankenhaus geschafft, wo sofort schwere Operationen vorgenommen werden mußten.

**Wegen Anlage eines Stadtparks in Schöneberg** fand gestern im dortigen Rathause zwischen der in dieser Sache eingesetzten Kommission und den beteiligten Grundeigentümern, lauter altemgefehenen Schönebergern, eine Verhandlung statt, die ein recht günstiges Ergebnis hatte. Die Grundbesitzer gaben die Erklärung ab, daß sie zur Abtretung des erforderlichen Geländes unter Bedingungen bereit seien, die auch vom Magistrat und den Stadtverordneten angenommen werden können, so daß die Verwirklichung des Planes gesichert erscheint. Der Park wird auf dem zwischen der Mühlenstraße und der Wilmersdorfer Grenze im äußersten Südwesten gelegenen Gelände angelegt werden, in dessen Besitz sich eine Anzahl alter Schöneberger Bauern oder deren Nachkommen teilen.

**Neu-Weißensee.** Endlich sind die Wahlen der Weissher zum Gewerbebezirk ausgefallen. Dieselben finden am Sonntag, den 14. Dezember, mittags von 12—2 Uhr, in folgenden Lokalen statt: 1. Wahlbezirk bei Schütte, Parkstr. 13; 2. Wahlbezirk im Prälaten, Ledersstr. 122; 3. Wahlbezirk bei Wolgmann, Heinersdorfer Weg 55. In jedem der drei Wahlbezirke sind 4 Arbeitnehmer und 4 Arbeitgeber zu wählen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Der Centralverband der Maurer** veranstaltete am 11. November eine umfassende Kontrolle über alle im Lohngebiete Berlin und Umgegend befindlichen Bauten, welche sich hauptsächlich auf die Inne-

Kontrolle wurden insgesamt 894 Bauten mit 3326 Maurern, welche sich wie folgt verteilen:

Auf 109 Bauten in der Stellerecke arbeiten 1584 Maurer		
46	im Parterre	959
41	der I. Etage	706
39	II.	524
21	III.	428
19	IV.	317
45	im Trempel	667
492	Ausbauten	2434
74	Schwarzwerks	314
8	Bauten (Kanalisation, Böschungen u.)	arbeiten 93

121 bei der Kanalisation in der Kaiser Wilhelmstraße und Prenzlauer Allee beschäftigte Maurer befanden sich zur Zeit der Baukontrolle im Streik. Auf 28 Bauten mit 378 Maurern wurde die Arbeit in Accord ausgeführt.

Der Stundenlohn betrug:		
Auf 135 Arbeitsstellen mit 788 Maurern	70 Pf.	
29	128	67 $\frac{1}{2}$ Pf.
697	7326	65 Pf.
1	4	62 $\frac{1}{2}$ Pf.
8	32	60 Pf.

Auf 11 Bauten mit 48 Kollegen wurde ein höherer Lohn als 70 Pf. gezahlt. Auf 13 Bauten konnte der Lohn nicht ermittelt werden. Die 9 Arbeitsstellen, wo weniger als 65 Pf. Stundenlohn gezahlt werden, verteilen sich außer auf einige Firmen wie Gause, Hornisch und Ziegler auf städtische Arbeiten, wie Kanalisation, Gasanstalten usw.

Betreffs der Arbeitszeit ist folgendes ermittelt: Auf 720 Bauten mit 6003 Maurern beträgt die Arbeitszeit 8 Stunden.

143	1336	8 $\frac{1}{2}$
31	307	9

Rach den geltenden Arbeitsbedingungen beträgt die Arbeitszeit für den Monat November 8 Stunden. Leider wird diese im Interesse unserer arbeitslosen Kollegen liegende Verkürzung der Arbeitszeit, wie die Baukontrolle zeigt, auf vielen Bauten nicht innegehalten. Daß viele unserer Kollegen für diese wichtige Thatsache leider noch nicht das genügende Verständnis besitzen, bebauern wir im Interesse der Allgemeinheit der Kollegschaft auf das lebhafteste. Wir hoffen deshalb, daß für die Folge etwas mehr für die festgelegte Arbeitszeit eingetreten wird.

Bezüglich der Beschaffenheit der Baubuden und Aborte konnte festgestellt werden, daß auf 15 Bauten die Baubude und auf 21 Bauten der Abort nicht in Ordnung war. Baubude und Abort entsprachen auf 63 Bauten nicht den Bestimmungen des Vertrages. Als ein großer Mißstand muß es bezeichnet werden, daß in verschiedenen Buden der hölzernen Fußboden und auch noch der Ofen fehlte. In dieser Beziehung wird von Seiten der Unternehmer und Polizei viel vernachlässigt; sie sollten es nach unserer Ansicht für ihre erste Pflicht halten, für ihre Arbeiter ordnungsgemäße Baubuden herzustellen.

Demerken wollen wir noch, daß wir uns in 59 Fällen an den Verband der Baugeschäfte gewandt haben mit dem Ersuchen, er möge seinen Einfluß auf die betreffenden Unternehmer ausüben, damit sie die festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten resp. die bei der Kontrolle gefundenen Mißstände abstellen. Die Kollegen der Bauten, auf denen Mißstände gefunden sind, bitten wir, uns mitzuteilen, ob dieselben bestraft sind, damit wir auch wissen, inwiefern unsere Meldungen beim Arbeitgeberbund von Erfolg gekrönt sind. Die Verbandsleitung der Maurer.

**Käufung, Former!** Sei der Firma Walter, Müllerstraße, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Zugut ist streng fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin).

### Deutsches Reich.

#### Der Weberstreik in Meerane.

Der Kampf, den die so schlecht entlohnenden Weber und Weberinnen um die Verbesserung ihrer Lage führen, währt nun bereits sieben Wochen, und die Fabrikanten zu keinen befriedigenden Zugeständnissen bereit sind, ist das Ende des Ausstandes noch gar nicht abzusehen. Eine sehr sachliche Beurteilung der Lage des Streiks bringt die soeben erschienene neueste Nummer des „Textilarbeiter“. Das genannte Jahrbuch (Organ des Textilarbeiter-Verbandes) schreibt:

Die Situation wird immer mehr der ähnlich, in welcher sich die Cuneowalder Weber im vorigen Jahre 19 Wochen lang befanden. Man wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß der Meeraner Ausstand sich noch wochenlang hinziehen und kaum vor Abschluß des Jahres beendet sein wird. Mit welchem Erfolge, muß freilich abgewartet werden. Als sicher ist indes schon heute anzunehmen, daß der Ausstand für die Arbeiter nicht ganz erfolglos sein wird. Andererseits ist aber auch nicht zu verkennen, daß die Fabrikanten durch die allenthalben direkt oder indirekt für sie arbeitenden mechanischen Lohnweberereien und die Hausweber einen geringen Teil ihrer Aufträge zu effektiveren in der Lage sind und ihnen durch sie über die größten Schwierigkeiten hinweggeholfen wird. Soweit dies aber nicht der Fall ist, sind sie augenblicklich entziffen, lieber auf die Ausnutzung der gegenwärtigen günstigen Konjunktur zu verzichten, als vorab den Forderungen der Arbeiter völlig nachzugeben.

Die Cuneowalder Fabrikanten behaupteten seiner Zeit, sie könnten nicht mehr Lohn zahlen — wegen der Konkurrenz, die ihrerseits wieder behauptete, der Cuneowalder Schleuderkonkurrenz müsse unter allen Umständen einmahl scharf entgegengetreten werden. Beide Behauptungen schienen hier richtig zu sein; denn Cuneowalde lieferte zwar anerkannt billig, arbeitete aber im allgemeinen mit technisch so rückständigen Arbeitsmitteln, daß die Fabrikanten vielleicht in der That nicht die Arbeiterforderungen voll bewilligen konnten, wenn sie nicht auf einen sehr erheblichen Teil ihres gewohnten Profits oder ihrer Kundenschaft verzichten wollten. Es scheint freilich in Meerane nicht so zu liegen, obwohl dort die Fabrikanten dasselbe von sich behaupten; mögen die Arbeitsmittel auch nicht in allen Betrieben auf der Höhe technischer Vollkommenheit stehen, so wird man doch nicht behaupten wollen, daß dieser Umstand sie verhindere, die Forderungen der Arbeiter in ihrem vollen Umfange zu bewilligen; ein Meeraner Fabrikant hat ja das Gegenteil erklärt. Es scheint sich bei dem beharrlichen Widerstande der Meeraner Fabrikanten viel mehr um die Aufrechterhaltung ihrer bisher fast unbefruchteten Herrschaft über die Arbeiter, als um die Erhaltung ihrer gewohnten Profite zu handeln.

Außerdem — so führt der „Textilarbeiter“ weiter aus, scheinen die Großfabrikanten die Absicht zu haben, bei diesem Streik die kleineren Fabrikanten unterzuziehen, und sich so einige unliebsame Konkurrenten vom Hals zu schaffen. Ein derartiges Bestreben sei schon bei dem Kottbuser Weberstreik in den neunziger Jahren deutlich hervorgetreten. Gelingen es den großen Fabrikanten, ihre Absicht zu verwirklichen, so würden sie ihre dadurch verstärkte Macht die Arbeiter fühlen lassen. Diese müßten also ihre eigene Macht auf der Höhe erhalten, wozu sie, wie der Meeraner Streik zeige, entschlossen und in der Lage seien.

**In den Schlingen des Vereinsgesetzes.** Am 1. Mai wurde von Mitgliedern des Verbandes der Bau- und Erdarbeiter in Kottbus die Gründung einer Zählstelle beschlossen und auch einige Mitglieder als provisorische Leiter der in Aussicht genommenen Zählstelle bestimmt. Da mit dem Gründungsbeschlusse die Zählstelle noch nicht ins Leben getreten, sondern hierzu noch die Genehmigung des Verbandsvorstandes erforderlich war, so hielten die provisorischen Leiter eine sofortige polizeiliche Anmeldung noch nicht für notwendig, denn ihrer Ansicht nach dattiert der Bestand der Zählstelle erst vom 11. Mai, dem Tage, an dem die für die Gründung einer Zählstelle im Statut vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt waren. Die Polizei ist dagegen der Ansicht, daß die Zählstelle seit dem 4. Mai besteht, und weil die provisorischen Leiter die Anmeldung nicht innerhalb der dreitägigen Frist bewirkten, so wurden sie in Geldstrafen von je 15 M. genommen. Sowohl das Schöffengericht als auch das Ver-

waltungsamt angerechnete Landgericht traten der polizeilichen Auffassung bei und bestätigten die verhängte Strafe. Gegen das Urteil soll Revision eingelegt werden.

**Lebendarbeiter.** Aus Koffen wird uns mitgeteilt, daß die dortige Lederfabrik von Paul Beer den Arbeitern trotz guten Geschäftsganges einen Lohnabzug von 30 pCt. angekündigt hat. Zehn Arbeiter haben infolgedessen die Kündigung eingereicht, weitere Kündigungen erfolgen am Sonnabend. Die Betroffenen ersuchen ihre Kollegen allerorts um solidarischen Verhalten.

**Gewerbegerichts-Wahl.** In Rudolstadt wurde am 17. d. M. die Weissherwahl für das dortige Gewerbegericht vollzogen. Die von den organisierten Arbeitern aufgestellten Kandidaten wurden bei einer Beteiligung von 285 Wahlberechtigten gewählt. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt. Von den Arbeitgebern hatten sich nur 12 an der Wahl beteiligt.

### Ausland.

**Streiks und Aussperrungen in Holland im Jahre 1901.** Das holländische „Centralbureau für die Statistik“ hat dieser Tage eine Uebersicht über die Streiks und Aussperrungen von 1901 veröffentlicht. Das Material ist während der ersten Hälfte des Jahres wesentlich aus Zeitungsberichten zusammengestellt worden; dann ging man zu einer andern Methode über und sandte, sobald man von einem Konflikt Kenntnis erhielt, an beide Parteien je zwei Fragebogen, einen um Ursache und Umfang, den andern um Verlauf und Ausgang des Konflikts zu ermitteln. In einigen Fällen wurden zwecks Ergänzung der Berichte Anfragen an den Bürgermeister gerichtet. Seit Februar dieses Jahres sind übrigens auch die Arbeitskammern angewiesen, Angaben über Konflikte zu sammeln, soweit sie in Betrieben vorkommen, die in den Arbeitskammern vertreten sind, und seitdem benutzt das Bureau auch dieses Material.

Die Statistik berichtet über 115 Streiks und 7 Aussperrungen, die sich auf 53 Berufe verteilen. Die meisten Streiks hatten die Textilarbeiter, nämlich 16, dann kommen die Landarbeiter mit 9 Streiks, die Bauhandwerker hatten 7, die Cigarrenmacher 7, die Diamantarbeiter 7, die Steinhauer 4, die Textilarbeiter 4, Ziegelarbeiter ebenfalls 4 Streiks zu verzeichnen, die übrigen Berufe weniger. Ueber die Dauer der Streiks ist dem Bureau in 39 Fällen nichts bekannt geworden. Am längsten, nämlich 6—13 Wochen, dauerten die Streiks der Hafenarbeiter, der Korbmacher, Cigarrenmacher, Steinhauer, Textilarbeiter und Sackträger. 62 Streiks wurden zwecks Lohnherabsetzung geführt, in 15 Fällen war Lohnherabsetzung die Ursache. Die Lohnherabsetzungen standen in der Regel mit schlechtem Geschäftsgang im Beruf oder mit der Einführung neuer Maschinen im Zusammenhang. Wegen Forderungen, die Arbeitszeit betreffend, wurden 3 Streiks geführt, wegen Anerkennung des Vereinigungsrechtes 5, wegen Wiedereinstellung Gemahregelter 15 und anderer Forderungen wegen 8. 39 Streiks, woran 1493 Arbeiter beteiligt waren, wurden von den Arbeitern gewonnen, 17 mit 1180 Arbeitern endeten mit einem Vergleich, 33 mit 1289 Arbeitern zu Gunsten der Unternehmer. Von den übrigen Streiks ist der Ausgang teils nicht bekannt geworden, teils blieben sie unentschieden. Für 37,70 Proz. aller an Streiks beteiligten Arbeiter war der Ausgang günstig, für 23,22 Proz. teilweise günstig und für 30,82 Proz. ungünstig. Bei 3 Streiks wurden die Produkte der betreffenden Fabriken boykottiert, nämlich die einer Profifabrik, einer Bierbrauerei und einer Kakaowarenfabrik. — Von den 7 Aussperrungen, über die berichtet wird, wurden 382 Arbeiter betroffen. Drei der Aussperrungen waren direkt gegen die Organisation der Arbeiter gerichtet. Zwei Aussperrungen endeten zu Gunsten der Arbeiter, zwei zu Gunsten der Unternehmer, von den übrigen fehlen die Angaben hierüber.

**Der schwedische Streikbrecher-Verband,** der den harmlosen Namen „Svenska Arbetarförbundet“ trägt und, wie behauptet wird, an 1000 Mitglieder haben soll, macht in letzter Zeit schlechte Geschäfte. Kürzlich wurden in Karlstad durch die Zeitung alle diejenigen zu einer Versammlung eingeladen, die sich für den Streikbrecher-Verband interessierten oder sich schon vorher auf Listen zur Aufnahme gemeldet hatten. Um zu sehen, was da werden sollte, begab sich auch einige organisierte Arbeiter nach dem Versammlungsort, der Vastehömsställe. Sie fanden dort vier Individuen vor, die sich aber, nachdem sie eindringlich über die Grundsätze der modernen Arbeiterbewegung aufgeklärt worden waren, entfernten. Von den Verantwortlichen der Versammlung ließ sich keiner blicken, so daß die ganze Sache erfolglos blieb.

In einigen deutschen bürgerlichen Blättern ist mehrmals mit großem Begehren über die Fortschritte und edlen Bestrebungen jenes berüchtigten „schwedischen Arbeiterverbandes“ berichtet worden. Daß diese Streikbrecher-Organisation der Arbeiterschaft keinen großen Schaden zufügen kann, geht u. a. aus der obigen Mitteilung hervor.

## Gerichts-Zeitung.

**Der Leidensgang eines Lehrlings.** Wegen geradezu unmenschlicher fortgesetzter Mißhandlungen seines Lehrlings hatte sich am Mittwoch vor der Potsdamer Strafkammer der Auditorienbesitzer Hermann Tempel aus Treuenbrietzen zu perantworten. Vom Jahre 1899 bis 1902 hatte er den Waisenknaben Friedrich Daay als Lehrling bei sich, der nur mittelmäßig begabt war, wohl auch hin und wieder einen dummen Jungenstreik machte, sonst aber durchaus nicht böseartig war. Der Angeklagte ist aber ein sehr jähzorniger Mensch, der schon einmal einen andern Lehrling mit einem Knutenblech ein Ohr abgehauen haben soll, so daß es wieder angenäht werden mußte. Daay wurde nun während seiner ganzen Lehrzeit bei der geringsten Veranlassung von Tempel so grausam geschlagen, daß die Gesellen dies oft nicht mit ansehen und die Hausbewohner das jämmerliche Geschrei des Lehrlings kaum noch mit anhören konnten. Mit Instrumenten, die er gerade zur Hand hatte, schlug Tempel auf den Lehrling ein und brachte ihm auch einmal mit einem großen Vadmeßer einen Stich in das linke Schulterblatt bei, hat ihm auch einmal eine heiße Makrone ins Gesicht gehalten. Am Morgen des 1. Pfingstfeiertages d. Js. ließ Daay aus Versehen einen Korkenboden abreißen. Dies brachte seinen Meister so in Wut, daß er ihn zunächst im Keller mit Fuhrtritten regalierte, so daß Daay zur Erde stürzte und eine blutende Wunde am linken Fußknöchel davontrug. Dann schlug Tempel auf den Lehrling, der nach der Safttute entflohen war, 5 Minuten lang ununterbrochen mit einem dicken, lantigen Holzpfloch ein. Das jämmerliche Geschrei des Lehrlings wurde weithin gehört. Derselbe hielt schließlich seinem Meister die Hände fest und rannte dann fort, nach dem Holzpfloch, von wo er nicht zurückkehrte. Tempel und sein Personal suchten am ganzen 1. Pfingsttag nach dem Lehrling, ohne ihn zu finden und machten am nächsten Tage von dessen Verbleiben Meldung, weil man glaubte, er habe sich das Leben genommen, wie er dies öfter geäußert hatte. Als schließlich der Gendarm Poland Ermittlungen anstellte, wurde Daay halbhochmütig im Holzstall in einer Sämalzone aufgefunden. Aus Furcht vor seinem Meister hatte er sich zunächst 24 Stunden mit Brennholz zugedeckt und war dann in die Tonne gekrochen. Die sofort durch den Sanitätsrat Dr. Bräning vorgenommene Untersuchung des Lehrlings ergab, daß dessen Rücken mit einer großen Anzahl blutunterlaufener, teilweise aufgeplagter Striemen bedeckt war, auch fand sich die Fuhrerlegung vor, so daß Daay etwa 1 Woche arbeitsunfähig war. Er ist jetzt bei einem andern Meister, der leidlich mit ihm zurecht kommt. Der Angeklagte schilderte den Charakter des Lehrlings in den schwärzesten Farben und sprach verschiedene Verdächtigungen gegen die Befassungswesen aus. Er will ihm zum Besten die Führungsgerechtigkeit nicht überschritten haben. Der Staatsanwalt war aber der Ansicht, daß dies in ganz erheblicher Weise geschehen sei und beantragte, unter Annahme mildernder Umstände, 150 M. Geldstrafe eventuell 15 Tage Gefängnis gegen Tempel. Das Urteil lautete auf 300 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis.

# Aus der Frauenbewegung.

### Die Arbeitszeit der Frauen und die Unternehmer.

Zu der Umfrage über die Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen hat sich auch die Dresdener Handelskammer erklärt, daß sie die Herabsetzung für unmöglich, unwirtschaftlich und schwer durchführbar halte. In dem ausführlichen Gutachten wird u. a. behauptet, daß jede Verringerung der Arbeitszeit dort, wo männliche und weibliche Arbeit in Hand gehen müßte, die Arbeitgeber zwingt, die gleichen Beschränkungen ohne sonstigen Anlaß auch für die männlichen Arbeiter, also für den ganzen Betrieb einzuführen, und daß dann der Schaden für Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch viel größer sei. Zum größten Teil wünschten die Arbeiterinnen selber diese Beschränkungen nicht. Von unbeschäftigten Arbeiterinnen würden ohnedies die freien Nachmittagsstunden am Sonnabenden und Feiertagsvorabenden oft nicht zu dem vom Arbeitgeber gedachten Zweck verwendet.

Wir haben diese Gründe, die ja in allen bisher bekannt gewordenen Unternehmeräußerungen wiederkehren, mehrfach in ihrer Richtigkeit gewürdigt. In dem letzten Grunde, daß die Arbeiterinnen vielfach ihre freie Zeit nicht zu dem vom Arbeitgeber gewünschten Zwecke verwenden, muß aber doch einmal mit allem Nachdruck gesagt werden, daß es die Unternehmer gar nichts angeht, wie Arbeiter ihre freie Zeit verwenden. Wenn Arbeiter ihre freie Zeit unwirtschaftlich verwenden, so würde daraus noch keineswegs folgen, daß man sie ihnen vorenthalten und der Ausbeutungsfreiheit der Unternehmer alle Schranken niederreißen muß. Es folgte daraus höchstens, daß diese Arbeiter über die nützliche Verwendung ihrer freien Zeit aufgeklärt und dazu erzoogen werden müßten. Einsetzung in die Fabrik wäre jedoch das allerungeeignteste Mittel dazu.

### Erklärung.

Die radikalen Frauenrechtlerinnen haben für den 1. Dezember eine Protestversammlung gegen den Fortbestand des § 361 Z. 6 des Reichs-Strafgesetzbuchs und die Mißgriffe der Polizei auf Grund

desselben veranfaßt. Die Einberufung dieser Versammlung, Frau Gauer forderte in einem Schreiben an die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands die sozialdemokratischen Frauen auf, sich an der Versammlung durch eine Delegation zu beteiligen, welche in ihrem Auftrage eine kurze Ansprache halten solle. Obgleich die Genossinnen mit dem Zweck der Versammlung sympathisieren, haben sie es doch entschieden zurückgewiesen, eine Vertreterin und Wortführerin zu derselben zu delegieren.

Sie verurteilen den § 361 Z. 6 und die skandalösen Willkürakte der Polizei gegen Geschlechts-genossinnen mit der allergrößten Schärfe; aber sie erachten, daß diese Willkürakte nur Früchte des Systems unfreier reaktionärer Polizeistaates sind. Ihr Kampf richtet sich deshalb nicht bloß gegen das lächerliche Unrecht, das Frauen zugefügt wird und gegen die gesetzlichen Bestimmungen, die ihm als Legitimation dienen, er lehrt sich gegen das System selbst. Dieses System, das vor allem das politische und gewerkschaftlich kämpfende Proletariat ohne Unterschied des Geschlechts trifft, bekämpfen die Frauenrechtlerinnen nicht. Früheim Kampfe hat sogar voriges Jahr die willkürliche „Koulanz“ und „Toleranz“ der Polizeibehörden bei Anwendung des Vereinsrechts den Frauenrechtlerinnen gegenüber rühmend anerkannt.

Bei den wesentlichen Unterschieden in Auffassung und Praxis haben die Genossinnen keinen Anlaß, sich mit dem frauenrechtlerischen Protest solidarisch zu erklären.

J. A.: Titilie Baader, Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, S.W., Vellealliancestr. 95.

**Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Montag, den 1. Dezember, findet im Gewerkschaftshaus ein Vortrag statt, in welchem der städtische Lehrer Herr Troll über das Thema: „Was geben wir unserer Jugend zu lesen“, sprechen wird. Wir erfinden unsere Mitglieder, sich recht zahlreich an diesem wenn auch nicht von unserer Vereinsleitung veranfaßten Vortrage zu beteiligen.  
Der Vorstand.

Mit den politischen Nebergriffen, die in jüngster Zeit bekannt wurden, wird sich am 1. Dezember eine von den bürgerlichen Frauen nach der Berliner Resolution einberufene Versammlung beschäftigen. Die Damen haben Herr v. Hammerstein, Herrn Schönfeldt und Herrn v. Bindeheim besonders dazu eingeladen. Die Herren werden sich hüten, in einer öffentlichen Versammlung zu erscheinen. So etwas gibt es in Deutschland nicht.

Mit der Lage der Handlungsgehilfinnen beschäftigt sich am Montag eine Versammlung des „Berliner Frauenvereins“. Man nahm folgende Resolution an:

„Die in der heutigen Versammlung des Berliner Frauenvereins anwesenden Frauen und Männer erkennen die Verantwortlichkeit der Konventionen für die in den Berliner Ladengeschäften herrschenden Arbeitsverhältnisse an und verpflichten sich, künftig Einläufe nach 8 Uhr abends zu unterlassen sowie in gleichem Sinne auf ihre Familienmitglieder einzuwirken.“

Sie verpflichten sich ferner, von nun an sich darum zu kümmern, ob in den Geschäften, in welchen sie kaufen, den Verkäuferinnen das Eigen gestattet ist und erklären ausdrücklich, nur solchen Geschäften ihre Kundenschaft zuzuwenden, in denen dies der Fall ist.“

Stationen	Verkehrsmittel	Wahrscheinlichkeit	Wahrscheinlichkeit	Wahrscheinlichkeit	Stationen	Verkehrsmittel	Wahrscheinlichkeit	Wahrscheinlichkeit	Wahrscheinlichkeit
Stolte	760	ED	2 Punkt	1	Haparanda	746	O	2bedest	-4
Hamburg	757	DD	4bedest	-1	Petersburg	764	ED	1molkt	-17
Berlin	759	ED	1bedest	-0	Sor	751	EEB	4molkt	-10
Frankf.	755	D	2bedest	0	Aberdeen	-	-	-	-
München	756	D	3bedest	-3	Paris	763	EIII	Rebel	-7
Wien	759	EIII	Rebel	-6					

Wetterprognose für Freitag, den 28. November 1902. Mittelschwerer, nachts etwas kälter, am Tage ziemlich mild bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Freitag, den 28. November. Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Opernhaus.** Der Helfertag. Schauspielhaus. Das große Licht. Neues Opern-Theater. (Kroll.) Griechische Komödien. Deutsches. Roma Senne. Berliner. Ueber unsre Kraft. Festung. Die Eide. Central. Madame Sherry. Neues. Der Gemeine. Residenz. Seine Kammerzofe. (Nolly Rozier.) Weiten. Der Barbier von Sevilla. Thalia. Charles's Tante. Vorher: Cassis Pascha.

Anfang 8 Uhr:  
Schiller. O. (Wallner-Theater.) Kabale und Liebe. Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Der Pfarrer von Kirchfeld. Belle-Alliance-Theater. Anno 48. Wilhelm. Preciosa. Carl Weiss. Me Kömer. Luifen. Dämlich. Casino. Ein Sohn des Volkes. Metropol. Die zwölf Frauen des Japhet.

Apollo. Rakits Hochzeit. Bunttes Theater. Er und Sie. — Theodor sucht Streichhölzer. — Monsieur Babin. — Abergläubisch. Kleines. Rausch. Palais. Goldene Jugend. Spezialitäten. Trianon. Die Liebesschaukel. Wintergarten. Spezialitäten. Passage-Theater. Spezialitäten. Steidl. Spezialitäten. Reichshallen. Kleiner Sänger. Urania. Taubentr. 18/19. Frühlingstage an der Riviera. Im Hofsaal: Prof. Dr. C. Müller: Vorweltliche Tiere. Sabelidenstraße 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

**Central-Theater**  
Heute Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Madame Sherry.**  
Operette in 3 Akten von Hugo Felsig. Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr: Madame Sherry.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstrasse 72-73.  
Sam 492. Mal:  
**Charleys Tante.**  
Guido Thielscher als Charleys Tante. Anfang: Charles's Tante. 8 1/2 Uhr. Vorher: Cassis Pascha. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Gastspiel des königl. Schauspielers Herrn Joseph Reiser: Nathan der Weise.

**Luisen-Theater.**  
**Hamlet.**  
Anfang 8 Uhr. Vorher: 10-2 Ruffe. Invaliden. Künstlerband u. Barrenhäcker u. Barrenhäcker. Morgen nachmittag 3 Uhr. Zu ganz kl. Preisen Schüler-Vorstellung: Othello. Abends 8 Uhr: Der Zehnströmpeter. Sonntag 3 Uhr: Deborah. Abends 8 Uhr: Wallenstein's Tod.

**Apollo-Theater.**  
Von 8-9 Uhr: Spezialitäten. Um 9 Uhr: Sam 20. Mal: Mit kolossalem Erfolg:  
**Nakiri's Hochzeit**  
Operette in 2 Akten von P. Lincke. Am zweiten Bilde (um 10 1/2 Uhr): Der sensationelle Spiegeltrick. Am letzten Bilde (10 1/2 Uhr): H. Harndins elektrisches Ballett. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Palast-Theater**  
Burgstraße 22. Früher: Regen-Palast. Das kolossale November-Programm. Freitag, den 28. November: Noch einmalige Aufführung: 8 1/2 Uhr: Preciosa. 8 1/2 Uhr: Schauspiel von J. A. Wolff. Rust von C. W. v. Weber. Anf. 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich. Sonnabend, 29. Nov., nachm. 3 Uhr: I. Schüler-Vorst. zu kl. Preisen: Max und Moritz. Eine Bühnengeschichte in 7 Streifen nach B. Tisch.

**Urania.**  
Taubenstrasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Im Hofsaal um 8 Uhr: Prof. Dr. C. Müller: Vorweltliche Tiere. Sternwarte Invalidenstrasse 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstrasse 105. Neu! das jüngste Wunder Afrikas eine schneeweiße Negerin von der Goldküste. 20 Jahre alt. weisse Haut, weisses Haar, hellgraue Augen, ein anthrop. Phänomen!! — Neben der weissen d. schwarze Schwester: Beide von schwarzen Eltern!!

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Kabale und Liebe. Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller. Sonnabendabend 8 Uhr: Kabale und Liebe. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Räuber. Sonntagsabend 8 Uhr: Der Biberpelz.

**Residenz-Theater.**  
Seine Kammerzofe. (Nolly Rozier.) Schwan in drei Akten von Alkan und Herminie. Sonnabend, zum erstenmal: Die beiden Schwestern. **Casino-Theater.** Lotzbringer-Strasse 37. Die brillanten Spezialitäten. Nur noch einige Tage: Ein Sohn des Volkes. Anfang Hofent. 8. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr. Die Liebesschaukel. Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay Anfang 8 Uhr. Sonntagnachmittag: Denise.

**Metropol-Theater.**  
Zum letztenmal: Berlin bleibt Berlin. Sonnabend, den 29. November: Zum 1. Mal: Die zwölf Frauen des Japhet. Näheres die Anschlagzettel. Ranchem gestattet. Anfang 8 Uhr.

**Buntes Theater**  
(Ueberbrot!). Käpferstrasse 68. Anfang 8 Uhr. Er und Sie. — Theodor sucht Streichhölzer. — Monsieur Babin. Abergläubisch. Sauter Teil: Leitung: Fritz Lehner. — Tiny Senders. — Marell Salzer. Carla Lingens a. G.

**Wilhelm-Theater.**  
Friedrich-Strasse 236. **Preciosa.**  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Sonntag, 30. Novbr., Nachmittags-Vorstellung: Dorf und Stadt. Anfang 3 Uhr, halbe Kolonnenpreise.

**Wintergarten**  
**Letzte Woche**  
des mit so grossem Beifall aufgenommenen **November-Programms.**

**Steidl-Theater**  
Dramen-Oper an der Friedrichstr. Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr. **Steidl-Sänger.**  
Täglich wechselndes Programm. Dienstag, Donnerstag, Sonntag im Hofsaal: Tanzkränzchen.

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Ludwig Anzengruber. Sonnabendabend 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Minna von Barnhelm. Sonntagsabend 8 Uhr: Doktor Klaus.

**Permanente Kunst-Ausstellung**  
Grosse Frankfurterstr. 104, am Straußberger Platz. Eröffnung: 14. Dezember 1902. U. a. jetzt schon zu besichtigen: Carlo Böcklin's Meisterwerk, das grosse Gemälde **Abendleuchten.** Zur Zeit die 5776L. grösste Schenswürdigkeit. Wunderbar schön! Von heute ab Eintritt 50 Pf. Geöffnet von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Vom 14. Dezbr. ab Eintritt 1 M.

**Cirkus Schumann**  
Freitag, den 28. November, abends 7 1/2 Uhr: **Gr. Gala-Vorstellung.** Eine Fortsetzung der beliebtesten Pantomime: Die lustigen **Heidelberger.** Ausserdem: Vorzügliches Programm, sowie die Monstredressuren des Direktors Alb. Schumann. Sonntag 2 Vorstellungen, nachmittags: Clown-Vorstellung. 1 Kind frei, weitere Kinder halbe Preise.

**Cirkus Busch.**  
Freitag, den 28. November 1902, abends 7 1/2 Uhr: **Grosse Vorstellung. Dahomey.** Parade - Exercieren des Amazonen-Corps. **Sanssouci** Kottbuscher Thor. Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag: **Hoffmanns Norddeutsche Säger** Nach jeder Sottee: **Tanzkränzchen.** Spandauer Brücke 3 Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. **Wochenlang: Entree frei! 5 Kapellen 5 Königinen 5 Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.** **Königstadt-Casino.** Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr. Täglich erhalt. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Hofent. 8. Sonntags 6 Uhr.

**Reichshallen.**  
Täglich: **Stettiner Säger.** Anfang: **Wochenlang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.** Tageslosse 11-1 1/2 Uhr. (Wochentag, Sonntag, Feiertag, etc.)

**Gratweils Bierhallen**  
Theater u. Variété Steinwandbantenstrasse 77/79. **Täglich: Gr. Vorstellung.** Das grosse amüsante **November-Programm.** Nur allererste Kunstkräfte. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung: **TANZ.**

**Julius Fischer, Boeckstr. 7.**  
empfehlen allen Freunden und Genossen sein Lokal. Vereinszimmer zu 25 Personen. „Leipziger Volkszeitung“ mit Lotterieliste liegt aus. 53092\* **Verfallene Bänder zum Weihnachtsfest.** Gold-, Brillanten, etc., gold- u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, Laender u. Löden, u. spottb. verl. Pfandl. Weinstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41. Spezialarzt für 145/17\* **Haut- und Halsleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Sarg J. Schmacher,** Swinemunderstr. 120. Unentgeltliche u. päpstliche Erledigung aller Beerdigungsangelegenheiten.

**Neues Konzerthaus.** Alexanderplatz (Grand Hôtel). Inhaber: Albert Möerner. **Humoristischer Abend** des Komponisten u. Kapellmeisters Herrn Jul. Einödshofer. **Heute: Populäres Konzert.** Anfang 8 Uhr. **Sonnabends** stehen meine Säle wie Vereinsräume, 50-200 Personen fassend, Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Festlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung. Ein kleiner Saal ist auch an anderen Wochentagen frei. 5767L.

**Todesnachricht.**  
Am Mittwoch, den 26. d. M. starb unser Kollege **Rudolf Jacob.** Ihre tiefen Beileiden! Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des hl. Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt. Die Kollegen der Pianofabrik von R. Görs & Kallmann.

**Danksagung.**  
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die reichen Avanzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unfrei Paters, des Schneidemeisters **Wilhelm Siebert** sagen wir allen Freunden, Bekannten und den verschiedenen Vereinen unseren innigsten Dank. 57842  
Im Namen der Hinterbliebenen **Lina Siebert geb. Müller.**

**Etablissement Buggenhagen** am Moritzplatz. Heute Freitag: **Militär-Konzert** des Musikcorps des 5. Garde-Reg. a. S. 1. Reg. Bataillon. **Neu im Kaiser-Saal: Budeburger Säger.**

**Neueste wahre billige Preise** der Nachnahme. **Wirt. Salzstett.** 1/2 Fah N 5. 500 St. 7 u. 8 Mt. 250 St. 3 1/2 u. 4 Mt. 1/2 Fah groe M (zu empfehl.) 400 St. 9 u. 10 Mt. 200 St. 4 1/2 u. 5 Mt. **MK Spedfert** 350 St. 11 Mt. 160 St. 5 1/2 Mt. 1/2 Fah **Wohlfürge Milch Bögen.** Nett 200 St. 9 u. 10 Mt. 100 St. 4 1/2 u. 5 Mt., bessere Sorte 10 1/2 u. 5 1/2 Mt. **Post-Dose.** 70 jarde Heith. 1/2, 10 St. 2. **Wohl.** 2 1/2 Mt. **Grathering 4 Mt. Dose 2 1/2, 8 1/2 u. Dose 3 1/2 Mt. 80 Delikatess. 2 1/2 u. 2 1/2, Bismarck 2 1/2 u. 2 1/2 Mt. **Post-Kiste.** Südinge 60 St. 2 1/2 Mt. Voll- u. Fett-Bäcklinge groe 2 Mt., 4 1/2. **Stie Sprouten 1 1/2, 2 1/2, 2 Stücken 3 1/2 Mt. 54402\*****

**W. Schwandt, Swinemünde.** Fischerei, Heringsgeschäft, engros, Rändererei und Maschinen-Anstalt. **Honig!** Unverfälscht. **Quadrat** Wienenerhonig, best. Qualität, per die 10 Pfunddose zu 7,00 Mk., 5 Pf. 4,50 Mk. franco. Garant. Rücknahme. **E. Reil, Nordloh.** **Wahnsch.** Augustheub. Oldenburg.\*

